UN-FORUM

National Model United Nations 2002

Dokumentation zur Teilnahme der Freien Universität Berlin

als Delegation der Republik Polen vom 21. bis 31. März 2002 in New York

veritas
iustitia
libertas

Freie Universität Berlin

„Si vis pacem para solidaritatem.“

S.E. Wladyslaw Bartoszewski
Außenminister der Republik Polen
Millennium Gipfel der Vereinten Nationen
New York, 15. September 2000

2002 3

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN
Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

PRÄSIDIUM

Prof. Dr. Claudia von Braunmühl * Eberhard Diepgen * Reinhard Führer * Prof. Dr. Peter Gaehtgens * Wolf-Rainer Hermel * Prof. Dr. Klaus Hüfner * Prof. Dr. Philip Kunig * Wolfgang Lüder * Prof. Dr. Jürgen Mlynek * Prof. Dr. Albrecht Randelzhofer

VORSTAND

Dr. Christine Kalb, Vorsitzende * Peggy Wittke, stellv. Vorsitzende * Ralf Freiberg, stellv. Vorsitzender * Klaus Strakos, Schatzmeister

Dr. Frank Biermann * Dr. Sven Bernhard Gareis * Kirsten Gerstner * Dr. Thomas Jürgens * Oliver Maibaum * Hendrik Muschal * Irene Weinz * Valerie Weinzierl * Dr. Norman Weiß * Matthias Wellmann *

GESCHÄFTSSTELLE

Geschäftsführung: Sachka Stefanova, Am Karlsbad 4-5, 10785 Berlin, Tel. (030) 261·91·19 * Fax: 264 54 14 * email: dgvn-berlin@t-online.de

IMPRESSUM

Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin-Brandenburg e.V.
Redaktion: Robert Nachama und Peggy Wittke
Layout: Michael Stahl
Fotos: Stefan Lunze, Malte Schmidt-Tychsen, Alexander Badinski und Peggy Wittke
Druck: druckhaus köthen, gefördert durch die Fachbuchhandlungen Struppe & Winckler

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die des Herausgebers wieder.

Schutzgebühr 3,00 Euro. Weitere Exemplare können über die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., bezogen werden.

Datum: Dezember 2002
Auflage: 300
ISBN: 3-927 192-19-8

MITTEILUNGEN DES LANDESVERBANDES BERLIN-BRANDENBURG e.V.
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

National Model United Nations 2002

Dokumentation zur Teilnahme der Freien Universität Berlin

als Delegation der Republik Polen vom 21. bis 31. März 2002
in New York

herausgegeben von

Robert Nachama
und
Peggy Wittke

im Auftrag des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der
Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Die Herstellung dieser Broschüre wurde möglich u.a. durch großzügige finanzielle Unterstützung der Fachbuchhandlungen Struppe & Winckler, Berlin.

Inhalt

National Model United Nations 2002 1
VORWORT 2
Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 2002 4
1. Die National Model United Nations Conference 5
2. Auswärtiges Amt und Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 7
2.1 Besuch beim Auswärtigen Amt am 4. März 2002 7
2.2 Rede des Präsidenten der Republik Polen 9
3. Studienfahrt nach Warschau, 7. – 8. März 2002 10
3.1 Das UN-Informationszentrum (UNIC) in Warschau 11
3.2 Briefing über die Global Environment Facility (GEF) 12
3.3 Besuch des Warschauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung 13
3.4 Briefing im polnischen Außenministerium I: NATO, Abrüstungsfragen und die Vereinten Nationen 15
3.5 Briefing im polnischen Außenministerium II: Entwicklungsfinanzierung 16
3.6 Briefing im polnischen Außenministerium III: WSSD 18
3.7 Briefing im polnischen Außenministerium IV: Menschenrechte 20
4. Die UN-Study Tour, 21. – 25. März 2002 22
UN-Study Tour Programm 22
4.1 Briefing zu den Vereinten Nationen im Neuen Millennium 23
4.2 Briefing zur Nachhaltigen Entwicklung 25
4.3 Briefing zu Abrüstungsfragen 27
4.4 Briefing zum Internationalen Terrorismus 30
4.5 Briefing zu humanitären Maßnahmen 32
4.6 Briefing zu UNAIDS 34
4.7 Briefing zum Office of Legal Affairs 36
4.8 Briefing zu Menschenrechten 38
4.9 Briefing zu UNEP 40
4.10 Die Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen 42
4.11 Die World Federation of United Nations Associations (WFUNA) 45
4.12 Die Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen 46
4.13 Besuch im Sicherheitsrat 49
5. Die Ständige Vertretung Polens bei den Vereinten Nationen 50
7. Polen auf der National Model United Nations Conference 2002 54
7.1 Polen in der Generalversammlung 54
7.2 Polen im Dritten Ausschuß der Generalversammlung 57
7.3 Polen auf der Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung 59
7.4 Polen in der UN-Abrüstungskonferenz 61
7.5 Polen auf dem Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung 65
7.6 Polen in der Menschenrechtskommission 67
7.7 Polen auf der Sondersitzung der Generalversammlung zu HIV/AIDS 71
7.8 Polen in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) 75
7.9 Polen in der NATO 78
8. Resolution der Menschenrechtskommission 81

National Model United Nations 2002

Die Delegation der Republik Polen

Alexander Badinski	Physik	Head Delegate, Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung
Wolfram Bergande	Philosophie/Spanische Philologie	Generalversammlung, 3. Ausschuß
Kerstin Bihlmaier	Politikwissenschaft	Organisation für das Verbot chemischer Waffen
Jonas Blume	VWL	NATO
Kia Fariborz	Kommunikationswissenschaft/VWL	Organisation für das Verbot chemischer Waffen
Irina Gorgieva	Rechtswissenschaft	Sondersitzung der Generalversammlung zu HIV/AIDS
Kimon Haars	Rechtswissenschaft/Sinologie	NATO
Valeska Hesse	Politikwissenschaft	Generalversammlung
Ulrich Laumanns	Politikwissenschaft	Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung
Stefan Lunze	Rechtswissenschaft	Menschenrechtskommission
Daniel Maier	Politikwissenschaft/VWL	UN-Abrüstungskonferenz
Eric Moudjende	Wirtschaftskorrespondenz	Generalversammlung, 3. Ausschuß
Hartmut Rank	Rechtswissenschaft	Generalversammlung
Christof Schiller	Verwaltungswissenschaft	Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung
Malte Schmidt-Tychsen	Wirtschaftsingenieurwesen	Sondersitzung der Generalversammlung zu HIV/AIDS
Carolin Zerger	Politikwissenschaft	Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung
Faculty Advisors		
Prof. Dr. Philip Kunig		
Peggy Wittke		

VORWORT

Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten während des ersten Weltkriegs sowie geistiger Vater und Gründer des Völkerbundes, erklärte einst, dass „Interesse die Menschheit nicht eint, sondern das Interesse die Menschheit spaltet. Es gibt nur eine Sache, die die Menschheit eint, und das ist die Hingebung zum Recht.“ Auch heute hat diese Bemerkung noch Sinn. In einer Welt, in der einzelne Staaten ihre nationalen Interessen über das Recht stellen, ist es von größter Wichtigkeit, diejenigen Institutionen zu stärken, welche sich zum Ziel gesetzt haben, Frieden und Stabilität in der Welt zu fördern. Es ist eine Weltordnung zu schaffen, die auf Frieden und Recht gerichtet ist und nicht an Nationalismus, Unilateralismus und Kriegen erstickt.

Am 11. September 2001 wurde dies auf grauenvolle Weise gefährdet. Wir können nur ahnen, welche Auswirkungen dieser Anschlag letztlich hat. Während die Angst in den westlichen Gesellschaften vor erneuten Terroranschlägen wächst, der Nahostkonflikt eskaliert und die Staaten im südlichen Afrika, Lateinamerika und ehemalige Sowjetrepubliken sich in Unruhe befinden, ist es seit dem Kalten Krieg noch nie so wichtig gewesen, die Ideale der Vereinten Nationen nachhaltig in Erinnerung zu rufen: Toleranz zu üben, gemeinsam in Frieden zu leben und zu diesem Zweck jegliche bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Verbesserungen für alle Menschen aktiv zu unterstützen.

Um diese Ideen weiterzugeben an eine Generation von jungen Menschen, die in nicht weiter Ferne die politische Verantwortung übernehmen müssen, liegt es an uns ihnen beizubringen, nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Auch das Model United Nations Programm dient diesem Zweck. Es führt viele internationale MUN-Gruppen zu einer großartigen Simulation zusammen, in welcher nicht nur Studenten verschiedener Nationalitäten über Politik debattieren, sondern auch die Position eines anderen Staates einnehmen müssen, also nicht ihre eigenen Interessen vertreten, sondern sich in andere hineinzudenken haben.

In diesem Jahr hatte die Freie Universität Berlin die Gelegenheit, die Republik Polen bei der NMUN-Konferenz zu vertreten, an der wir nun bereits zum achten Mal teilnahmen. Polen und Deutschland teilen eine zwiespältige Beziehung, welche in den letzten Jahren zu einer engen europäischen Freundschaft gewachsen ist. 17 Studenten waren damit beschäftigt, ihre Delegation so vorzubereiten, dass sie unsere Nachbarn vernünftig und würdevoll vertreten konnten. Hervorgehoben sei dabei die Fülle an Fachbereichen, denen die Teilnehmer angehören: Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft, Sinologie, Verwaltungswissenschaft, Wirtschaftskorrespondenz, Wirtschaftsingenieurwesen, Politologie, Physik, Spanische Philologie und Kommunikationswissenschaften.

Erneut betreute die wissenschaftliche Mitarbeiterin Peggy Wittke, die am Lehrstuhl des Unterzeichnenden am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien

Universität Berlin tätig ist, das Model United Nations Projekt. Die Vorbereitungszeit wurde für regelmäßige Lehrveranstaltungen genutzt, in der die Studierenden Kenntnisse der Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Politik der Republik Polen erwarben, und mit dem System der Vereinten Nationen vertraut gemacht wurden.

Größten Dank schulden wir in erster Linie Herrn Dr. Jerzy Kranz, Botschafter der Republik Polen, der sich die Zeit nahm, einen Vortrag an der FU zu halten, und darüber hinaus wertvolle Kontakte zum Aussenministerium in Warschau herstellte. Außerdem befasste sich die Delegation bei einem Besuch im Auswärtigen Amt mit den aktuellen Themenkomplexen der deutsch-polnischen Beziehungen und dem EU-Beitritt Polens. Besonders außergewöhnlich war die Möglichkeit, der Rede von Polens Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski beizuwohnen, der zu jener Zeit Berlin besuchte. Eine „Study Tour“ wurde nach Warschau durchgeführt. Im Informationszentrum der Vereinten Nationen erhielten die Delegierten breite und inhaltlich wertvolle Einweisungen zu UN-Einrichtungen in Polen, ökologischen Themen, Polens Teilnahme am Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg und polnische Diplomatie. Ein Besuch des Warschauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, der freundlichen Einladung des Direktors Herrn Hermann Bünz folgend, und dem polnischen Außenministerium führte zu verstärkten Gesprächen über die polnisch-deutsche Beziehung, berührte jedoch auch die Gebiete Finanzierung von Entwicklung, Menschenrechtsfragen, Polen als Vermittler zwischen West- und Osteuropa und weitere Themen, die auch in der NMUN-Konferenz in New York Gegenstand der Verhandlungen waren.

Die Vorbereitungsphase ging in New York mit einer „UN-Study Tour“ weiter. Schon die verschiedenen Stationen deuten an, welche Fülle an Information die Delegierten im Vorlauf genossen: Der Besuch bei den Ständigen Vertretungen Deutschlands und Polens, bei der Delegation der Europäischen Kommission und der World Federation of United Nations Associations wie auch Einweisungen zu Menschenrechtsfragen, Umwelt, HIV/AIDS, Abrüstung, Terrorismus sowie nachhaltige Entwicklung. Und schließlich die seltene wie exklusive Möglichkeit, bei einer Sitzung des „echten“ Sicherheitsrats anwesend zu sein.

Mehrere Diplomaten in Berlin, Warschau, aber auch bei den Ständigen Vertretungen in New York, haben sich viel Zeit genommen um (polnische) Diplomatie zu erläutern. Sie prüften die Entwürfe und die Arbeitspapiere der Delegation, gaben Ratschläge und erklärten die Fortschritte, die die UN in den letzten Jahren gemacht haben, auch aus einem polnischen Blickwinkel.

So war die NMUN-Konferenz auch in diesem Jahr ein besonderer Gewinn für alle diejenigen, die teilnehmen durften.

Univ.-Prof. Dr. Philip Kunig
Dekan, Fachbereich Rechtswissenschaft

Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 2002

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 2002*:

Außenministerium der Republik Polen, Warschau

Auswärtiges Amt, Berlin

Herrn Hermann Bünz, Friedrich-Ebert-Stiftung, Warschau

Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen, New York

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin-Brandenburg e.V.

Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn

Freie Universität Berlin

Frau Waye Gomez, United Nations Department of Public Information, New York

Herrn Rüdiger König, Referat GF-01, Auswärtiges Amt, Berlin

S.E. Dr. Jerzy Kranz, Botschafter der Republik Polen, Berlin

Herrn Andreas Krüger, Referat 206, Auswärtiges Amt, Berlin

Lufthansa City Center, AP Reiseservice Pankow

Dr. Werner Pfennig, Freie Universität Berlin

Herrn Thomas Schultze, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Auswärtiges Amt, Berlin

Frau Ursula Soyez, Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington D.C.

Ständige Vertretung der Republik Polen bei den Vereinten Nationen, New York

Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, New York

Struppe &Winckler, Fachbuchhandlungen, Berlin

UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin

United Nations Information Center, Warschau

United Nations Development Programme, Warschau

United Nations Environment Programme, Warschau

UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Berlin

Dr. Hans-Joachim Vergau, Botschafter a.D., Berlin

Frau Pera Wells, World Federation of United Nations Associations, New York

Special thanks to Geneviève Libonati for never ending support !

1. Die National Model United Nations Conference

Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studierenden die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näher zu bringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten, allein in den Vereinigten Staaten nehmen jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt: In mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt. Die Freie Universität Berlin veranstaltet, u.a. mit verschiedenen Kooperationspartnern wie dem Auswärtigen Amt und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., mehrmals im Jahr Model United Nations Konferenzen in Berlin.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 2.700 Studierende aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der Konferenz teil. Veranstalter des *NMUN* ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc*., die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Nongovernmental Organization* anerkannt ist. Das *Board of Directors* koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der NMUN *Secretary-General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich diesbezüglich die enge Zusammenarbeit mit der Botschaft und der Ständigen Vertretung (*Permanent Mission to the United Nations*) des vertretenen Staates in New York, die den Studierenden die Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von ranghohen Diplomaten zu erhalten.

Während der fünftägigen NMUN-Konferenz wird in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, daß die Vorbereitung sich nicht nur auf das eigene vertretene Land beziehen darf, sondern es müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen, und natürlich auch Kompromissen zugänglich sein müssen, stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates. Nicht zuletzt wird hier der größte Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muß sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt sichtbar gemacht. Den Abschluß der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates über ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Wittke

Daniel Maier, Peggy Wittke und Kia Fariborz

2. Auswärtiges Amt und Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

2.1 Besuch beim Auswärtigen Amt am 4. März 2002

„Die ganze Welt ist ein Dorf - Außenpolitik wird heute zur Weltinnenpolitik“

Nach einer herzlichen Begrüßung im Auswärtigen Amt durch **Herrn Thomas Schultze** wurde der Delegation eine zwölfminütige Einführung in die Vision deutscher Außenpolitik sowie deren logistische und organisatorische Hintergründe in einem Film nähergebracht. Besonders die Ausführungen zur genauen Einhaltung des Protokolls, wie die Anordnung von Tischkärtchen oder die Begrüßung eines Staatsgastes mit militärischen Ehren, sorgten für Erheiterung.

Da unser Hauptinteresse jedoch der Republik Polen und den Vereinten Nationen galt, begaben wir uns mit **Herrn Andreas Krüger** aus dem Referat 206 (Referat für Ostmitteleuropa) in medias res. Zu seinen Hauptzuständigkeiten zählen neben den bilateralen Beziehungen zu Ungarn und Slowenien in ihrer Gesamtheit Fragen der regionalen und grenznahen Kooperation mit Polen, der deutschen Minderheit dort, der Vertriebenen oder auch des deutsch-polnischen Preises. Weitere Mitarbeiter des Referats sind für sämtliche Aspekte polnischer Innen- und Außenpolitik, sowie der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zuständig. Der Leiter des Referats bringt zusätzlich seine Expertise, die er während der Leitung der pol. Abteilung der deutschen Botschaft in Warschau gewonnen hat, in die Analyse der poln. Politik und die Gestaltung der bilateralen Beziehungen ein.

Im Verlauf des Gesprächs ergab sich ein Bild von einem vertrauenswürdigen Partner in einer erweiterten EU, der Nato und den Vereinten Nationen, der auf Grund eines „gestiegenen Sicherheitsgefühls zum ersten Mal nach 300 Jahren souverän in seiner Außenpolitik agieren kann“. Als größter Flächenstaat der zukünftigen Mitglieder der EU hat Polen v.a. einen großen Bedarf an Investitionen in Infrastrukturvorhaben und befindet sich in seiner gesamten Administration in einer „Umbruchphase“. Diese Transformationsprozesse und ihre sozialen Konsequenzen werden dabei von einer schwierigen Haushaltslage begleitet. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind, unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen in Berlin und Warschau, von wachsendem Vertrauen geprägt.

Einer der wichtigsten Punkte im bilateralen Verhältnis ergibt sich aus der Tatsache, daß es bei einer gemeinsamen Grenze von 450 km nur 32 Grenzübergänge gibt. Das führt auf beiden Seiten immer noch zu erheblichen Wartezeiten und praktischen Problemen im Rahmen der Grenzkooperation, die wohl erst nach einem Beitritt Polens zum Schengener-Abkommen gelöst werden können. Im Abkommen von Schengen werden z.B. auch zentrale Aspekte des Einwohnermeldewesens und der Standards von Reisedokumenten berührt.

In einem nahtlosen Übergang erfolgte nach dem Überblick über die aktuelle Situation in Polen der in vielen Fragen erhellende Vortrag von **Herrn Rüdiger**

König, stellvertretender Referatsleiter des Grundsatzreferats GF-01 (Globale Fragen). Herr König, der während der Jahre des Umbruchs (1989-1992) in New York war und sich im Verlauf seiner Tätigkeit u.a. mit Peacekeeping und Reformfragen des Sicherheitsrates befaßte, begann seinen Vortrag mit einer Bestandsaufnahme. Als Mitglied der osteuropäischen Gruppe, die Jahrzehnte lang durch ein Blockverfahren bei Abstimmungen stark von der UdSSR beeinflusst wurde, gelang es Polen nach 1990 sich „frei zu schwimmen, eigene Ziele zu formulieren und gemeinsam mit westlichen Staaten Initiativen zu ergreifen“.

Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß sich Polen für gewöhnlich den Redestatements der EU anschliesst, die zu 90 % gemeinsam abgegeben werden. („EU speaking on behalf of...“) Diese Tatsache darf jedoch nicht vermuten lassen, Polen habe keine eigenen Standpunkte - ganz im Gegenteil: In den Bereichen Peacekeeping und Abrüstung versucht Polen seine Standpunkte vorzubringen und sich mit eigenen Ideen an der Debatte um eine Reform des Peacekeeping zu beteiligen. Im Rahmen der Abrüstung setzt sich Polen für Fortschritte bei der nuklearen und konventionellen Abrüstung ein. Einschränkung der Proliferation einerseits sowie Sammelaktionen andererseits und die Betonung der Wichtigkeit von Kleinwaffen in Konflikten sind dabei die zentralen Elemente für die polnische Delegation. Zu Koordinierungstreffen kommt es auch zwischen den Mitgliedern der „Group of Interested States“, die sich - von Deutschland initiiert - mit Fragen der praktischen Abrüstung beschäftigt (siehe auch den Beitrag zur Abrüstungskonferenz in diesem Band).

Daß Visionen und Deklarationen im Namen der Menschenrechte auch bei den VN nicht alles sind, zeigte die erhellende Ausführung von Herrn König zur Stimmarithmetik bei den Vereinten Nationen, die sich auf die Aufteilung der einzelnen Plätze in den diversen Gremien bezieht. Polen versuchte lange Zeit Druck auszuüben, um aus der östlichen Gruppe ausscheren zu können. Nicht zuletzt Deutschland hat dies jedoch aus Gründen der beschränkten Mitgliedschaft abgelehnt. Ein Polen außerdem, das mit den gleichen Werten Einfluß in der östlichen Staatengruppe nehme, sei ein wichtiger Partner eben in dieser Gruppe, so das Argument. Entscheidend ist, daß die Regionalgruppen lediglich der Wahlkoordinierung gelten, jedoch keine Gremien zur Abstimmung von politischen Positionen sind.

Mit einigen abschließenden Bemerkungen zur deutschen Rolle bei den Vereinten Nationen und Wünschen für eine interessante Konferenz fühlten wir uns gut informiert und gerüstet, mit dem Segen vom Auswärtigen Amt die Reise nach New York anzutreten. Bei einem Kaffee im Anschluß gab es noch die Gelegenheit, dringende Fragen loszuwerden. Wir danken herzlich Herrn Schultze und den Referenten Herrn Krüger und Herrn König für das Interesse und die Zeit, die sie sich für uns genommen haben.

Daniel Maier

2.2 Rede des Präsidenten der Republik Polen

Im Rahmen seines offiziellen Staatsbesuches in Deutschland Anfang März 2002 hielt der polnische Präsident **Aleksander Kwasniewski** am 06.03.02 in Berlin eine Rede zum Thema „Polen und Deutschland – Partner im Vereinten Europa". Diese Vortragsveranstaltung fand im Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Unsere Einladung haben wir Herrn Hermann Bünz, dem Leiter des Warschauer Büros der Stiftung, zu verdanken. Für unsere Delegation war das die einmalige Gelegenheit, das Staatsoberhaupt unseres östlichen Nachbarn, des Landes also, das wir bei NMUN vertreten würden, live zu erleben.

Zur Einführung hörten wir Herrn Holger Börner, den Vorsitzenden der Ebert-Stiftung, der auf die lange Tradition der Arbeit der Stiftung in Polen hinwies, die schon vor der politischen Wende, nämlich in den 1960ern, begonnen hat.

Präsident Kwasniewski distanzierte sich eingangs seiner Rede von der teilweise in den Medien vertretenen These von „schläfrigen" deutsch-polnischen Beziehungen. Wohl aber ist er der Auffassung, daß es einer noch engeren Zusammenarbeit, eines Austauschs der Eliten bedarf, um einer drohenden „Vereinfachung" der Beziehungen zu begegnen. Während er den in der Vergangenheit durch Deutschland geleisteten Beitrag in den Fragen des Beitritts zur NATO und dem von ihm für 2004 erwarteten EU-Beitritt Polens noch einmal herausstrich – Deutschland als „Anwalt Polens" – , wünscht Kwasniewski sich künftig eine authentische politische Partnerschaft.

Polen nimmt bereits an der EU-Zukunftsdiskussion teil, seiner Meinung nach ist die Frage „Vertiefung oder Erweiterung?" schon in der Fragestellung falsch. Hinsichtlich der Beitrittsförderung erwartet der polnische Präsident angesichts der großen Diskrepanzen zwischen Mitgliedern und Kandidaten mehr Solidarität – die Unterstützung in vielen Bereichen wie der Landwirtschaft sei einfach nötig, um nicht eine Trennung in „Unions-Ossis und -Wessis" zu erleben. Weitere Punkte der Rede waren Polens Beitrag zur Anti-Terror-Koalition sowie die Zukunft Europas als „Europa der Vaterländer", nicht aber der Vereinigten Staaten von Europa. Erwähnt wurden ferner Ausblicke auf die Zukunft der östlichen Nachbarn Polens, so wies Kwasniewski ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Isolierung Weissrusslands zu durchbrechen.

Trotz der bestehenden ca. 300 bilateralen Städte- und Schulpartnerschaften, so schloß der Präsident seine Rede, bedarf es noch größerer Energie, um die bestehende Gleichgültigkeit zu überwinden.

Im Anschluß an den polnischen Präsidenten sprach Herr Dr. Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt. Kernpunkte seiner Äußerungen waren die Osterweiterung, auch er geht von einem Beitritt im Jahr 2004 aus, sowie die Problematik der Kollektivschuld totalitärer Systeme.

Danach bestand noch die Gelegenheit, Fragen an Präsident Kwasniewski zu richten. Interessant schien vor allem die Frage, warum Polen auf dem Weg zum

EU-Beitritt ein Referendum für 2003 plane, und nicht die auch in Art. 28 der polnischen Verfassung vorgesehene Möglichkeit zu einem Ermächtigungsgesetz wähle. Darauf meinte der Präsident, kein Referendum durchzuführen wäre eine Todsünde auf dem Weg in die EU im Hinblick auf die Akzeptanz dieses weitreichenden Schrittes in der Bevölkerung.

Hartmut Rank

3. Studienfahrt nach Warschau, 7. – 8. März 2002

Dank der Vermittlung durch Herrn Botschafter Dr. Jerzy Kranz erklärte sich das polnische Außenministerium in Warschau bereit, eine Abordnung unserer NMUN-Delegation zu empfangen und zu wichtigen Themen zu briefen. Die Diplomaten im Außenministerium stellten ein eintägiges, hoch interessantes Besuchsprogramm für die Delegation zusammen, mit Briefings zu Themen wie Abrüstung, Menschenrechtsfragen, die UN, NATO, Entwicklungspolitik und vieles mehr. Allen beteiligten Diplomaten sei an dieser Stelle für ihr Engagement sehr gedankt, die Möglichkeit, polnische Außenpolitik mit den zuständigen Diplomaten diskutieren zu können, war für die Delegation von unschätzbarem Wert und gehörte zu den Highlights unserer Vorbereitungen für NMUN 2002.

Sehr gerne nahmen wir auch die freundliche Einladung des Leiters des Warschauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herrn Hermann Bünz, an, das Büro in Warschau zu besuchen. Aus der Kontaktaufnahme der NMUN-Delegation mit in Warschau ansässigen UN-Institutionen, wie das UN Information Center, UNDP und UNEP, folgten ebenfalls Einladungen, die insgesamt den Aufenhalt in Warschau zu einem unvergeßlichen Erlebnis machten.

Ablaufplan

Donnerstag, 7. März 2002

06:00	Ankunft Warschau Hauptbahnhof
06:00 – 12:00	Besichtigung der Altstadt
13:00 – 16:30	UN–House Warschau
13:00 – 14:00	Empfang bei UNIC
14:00 – 14:30	Einführung in die Arbeit von UNDP
14:30 – 15:30	Diskussion mit den Referenten und polnischen Studenten
15:30 – 16:30	Vortrag über UNDP/GEF in Polen
18:00 – 19:30	Empfang und Diskussion bei der Friedrich-Ebert-Stiftung
19:30 – 23:00	Begegnung mit polnischen Stipendiaten/Studierenden bei einem Restaurantbesuch auf Einladung der FES

Freitag, 8. März 2002

09:00 – 10:00	Besuch von UNEP/GRID – Warschau
11:00 – 17:00	Außenministerium der Republik Polen
11:00 – 11:30	Briefing zur NATO

11:30 – 12:30	Briefing über CWC und Abrüstung
12:30 – 13:30	Briefing über die Rolle Polens in der UNO
14:00 – 15:00	Briefing über Financing for Development
15:00 – 15:30	Briefing zum World Summit for Sustainable Development
15:30 – 16:00	Vortrag über Menschenrechte in Polen
16:00 – 16:30	Unterhaltung mit Herrm Kobieracki
16:30 – 17:00	Verabschiedung

3.1 Das UN-Informationszentrum (UNIC) in Warschau

Die meisten Einrichtungen der Vereinten Nationen in Polen sind im sogenannten „UN House“ untergebracht, wo wir unseren ersten Termin hatten. Nach einer herzlichen Begrüßung durch eine Gruppe von Studenten, die bei den „United Nations’ Friends at the Warsaw School of Economics“ aktiv sind, und durch **Frau Mariola Ratschka**, die als National Information Officer für das UN-Informationszentrum (UNIC) in Warschau arbeitet, begann Frau Ratschka, uns von ihrer Arbeit zu erzählen. Das polnische UNIC existiert erst seit kurzem; es wurde 1995 gegründet. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Lage vor 1990, gab es vor zehn Jahren nur sehr wenige nationale Komitees von Organisationen wie UNESCO und UNICEF, die in Polen aktiv waren. Die Sonderorganisationen, die heute in Polen arbeiten – dazu gehören UNDP, UNIDO, IWF, ILO und die Weltbank – haben ihre Vertretungen in Polen erst im Laufe der neunziger Jahre eingerichtet.

Während die nationalen Komitees von einem Direktor geleitet werden, der üblicherweise aus dem Ausland kommt, unterstehen die ständigen Vertretungen (das heißt die Büros der Sonderorganisationen) einem UN-Repräsentanten, der die Befugnis zur Vertretung der jeweilige Organisation in allen Fragen hat. Der Direktor des UNIC Warschau, Herr Marc Destanne de Bernis, ist gleichzeitig auch der „resident representative“ des UNDP. Als „resident coordinator“ der UN in Polen ist er ebenfalls dafür zuständig, die Zusammenarbeit der UN-Einrichtungen in Polen zu koordinieren. Die Einrichtungen der Vereinten Nationen sind üblicherweise einer gastgebenden Institution, in der Regel dem Außenministerium, zugeordnet. Das UNIC in Warschau wird fast vollständig vom Außenministerium finanziert, außer einem kleinen Beitrag, den es von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der UN erhält. Seine Aufgabe besteht im wesentlichen aus PR-Arbeit für die UN in Polen. Deswegen leitet UNIC Informationen über die UN an interessierte Individuen und Institutionen weiter, die hauptsächlich aus seiner umfangreichen Sammlung von UN-Dokumenten stammen, welche auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Das UNIC arbeitet eng zusammen mit anderen UN-Einrichtungen in Polen, mit ihren jeweiligen Hauptsitzen und mit den „depository libraries“ der UN.

Ulrich Laumanns

Vor dem UN-House: Malte Schmidt-Tychsen, Stefan Lunze, Carolin Zerger, Hartmut Rank, Alexander Badinski, Kimon Haars und Ulrich Laumanns (v.l.n.r.)

3.2 Briefing über die Global Environment Facility (GEF)

Nach unserem sehr freundlichen Empfang im UN-Haus in Warschau am Donnerstag, den 7. April 2002, in dem neben UNDP viele in Polen operierende UN-Organisationen vertreten sind, hatten wir die Gelegenheit **Herrn Przemyslaw Czajkowski** als Referenten begrüßen zu dürfen. Herr Czajkowski ist der Nationale Koordinator für das Small Grand Project (SGP) Programm für GEF/UNDP in Polen. In seinen eingehenden Ausführungen hat Herr Czajkowski uns vor allem den bisherigen Erfolg und die somit abgeleitete Bedeutung des GEF für Polen verdeutlicht.

Herr Czajkowski begann seine Ausführungen mit der Aushändigung einer Liste mit sämtlichen - einigen hundert – GEF-Projekten, die seit Entstehung des GEF 1991 in Polen ausgeführt worden sind und sich auf ein Gesamtvolumen von 66 Millionen US-Dollar beziffern. Es folgte eine kurze Wiederholung der allgemeinen Bedeutung des GEF in Zahlen und Zielsetzung. So z.B. die Direktive die Arbeit der Weltbank, des UNDP und des UNEP in den vier Bereichen Klimawandel, Ozonverringerung, internationale Gewässer und Biodiversität zu unterstützen. Der GEF ist auch Finanzierungsmotor - mit etwa 1,3 Milliarden US-Dollar für die nächsten drei Jahre – für Projekte in diesen Bereichen. Der GEF gliedert seine Projektfinanzierungen in drei Bereiche: „Small/Medium/Large Grand Projects“. Die „Small Grand Projects“, mit

Volumen bis 50.000 US-Dollar, haben aus Sicht von Herrn Czajkowski den nachhaltigsten Effekt, nämlich die Schaffung und Einbindung von kleinen, lokalen Expertengruppen und NGOs. Die wichtigste Bedeutung dieser Projekte liegt vor allem in der Übertragung der Verantwortung auf eine kleinen Gruppe oder einzelne Personen, die oft sogar direkt vom Gelingen dieser Projekte z.B. in ihrer Gemeinde profitieren. Verglichen mit diesen SGP hält er besonders die Large Scale Projects (LSP) für zu „anonym“ – ein erster Hinweis für ein vorbestimmtes Scheitern eines Projekts.

Als größtes Hindernis für eine Steigerung der bisherigen Erfolge im Rahmen der SGPs nennt Herr Czajkowski zum einen die Schwierigkeit, gute und technisch ausgearbeitete Vorschläge für Projekte zu erarbeiten in Ermangelung an gut ausgebildeten Experten, und apelliert somit an die internationale Gemeinschaft für eine bessere technische Unterstützung zu sorgen. Zum anderen ist die staatliche Beteiligung an solchen Projekten oft eine weitere Notwendigkeit für das Zustandekommen solcher Projekte und dessen Ausfall oft Ursache für das Scheitern von GEF-Vorhaben. *„It is time to think about bread and not about games“* ist seine abschließende Bemerkung zu diesem Thema.

Weiter beschrieb Herr Czajkowski, dass die EU-Erweiterung für Polen in bezug auf seine Biodiversität zu abstrusen Ergebnissen führte: Die Reformen in der Landwirtschaft und der allgemeinen Bodennutzung im Zuge der Umsetzung von EU-Richtlinien hätten sehr negative Auswirkungen für das Leben vieler Tiere und Pflanzen, wie man es z.B. seit dem Beitritt Großbritanniens 1973 oder auch Dänemarks erlebt und erlebt hat. In diesem Zusammenhang scheint auch die Agrarreform eines der wichtigsten Themen der polnischen Innenpolitik in den nächsten Jahren zu werden.

Alexander Badinski

3.3 Besuch des Warschauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Im Rahmen unserer Fahrt nach Warschau hatte unsere Gruppe am Abend des 7. März die Gelegenheit, das Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu besuchen. Über die Arbeit politischer Stiftungen im Ausland hatten wir zuvor einiges gehört oder gelesen, und so wollten wir uns vor Ort in Warschau einen Eindruck verschaffen.

Das Warschauer Büro ist hinsichtlich seiner Mitarbeiter sowie der Zahl der Projekte eine der größten Auslandsvertretungen der Stiftung. Die FES trägt durch verschiedene Projekte zur Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit bei. Einige der Tätigkeitsschwerpunkte sind die Bereiche polnische Westintegration, gesellschaftspolitischer Dialog sowie Wirtschaft und Gesellschaft. Zu diesen und weiteren Themen veranstaltet die Stiftung eine große Zahl von Seminaren, Gesprächen am Runden Tisch, Expertenforen, Work-Shops, bringt Publikationen heraus oder fertigt Expertisen.

Einen Überblick über die Tätigkeit der FES in Polen erhält man auf der folgenden Web-Seite: www.feswar.org.pl.

Wir wurden von **Herrn Hermann Bünz**, dem Leiter des Warschauer Büros, empfangen. In einem lockeren Gespräch erfuhren wir von ihm spezifisch polnische Probleme während des Transformationsprozesses. Herr Bünz vertrat die These, daß Polens Problem vor dem EU-Beitritt seine Vergangenheit sei. Dabei beleuchtete er noch einmal schlaglichtartig einige geschichtliche Eckdaten Polens in den letzten Jahrhunderten und kam speziell auf die Probleme in der Verwaltung des Staates zu sprechen. Es gäbe zu wenig Identifikation der Beamten mit Polen, was zu verbreiteter Korruption geführt habe. Dies sei eines der gegenwärtigen Hauptprobleme. Dennoch sei Polen ein vertrauenerweckender Wirtschaftsplatz, wie man an den enormen Veränderungen der vergangenen Dekade auf allen Ebenen sehen könne.

Als schwierig bezeichnete unser Gesprächspartner auch die Vorstellungen großer Teile der polnischen Bevölkerung von der EU. Diese ist ja kein Wohlfahrtsverein, sondern unter anderem ein sicherheitspolitisch/ökonomisches Zweckbündnis. Man müsse die EU hier erst noch stärker als „Werkstatt“ begreifen lernen. Dazu habe die FES in Polen unter anderem einen Gesprächskreis von Wissenschaftlern und Ökonomen ins Leben gerufen.

Im Anschluß an diese Ausführungen trafen wir uns in der Gaststätte „Podwale“ mit polnischen Studenten, von denen einige als Stipendiaten der Stiftung in Deutschland studiert hatten, und führten dort unsere Diskussion fort. Freundlicherweise wurden wir von Herrn Bünz zum Essen eingeladen. Dafür, und für die Zeit, die er sich für uns genommen hat sowie für die Einladung zur Rede von Präsident Kwasniewski in Berlin sind wir ihm sehr dankbar.

Hartmut Rank

Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau

3.4 Briefing im polnischen Außenministerium I: NATO, Abrüstungsfragen und die Vereinten Nationen

Unser Briefing begann mit **Herrn Adam Kobieracki**, Direktor der Abteilung für Sicherheitspolitik im Außenministerium. Er gab unserer Delegation eine kurze Einführung über die polnische Außenpolitik und erklärte uns die weitere Vorgehensweise. Dabei ging er insbesondere auf polnische Positionen in der NATO ein.

Zunächst zeigte Herr Kobieracki die polnischen Interessenschwerpunkte bei der anstehenden Osterweiterung der NATO auf. Dabei betonte er, wie wichtig die Aufnahme Litauens und der Slowakei als unmittelbare Nachbarn Polens sei. Weiterhin erklärte er die polnische Position gegenüber anderen Beitrittskandidaten. Insgesamt ist Polen sehr an einer Erweiterung der NATO interessiert. Herr Kobieracki wies darauf hin, daß eine NATO-Erweiterung das Bündnis keinesfalls paralysieren werde, und daß die NATO zunehmend eine politische Organisation werde, deren Verantwortung über Europa hinausgeht. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Notwendigkeit einer engen Partnerschaft mit Rußland.

Schließlich ging Herr Kobieracki kurz auf die Situation auf dem Balkan ein. Er zeigte sich zufrieden, daß die Situation sich dort zunehmend stabilisiert. Beachtenswert sei, daß Polen bereits wenige Tage nach dem NATO Beitritt 1999 Truppen für die NATO Missionen auf dem Balkan bereitstellte.

Anschließend übergab er das Wort an **Herrn Krzystof Paturey**, der mehrere Jahre für die polnische Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York gearbeitet hatte. In angenehmer Atmosphäre erklärte er zunächst die Grundsätze für eine realistische Simulation der diplomatischen Arbeit bei den VN. Wichtig sind zunächst die Prinzipien Ehrlichkeit und Offenheit, sowie der Grundsatz keine Alleingänge zu starten, sondern immer gemeinsam mit anderen Partnern Ideen voranzubringen. Auch darf es bei keiner Resolution „Verlierer“ geben, so daß durch Konsens eine universelle Unterstützung erzielt werden kann. Erst dann wird auch die besondere Bedeutung einer Resolution deutlich, die in der moralischen Kraft liegt.

Sehr anschaulich erläuterte Herr Paturey das Vorgehen der polnischen Diplomatie in der Chemical Weapons Convention (CWC). Jedes Jahr bringt Polen zusammen mit Kanada eine Resolution im Rahmen der CWC ein, um die Weltgemeinschaft an die Bedeutung dieses Themas zu erinnern und die Implementation der Ergebnisse anzumahnen. Dabei werden vor allem generelle Prinzipien angesprochen, um möglichst eine breite Unterstützung zu finden. Sind beide Länder sich einig, werden nahestehende Länder, wie z.B. NATO-Staaten konsultiert. Schließlich wird dann der Resolutionsentwurf im Plenum diskutiert. Wichtig dabei ist, daß allein Kanada und Polen als Sponsoren auftreten, um die Amendments unter Kontrolle zu halten.

Daraufhin ging Herr Paturey auf die Arbeit in der Conference of Disarmament ein. Zunächst erläuterte er, wie schwierig die Arbeit in dieser Konferenz ist, da sie seit Jahren blockiert wird. Problematisch sind vor allem die Diskussionen um die militärische Nutzung des Weltalls, die Erstellung eines weltweiten Waffenregisters sowie die nukleare Rüstung. Insgesamt orientiert sich Polen in diesen Fragen stark an den EU-Positionen.

Schließlich befasste sich Herr Paturey mit dem Thema Raketenabwehr; bekanntlich ein sehr kontroverses Thema, das auch bei NMUN 2002 im NATO-Committee diskutiert wurde. Er wies darauf hin, daß das Thema Raketen nicht von internationalen Verträgen gedeckt werde. Daher sei es notwendig, über eine Konvention innerhalb der Vereinten Nationen nachzudenken. Gleichzeitig ist dabei allerdings die lange Dauer bis zur endgültigen Ausarbeitung und Ratifizierung problematisch. Daher müsse man auch andere Mittel in Erwägung ziehen, um dem Konfliktpotential von Raketenangriffen entgegenzuwirken.

Zum Abschluß dieses interessanten Briefings gab Herr Paturey noch einige praktische Tipps aus dem diplomatischen Alltagsleben. So erklärte er beispielsweise, wie man ungeliebte Offerten anderer Staaten zurückweist, ohne diese zu brüskieren: Man sagt einfach, daß man dem Vorschlag eine „positive consideration“ geben würde - und geht dann später nicht mehr darauf ein.

Jonas Blume

3.5 Briefing im polnischen Außenministerium II: Entwicklungsfinanzierung

Herr Artur Klopotowski begann seinen Vortrag mit ein paar zusätzlichen Bemerkungen zur Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Sicherheit. Er bezog sich dabei besonders auf den „Brahimi-Bericht“ über die Reform der Peacekeeping-Einsätze, der im März 2000 erschienen und im polnischen Außenministerium als positiv bewertet worden war. Dieser Bericht machte deutlich, daß die UN sich auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit klare Grenzen stecken muß. Die Peacekeeping-Einsätze sollten ein genau umrissenes Mandat aufweisen, sowie eine klare Strategie, wie der jeweilige Einsatz beendet werden kann. Weiterhin appellierte der Bericht an die UN, einen schnellen und effektiven Einsatz von Blauhelm-Truppen zu ermöglichen.

Andererseits wies Herr Klopotowski darauf hin, daß die Stärke der Vereinten Nationen klar die Lösung sozio-ökonomischer Probleme sei. Im folgenden erläuterte er die polnische Position zu einem wichtigen Ereignis auf dem Gebiet der internationalen Entwicklung, der bevorstehenden Weltkonferenz zur internationalen Finanzierung von Entwicklung (18. - 24. März 2002 in Monterrey, Mexiko). Diese Konferenz hatte von Anfang an große Hoffnungen bei den Entwicklungsländern und bei internationalen Institutionen wie den G-77 geweckt. Diese Länder hatten vor, die Konferenz in Richtung umfangreicher finanzieller Zusagen der Industrieländer zu politisieren, was zu einem großen

Teil dazu beitrug, die Verhandlungen zwischen diesen beiden Ländergruppen zu erschweren. Der vorläufige Konsens, der vor der Konferenz ausgehandelt worden war, stellte deshalb keine der beiden Seiten zufrieden.

Herr Klopotowski erläuterte uns kurz die einzelnen Themen, mit denen sich die Konferenz beschäftigen sollte: Die Mobilisierung einheimischer Ressourcen, die Mobilisierung internationaler Ressourcen (wie zum Beispiel Direktinvestitionen und andere private Kapitalströme), die Bedeutung des internationalen Handels, die Verstärkung internationaler finanzieller und technischer Entwicklungshilfe, das Thema Auslandsverschuldung und Fragen des internationalen Finanzsystems. Herr Klopotowski betonte, daß die Konferenz zum ersten Mal Mitglieder der internationalen Finanzinstitutionen mit anderen UN-Einrichtungen sowie mit Vertretern des Privatsektors und der Zivilgesellschaft zusammenbringen würde.

Briefings im polnischen Außenministerium

Polens Haltung zu der Konferenz müsse differenziert betrachtet werden: Auf der einen Seite wird Polen immer noch als „Transformationsland“ klassifiziert, auf der anderen Seite ist es auf dem Weg, ein entwickeltes Land und ein Geber internationaler Entwicklungshilfe zu werden. Das bedeutet, daß Polen nicht mit den Transformationsländern identifiziert werden möchte, aber daß es sich trotzdem der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder verpflichtet fühlt. Diese Haltung spiegelt die Betonung der speziellen Probleme und Bedürfnisse einzelner Ländergruppen (zum Beispiel der Inselstaaten, Binnenstaaten und

Transformationsländer) innerhalb der polnischen Entwicklungspolitik wider. Weiterhin existieren eine Reihe politisch-strategischer Gründe für Polens Engagement für die Transformationsländer. Viele von ihnen sind direkte Nachbarn, und die polnische Regierung benutzt ihre Entwicklungszusammenarbeit dazu, mit ihnen strategische Partnerschaften – nach dem Modell der Beziehungen zur Ukraine – aufzubauen. Polen arbeitet momentan daran, eine eigene Strategie seiner Entwicklungszusammenarbeit zu entwerfen und seine Rolle als neu hinzugekommenes Geberland zu stärken. Polen unterstützt die *„Everything but Arms"*-Initiative der Europäischen Union sowie die HIPC-Initiative, die den Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer regelt. An letzterer Initiative hat sich Polen mit finanziellen Zusagen von acht Millionen US-Dollar beteiligt, aber gleichzeitig auch ihre Unzulänglichkeiten kritisiert. Polen macht sich dafür stark, in das Abschlußdokument der Konferenz eine Klausel einzufügen, welche die Erweiterung des Schuldenerlasses auf andere Länder, einschließlich solche mit mittlerem Einkommen, fordert. Weitere wichtige Themen für Polen sind Fragen von „good governance" (was für die Entwicklungsländer traditionell ein sensibles Thema ist), die Instabilität der internationalen Finanzmärkte und die Finanzkrisen, die daraus entstehen.

Ulrich Laumanns

3.6 Briefing im polnischen Außenministerium III: WSSD

Während unseres ganztägigen Besuchs im Auswärtigen Amt in Warschau am Freitag, den 8. April 2002, zeigte sich die ausgesprochen herzliche polnische Gastfreundschaft nicht nur darin, daß wir bereits an der Tür empfangen und uns sofort Erfrischungsgetränke bereitgestellt worden sind, sondern auch darin, daß das dichtgedrängte Aufgebot von zahlreichen und hochkarätigen Referenten uns keine Zeit zum Mittagessen vorgesehen hatte. Während des Nachmittags hatten wir nun auch die Gelegenheit **Herrn Wojciech Jasinski** als Referenten begrüßen zu dürfen. Herr Jasinski hat viele Jahre in New York für das UN Economic & Social Affairs Dept. in Zusammenarbeit mit dem UNDP gearbeitet, war u.a. auch Senior Deputy Representative für UNDP in Kabul, Afghanistan, und ist seit kurzem wieder ins Außenministerium in Warschau gewechselt. Dort leitet er u.a. die Vorbereitungen für die polnische Teilnahme am World Summit on Sustainable Development (WSSD). Da Herr Jasinski am zweiten Vorbereitungstreffen zum WSSD, dem sogenannten **Prep**aratory **Com**mittee **2**, in New York Anfang Februar teilgenommen hatte, beliefen sich seine spannenden, einstündigen Ausführungen neben den polnischen Hauptinteressen beim WSSD-Prozeß auch auf eine kurze aktuelle Berichterstattung der derzeitigen Lage.

Herr Jasinski begann seine Ausführungen mit einem Lob an die deutsche Delegation zur Vorbereitung zum WSSD, zeigte uns kurz einige deutsche Vorbereitungsunterlagen und meinte, daß Polen aus diesen „gut strukturierten

und allgemein verständlichen“ Unterlagen viele Sachen als allgemeine Leitlinien für die Konferenz unterstützen wird. Diese Einführung hat uns leicht irritiert, da wir uns doch eher als polnische Diplomaten verstanden und weniger als Deutsche angesprochen werden wollten. Es folgte eine kurze Schilderung der Zusammenarbeit der involvierten Ministerien im sogenannten Koordinierungskomitee, das bereits bis 2000 das entscheidende Richtliniendokument „Sustainable Development until 2025 in Poland“ erarbeitet hat. Als große Schwierigkeit verwies er auf die anhaltende Fluktuation im Personal und der ständigen Umstrukturierung der verantwortlichen Abteilungen für einen kontinuierlichen Arbeitsprozeß. Besonders für Polen ist die Koordinierung der Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern, insbesondere mit Regionalregierungen, Kommunen und NGOs, die schwierigste Aufgabe in der Ausarbeitung und Bewältigung der Aufgaben entsprechend der Agenda 21. Deswegen sollten aus der polnischen Sicht die breiten Aufgaben und Verantwortungsbereiche von UNDP reduziert werden, um erfolgreicher und intensiver in ganz speziellen und problematischen Aufgabenbereichen, so z.B. in der HIV/AIDS-Bekämpfung in Polen, wirken zu können. Damit sprach er auch die allgemeingültige Kritik an vielen UN-Projekten gerade auch in Polen aus, denen, aufgrund der „zu weit entfernten UN-Schirmherrschaft“ oft zu wenig lokale Eigenverantwortlichkeit – eine Notwendigkeit für den Erfolg jedes Projekts – beigemessen wird; die Förderung dieser Eigenverantwortlichkeit lokaler Strukturen hält er im Prozeß der anhaltenden Entwicklung für die wichtigste Erkenntnis.

Mit den Worten „Schaffe die Welt, wie sie ist, und erhalte die Verschiedenheit“ von Klaus Töpfer, begann er seine kurzen Ausführungen zur Bedeutung der Biodiversität für Polen. Für Polen geht die Notwendigkeit für den Schutz der Biodiversität weit über die Einrichtung von Parks und die Weiterführung der Roten Liste der bedrohten Tiere hinaus. Internationale Zusammenarbeit z.B. in Grenzgebieten mit Deutschland oder das Schulen von „Biodiversitätsdenken“ stehen im Vordergrund der polnischen Bemühungen z.B. auch im Rahmen der „Umwelterziehungsstrategie“. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Bedeutung von GEF und UNIDO.

Zum Thema Klimawandel wies er uns auf die Bedeutung der USA hin, die derzeit den Kyotoprozeß boykottieren. Mit der Begründung, daß die USA unter der Auflage dieses Protokolls über 4,5 Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit schicken müsse, setzt die USA sich seit Februar verstärkt für ein alternatives Konzept ein, was dem Klimawandel durch verstärkte wissenschaftliche Forschung und neue Technologien, aber vor allem ohne die im Kyotoprotokoll festgelegten Emissionsauflagen entgegenwirken soll. Eine Bedeutung des Klimawandels für Polen sieht Herr Jasinski vor allem in der Umstrukturierung im Energie- und Transportsektor und besonders auch im weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.

Als allgemein erhofftes Ergebnis des WSSD, verspricht sich Herr Jasinski aus den vielen Verhandlungen zum einen ein Abschlußdokument, das bindender ist als alle bisherigen und zum anderen einen Austausch von der sogenannten „Besten Praxis“ neben einer Verbesserung der globalen Kooperation auf allen Gebieten und Ebenen. Dann stellte er das „Chairman’s Paper“ vor, das als derzeitige Verhandlungsgrundlage für die nächste PrepCom 3 Runde dienen soll, die übrigens parallel mit unserer Konferenz in New York stattgefunden hat. Kurz zählte er die neun Kapitel dieses Paper auf: 1. Armutsbekämpfung, 2. Veränderung von nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsprozessen, 3. Management von Rohstoffen, 4. Anhaltende Entwicklung und Globalisierung, 5. Gesundheit, 6. Kleine Inseln als Entwicklungsländer, 7. Initiativen für Afrika, 8. Implementierungsmaßnahmen, 9. Rolle der Regierungen und kritisierte erneut, daß die Konferenz mit diesem breiten Themenhorizont mit insgesamt über 200 Themenbereichen zu breit angelegt ist und die Ausarbeitung von effizienten und zukünftigen Konzepten dadurch sehr erschwert werde. Als weiteres erwähnte er die Problematik des Nord-Süd-Konflikts bei der Erarbeitung von Programmen und Vorschlägen. Entwicklungsländer haben oft andere Schwerpunkte und Vorstellungen von Entwicklung, so Herr Jasinski. Die Regierungen dieser Länder empfänden die starke Einschränkung durch Umwelt- und Sozialauflagen oft als zu starke Beschneidung ihrer Souveränität. Die Regierungen befürchteten, durch zu strenge Auflagen viele der bisher geschaffenen, aber auch potentiellen Arbeitsplätze im Industrie- und Dienstleistungssektor zu verlieren.

Alexander Badinski

3.7 Briefing im polnischen Außenministerium IV: Menschenrechte

Der Höhepunkt unserer Fahrt nach Warschau war sicherlich der Besuch im Außenministerium. Die Empfehlungen von Botschafter Dr. Kranz hatten uns den Weg für einen Tag voller Referate von hochrangigen Ministerialbeamten geebnet. Der engagierte Organisator des Programms für unsere Gruppe war **Herr Andrzej M. Sołtan**, der als Menschenrechtsreferent im Department for UN Political Affairs arbeitet. Bereits vor unserer Exkursion nach Warschau war Herr Soltan bei der Durchsicht verschiedener Position Papers zu menschenrechtlichen Inhalten sehr hilfreich.

Herr Soltan nutzte die Gelegenheit unseres Besuchs beim polnischen Außenministerium für einige weitergehende Kommentare zum Thema Menschenrechte. Er erklärte, daß Polens globale Interesse im Feld Menschenrechte ebenso begrenzt sei, wie die Ressourcen Polens begrenzt seien. Er unterstrich die Bedeutung von Aktivitäten zum Aufbau von Demokratien und die Stärkung der Prinzipien der good governance als wichtige Aspekte auf der außenpolitischen Tagesordnung Polens. Der Schwerpunkt Polens für das Jahr 2002 ist der Vorsitz in der diesjährigen Sitzung der Menschenrechtskommission in Genf. Dieses international anerkannte Amt bringt aber auch einige

Zurückhaltung mit sich, was offene und öffentliche Stellungnahmen zu menschenrechtlichen Themen betrifft.

Herr Sołtan ging auch darauf ein, daß Polen als einer der Initiatoren der Kinderrechtskonvention (KRK) aus dem Jahr 1990 in den vergangenen Jahren keine weiteren Initiativen zum Thema betrieben hätte. Es wäre aber wahrscheinlich, daß die neue Regierung unter Premierminister Miller das Thema aufgreifen werde. Ebenso sei das Optionale Protokoll zur KRK zu den Rechten von Kindern in bewaffneten Konflikten im parlamentarischen Ratifizierungsprozess.

Stefan Lunze

„Polen“ in Warschau: Kimon Haars, Stefan Lunze, Carolin Zerger, Ulrich Laumanns,Hartmut Rank, Malte Schmidt-Tychsen und Alexander Badinski

4. Die UN-Study Tour, 21. – 25. März 2002

In Zusammenarbeit mit dem *UN Department of Public Information* (UNDPI) wurde den Berliner Teilnehmern auch in diesem Jahr im Vorfeld der *National Model United Nations Conference* ein UN-Study Tour Programm angeboten. Abgestimmt auf die einzelnen *Committees*, in denen die Studierenden als Delegierte Polens vertreten waren, fanden an drei aufeinanderfolgenden Tagen *Briefings* im Hauptquartier der Vereinten Nationen statt sowie Treffen in den Ständigen Vertretungen der EU-Kommission, Deutschlands und natürlich Polens. Hochrangige Diplomaten berichteten über ihre Arbeit und stellten sich den Fragen der Studierenden. Die zukünftigen Delegierten erhielten durch das persönliche Gespräch die Möglichkeit, Informationen über die Themenbereiche ihrer Ausschüsse zu erhalten, einen Blick „hinter die Kulissen“ der Vereinten Nationen zu werfen und die Arbeitsgebiete der Ständigen Vertretungen kennen zu lernen. Nicht zuletzt bietet die UN-Study Tour auch die Gelegenheit, sich für ein Praktikum direkt vor Ort zu bewerben.

UN-Study Tour Programm

21. März 2002	
09.30 - 10.30	Guided Tour
10.45 - 11.45	Secretariat Briefing on the UN in the New Millennium
11.45 - 12.45	Secretariat Briefing on Sustainable Development
12.45 - 14.30	LUNCH
14.30 - 15.30	Secretariat Briefing on Disarmament
15.30 - 16.30	Secretariat Briefing on Terrorism
22. März 2002	
10.30 - 11.30	Secretariat Briefing on Humanitarian Relief
11.30 - 12.30	Secretariat Briefing on UNAIDS
12.30 - 14.00	LUNCH
14.00 - 15.00	Secretariat Briefing on the Office of Legal Affairs
15.00 - 16.00	Secretariat Briefing on Human Rights
16.00 - 17.00	Secretariat Briefing on UNEP
25. März 2002	
9.30	Delegation of the European Commission to the United Nation
12.00	World Federation of United Nations Associations
15.00	Permanent Mission of Germany to the United Nations
27. März 2002	
10.00	Permanent Mission of the Republic of Poland to the UN

Auf dem Weg zu den Vereinten Nationen: Daniel Maier, Kia Fariborz Wolfram Bergande, Alexander Pfennig (NMUN 1997) und Eric Moudjende

4.1 Briefing zu den Vereinten Nationen im Neuen Millennium

In ihrer Resolution 53/202 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre fünfundfünfzigste Sitzungsperiode „The Millennium Assembly of the United Nations“ zu nennen. Die Regierungs- und Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten kamen vom 6. bis zum 8. September 2000 im Hauptquartier der Vereinten Nationen zusammen um am „Millennium Summit” teilzunehmen. Das Gipfeltreffen war eine historische Chance die Aufgaben der UN, und wie sie in Zukunft gelöst werden sollen, gemeinsam zu überdenken. **Frau Patricia Seghers,** UN Department of Public Information, gab uns interessante Einblicke in die Rolle der Vereinten Nationen im Neuen Millennium.

In der „Millennium Declaration“ betonten die anwesenden Staaten, daß die UN in der Tat weiterhin sehr wichtig ist, um die gewaltigen Probleme zu lösen, die noch vor uns liegen. Besonders die Beschleunigung des Globalisierungsprozesses schafft neue Probleme, auch und gerade für die Menschen, die aus diesem Prozeß ausgelassen werden.

Aus diesem Grund wurden spezifische Ziele gesetzt. Unter anderem sicherzustellen, daß bis 2015 alle Jungen und Mädchen mindestens eine Grundschulausbildung erhalten. Daneben soll die Zahl der armen Menschen reduziert werden, da im Moment die Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger

als US$ 2 am Tag zurechtkommen muß. Zusätzlich stellt HIV/Aids eine große Gefahr dar. Alle Bemühungen müssen in Zukunft besser koordiniert werden, um eine größere Effizienz zu gewährleisten. Neue Verpflichtungserklärungen müssen erstellt werden und um diese Verpflichtungen zu erfüllen sind Ressourcen vonnöten. Die „Conference on Financing for Developement“ die gerade in Mexiko stattfand, befaßte sich mit diesem sehr umstrittenen Thema. Generalsekretär Kofi Annan möchte die jährlichen internationalen Finanzhilfen, welche auf US $50 Milliarden angewachsen sind, noch in seiner Legislaturperiode verdoppeln.

Die „United Nations Special Session on Children“, die diesen Sommer stattfand, befaßte sich mit den Problemen der kommenden Generation. In diesem Zusammenhang ist Bildung für Mädchen gleich wie für Jungen sehr wichtig. Afghanistan ist zum Beispiel gerade dabei, die Bildungsmöglichkeiten wieder zu verbessern.

Auf dem Gipfeltreffen zum neuen Jahrtausend nahm das Thema „Gegenwärtige bewaffnete Konflikte“ einen großen Raum ein. Im vergangenen Jahrzehnt waren 90% der Toten Zivilisten. Heutige Kriege unterscheiden sich sehr stark von den Konflikten zu deren Lösung die Vereinten Nationen geschaffen wurden. Die Genfer Konventionen werden fast vollständig ignoriert. Sie sind in modernen Kriegen auch schwer anwendbar, die nicht mehr zwischen einzelnen Staaten geführt werden. Oft sind es nur Interessengruppen, die sich innerhalb eines Staates oder auch über Staatengrenzen hinweg bekämpfen, und nur inoffiziell oder gar nicht von einer nationalen Regierung unterstützt werden.

Der „International Criminal Court“ stellt ein anderes wichtiges Projekt der UN im neuen Jahrtausend dar. Der ICC und „Smart Sanctions“ sind darauf ausgerichtet, die Verantwortlichen zum Ziel von Repressalien zu machen, unter denen vorher ganze Nationen leiden mußten, die zum größten Teil unschuldig waren, zumal sie ihre Führer nicht mal selber gewählt haben.

Zum Ende des Vortrages kam die Frage auf, ob die Gründe für die meisten modernen Kriege wirtschaftlicher Natur sind. Die UN sagt dazu, daß es viele Gründe gibt. Ein sehr wichtiger ist immer wieder ethnischer Haß. Eine andere Frage bezog sich auf Koordinierungsprobleme zwischen dem Sicherheitsrat und dem Wirtschafts- und Sozialrat sowie anderen Interdependenzen innerhalb der UN. Obwohl Koordination zwischen den Gremien der Vereinten Nationen in der Charta verankert ist, wurde dieses Problem vor dem letzten Jahr noch angegangen.

Die Vereinten Nationen können nur die Rahmenbedingungen schaffen. Die endgültigen Entscheidungen müssen die Menschen selber treffen.

Malte Schmidt-Tychsen

4.2 Briefing zur Nachhaltigen Entwicklung

Der zweite Vortrag unserer UN-Study Tour behandelte den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD), der vom 26. August – 4. September 2002 in Johannesburg, Südafrika stattfinden wird. Referentin war **Frau Monika Linn**, Mitglied des Planungskomitees des UN-Sekretariats für diese Konferenz. Frau Linn hat schon an der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung als Jugend-Delegierte der Schweizer Delegation teilgenommen und war somit in der Lage, uns einen gründlichen Einblick in die Veränderungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in den letzten zehn Jahren zu geben.

Auf der Rio+10 Konferenz in Johannesburg soll Bilanz gezogen werden: Wie schreitet die Arbeit fort, die vor zehn Jahren gesteckten Ziele zu erreichen? Man wird versuchen, Wege zu finden um diese Ziele noch effektiver zu verfolgen. Sicher ist, daß der Impuls, der von der Rio-Konferenz ausging, verebbt ist, und daß es die Aufgabe der kommenden Konferenz ist, die Hingabe und den Enthusiasmus für die nachhaltige Entwicklung aufzufrischen.

Weiterhin müssen neue Entwicklungstaktiken geschaffen werden, um mit dem rapiden Wandel der Kapitalmärkte und den Entwicklungen im Telekommunikationssektor mitzuhalten. Und es gibt auch völlig neue Herausforderungen die schnellstens angegangen werden müssen, wie HIV/AIDS und der Terrorismus. Dinge, die weithin als direkt mit der nachhaltigen Entwicklung verbunden angesehen werden.

In Vorbereitung auf die Konferenz werden, außer einer Vielzahl von vorbereitenden Treffen zwischen Regierungsvertretern und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) auf nationaler und regionaler Basis, Experten-Foren und ähnlichem, vier vorbereitende Konferenzen (prepcoms) abgehalten, die von den Vereinten Nationen organisiert werden. Auf der ersten wurde der formelle und logistische Rahmen der Konferenz festgelegt, wie z.B. das Akkreditierungsverfahren für NROs usw. Auf der zweiten, die im Januar diesen Jahres stattgefunden hat, wurden die wichtigsten Themen, die auf der Konferenz behandelt werden sollen, festgelegt: Armut, Konsum und Produktion, Verwaltung natürlicher Ressourcen, Wasserversorgung, Ozeane, Wälder, Berge, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung und einige weitreichende Themen wie: Finanzierung, Handel, Technologietransfer und globale Regierungsführung (global governance) in der nachhaltigen Entwicklung. Ein großes Thema in Johannesburg wird die nachhaltige Entwicklung der Regierungsführung sein: Was bedeuten: gute Regierungsführung (good governance), Verantwortlichkeit (accountability), Rechtsstaatlichkeit (rule of law), Achtung der Menschenrechte, Verhinderung und Aufdeckung von Korruption und funktionierende staatliche Dienstleistung?

Ein wichtiges Thema in Bezug auf gute Regierungsführung (good governance) ist die Frage, wer für Umweltverschmutzung verantwortlich zu machen ist: Die

multinationalen Unternehmen oder die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die in ihrem Kampf um das wirtschaftliche Überleben nationale und internationale Bestimmungen missachten? Oder die Regierungen jener Länder, die keine Umwelt- oder Arbeitsgesetze erlassen, um ausländische Investoren anzuziehen?

Wälder und Wasserversorgung sollten auch ein Thema in Johannesburg sein, aber es ist unwahrscheinlich, daß es in diesen Feldern klare Ergebnisse geben wird, da sie politisch sehr brisant sind. Ersteres wegen des nationalen Interesses an der wirtschaftlichen Ausbeutung der Wälder und letzteres wegen der Probleme, die durch grenzüberquerende Flüsse usw. entstehen. Um diese Fragen zu regeln, werden interne oder zweiseitige Vereinbarungen von den betroffenen Ländern bevorzugt.

Auf der dritten vorbereitenden Konferenz, welche nur wenige Tage nach unserem Briefing stattfand, trafen sich Regierungsvertreter unter intensiven Konsultationen mit Sprechern der neun so genannten „major groups“ (NROs, Landwirte, Jugend, Eingeborene Völker, usw.) zu inhaltlichen Diskussionen. Auf der vierten vorbereitenden Konferenz werden die Entwürfe der Papiere fertig gestellt, die in Johannesburg diskutiert, verändert, und angenommen werden sollen.

Versucht der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung also nur Papiere zu produzieren? Natürlich nicht. Die Konferenz konzentriert sich auf „Typ eins“ und „Typ zwei“ Vereinbarungen: „Typ eins“ Vereinbarungen sind alle offiziellen, öffentlichen Deklarationen und Verpflichtungen, die von Regierungen abgegeben werden. „Typ zwei“ Vereinbarungen sind Partnerschaften zwischen Regierungen, Firmen, der Weltbank, UN-Organisationen, NROs, usw., die zur Durchführung eines konkreten Projekts geschlossen werden. Ein Beispiel für eine Typ-Zwei-Vereinbarung ist die „Weltweite Impf-Initiative“ der Familie Gates, die in Davos gestartet wurde.

Vor der Rio-Konferenz war es für NROs sehr schwer an UN-Konferenzen teilzunehmen. Mit dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung hat sich das geändert. Regierungen sehen ein, daß sie NROs, aber auch die Unternehmen, die Landwirte, Jugend, Frauen usw. brauchen.

An etlichen Tagen während jeder vorbereitenden Konferenz werden so genannte „Multi-Stakeholder Dialogues“ zwischen Regierungsvertretern und designierten Repräsentanten der NROs, der Landwirte, der Jugend usw. durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Treffen werden vom Vorsitzenden zusammengefaßt und dem Sekretariat unterbreitet, welches die Ergebnisse für die nächsten offiziellen Staaten-Verhandlungen in Betracht ziehen muß. Beispielsweise gab es einen Vorschlag für einen gesetzlichen Rahmen für Unternehmen, der bei den „Multi-Stakeholder Dialogues“ entwickelt wurde, welcher allerdings abgelehnt wurde.

Für die Entwicklungsländer war eine der größten Enttäuschungen der Vergangenheit, daß die entwickelten Länder ihre Versprechen bezüglich Finanzressourcen, Technologietransfer, und Kapazitätsaufbau nicht gehalten haben. Daher sind es zwei miteinander verknüpfte Faktoren, die entscheiden werden, ob der Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung ein Erfolg wird oder nicht. Erstens, ob die Entwicklungsländer den entwickelten Staaten glaubhaft versichern können, wie sie die Ressourcen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, benutzen werden. Und zweitens, ob es eine erneute Zusage der entwickelten Länder geben wird, den Entwicklungsländern zu helfen, welches an der Unterstützung konkreter Projekte besonders deutlich wird!

Letztlich muß man sich inmitten des Medienrummels um die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz im klaren darüber bleiben, daß der wichtigste Faktor für den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung die Umsetzung der Konferenzergebnisse sein wird.

Kimon Haars

4.3 Briefing zu Abrüstungsfragen

Der Referent, **Herr Gary de Rosa,** ist Officer in der Abteilung für Abrüstungsfragen bei den Vereinten Nationen. Er arbeitet bereits seit 1975 für die Vereinten Nationen in New York, kurz nachdem er das College erfolgreich abgeschlossen hatte. Nachdem er uns einen kurzen Überblick über die Geschichte des Kalten Krieges gegeben hatte ging er noch genauestens auf sein Department und dessen Aufgaben ein.

Während des Kalten Krieges zwischen der UdSSR und den USA gab es seiner Ansicht nach ein Kräftegleichgewicht, einen sogenannten „state of balance“, der die Ausbreitung von Kriegen auf dem Globus verhinderte. Zu dieser Zeit gab es deutlich weniger bewaffnete Konflikte oder Kriege. Mittlerweile ist die Anzahl der Kriege im Vergleich zur damaligen Zeit auf mehr als das doppelte angestiegen. Einer der Gründe hierfür mag die schlechte Überwachung der Waffenarsenale sowie die schwachen Ausfuhrkontrollen von Militär- und Waffengütern in der Ex-Sowjetunion gewesen sein. Die Beschaffung von Waffen wurde für militante Gruppierungen jedenfalls deutlich erleichtert.

Herr de Rosa erwähnte auch den Terroranschlag vom 11. September 2001 und stellte heraus, daß die Folgen dieser Tragödie auch deutliche Konsequenzen für die Fortschritte und Erfolge seiner Abteilung hatten. So kam es zu einer Erhöhung der Militärausgaben, die von der amerikanischen Bevölkerung für richtig befürwortet wurde. Aber auch das international umstrittene National Missile Defense System (NMD) war ein Rückschlag für seine Abteilung und insbesondere auch für eine dauerhafte Abrüstung weltweit.

Desweiteren stellte uns Herr de Rosa die Arbeit seines Departments vor und erklärte uns, daß es vier unterschiedliche Gremien gibt, die mit den Problemen und Themen der Abrüstung beschäftigt sind. Die Generalversammlung ist das erste Gremium, sie setzt sich aus den Repräsentanten aller Mitgliedstaaten zusammen, wobei jedes Land eine Stimme hat. Entscheidungen bezüglich wichtiger Fragen, wie Empfehlungen hinsichtlich der Wahrung von Sicherheit und Frieden, die Zulassung neuer Mitglieder und finanzielle Belange, bedürfen gemäß Artikel 18 Abs. 2 der UN-Charta einer Zweidrittelmehrheit. Eines der Hauptprobleme sieht Herr de Rosa darin, daß den Beschlüssen der Generalversammlung grundsätzlich keine rechtliche Bindungswirkung zukommt, daß also selbst Mitgliedstaaten, die Resolutionen unterschrieben haben, nicht rechtlich gebunden sind und sich somit auch nicht an die Resolutionen halten müssen. Die Generalversammlung hat einen Hauptausschuß, das sogenannte „First Committee“ eingerichtet, der sich speziell mit Fragen der Waffenkontrolle und ähnlichen Themen beschäftigt.

Die Generalversammlung gründete auch die „United Nations Disarmament Commission“, das zweite Gremium, welche der Generalversammlung direkt untersteht und ein Mandat bezüglich Fragen der Entwaffnung hat. Im Juni 1978 hatte man sich während der ersten „Special Session of the General Assembly“, die sich der Abrüstungskontrolle widmete, entschlossen, diese Kommission zu gründen. Sie ist ein Unterorgan der Generalversammlung und setzt sich aus allen Mitgliedstaaten zusammen, die sich mit Fragen der Abrüstung und Kontrolle beschäftigen. Der Sinn und die Funktion dieser Kommission ist es Empfehlungen und Lösungsvorschläge bezüglich Waffenkontrolle und Abrüstung von Massenvernichtungswaffen zu geben.

Die „Conference on Disarmament“ (CD) ist das dritte Gremium. Es wurde 1979 gegründet als das einzige multilaterale Abrüstungsforum innerhalb dessen die internationale Gemeinschaft Verhandlungen führt. Die Gründung dieses Forums war eine Folge der „First Special Session on Disarmament of the United Nations General Assembly“ von 1978. Am Anfang zählte die CD 40 Mitglieder, mittlerweile sind die Mitgliedstaaten auf 66 Länder angestiegen. Die CD hat eine spezielle Beziehung zu den Vereinten Nationen; es stellt seine eigene Geschäftsordnung auf und bestimmt auf Empfehlungen der Generalversammlung selbständig die zu behandelnden Themen. Die CD berichtet regelmäßig und arbeitet auf Basis des Konsens. Das größte Problem der CD ist, daß die Konferenzen immer „deadlocked“ sind, was soviel bedeutet wie, daß es keinen Konsens gibt. Man kann sich hier weder auf eine Agenda, noch auf einen Arbeitsplan einigen. Gegenwärtig konzentriert sich die CD auf Themen wie Nuklearwaffenkontrolle und -abrüstung, sowie auf Analyse der neuen Massenvernichtungswaffen.

Es gibt jedoch auch durchaus positive Ergebnisse, wie uns Herr de Rosa mitteilte. Die Waffenarsenale für Nuklearwaffen sind bis zum heutigen Tag um 50% reduziert worden, desweiteren treten mittlerweile sehr viele Staaten der

„Biological Weapons Convention“ bei. Auch wurde 2001 die erste und wohl auch erfolgreichste Konferenz zum Verbot von Kleinwaffen durchgeführt, die, wie Herr de Rosa mit einem verschmitzten Lächeln erläuterte, von einer Demonstration der „National Rifle Association“ (NRA) vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen „überschattet“ wurde.

Schließlich noch das letzte Gremium, das „Department for Disarmament Affairs“. Es ist das kleinste Department innerhalb der Vereinten Nationen. Das „Department for Disarmament Affairs“ (DDA) nahm seine Arbeit im Januar 1998 wieder auf, durch die General Assembly Resolution 52/12 abgesichert. Ursprünglich wurde das Department 1982 – auf Empfehlung der GA „Second

UN-Study Tour 2002: Malte Schmidt-Tychsen, Alexander Badinski, Jonas Blume, Kia Fariborz, Stefan Lunze und Ulrich Laumanns

Special Session on Disarmament“ gegründet. Das Gremium beratschlagt den Generalsekretär. Es setzt sich kritisch mit Sicherheitsrisiken im Hinblick auf Entwaffnungsprogramme und Abrüstungskontrollen auseinander. Es assistiert Mitgliedstaaten in multilateralen Abrüstungsverhandlungen und unterstützt und verbreitet Offenheit und Transparenz in Hinblick auf militärische Belange. Das Department hat auch regionale Außenstellen in Lateinamerika und Afrika, Togo und Nepal. Eine der interessantesten Aufgaben der Außenstelle in Afrika ist das „Weapon Collection and Destruction Programme“, welches vorsieht, für jede eingesammelte Waffe größere Unterstützung beim Aufbau von Infrastrukturen zu gewährleisten.

Abschließend erzählte uns Herr de Rosa noch von dem informellen UN-Treffen in Kathmandu, wo Non-Governmental-Organizations (NGOs), Leiter der Militärs und auch Staatsprominenz teilnahmen, so auch Repräsentanten aus Nord- und Südkorea. Diese Konferenz muß ein großer, vielleicht auch ein

stückweit persönlicher Erfolg für den Referenten Herrn de Rosa gewesen sein, denn er ließ es sich nicht nehmen, über die Dynamik, die Nähe und die Konstruktivität des Dialoges der einzelnen Repräsentanten ausführlich zu berichten. Selbst zutiefst verfeindete Staaten wie Nord- und Süd-Korea sollen gute Gespräche geführt haben.

Dieser Vortrag war neben der informativen Fülle vor allem auch deswegen interessant, weil der Vortragende seit mittlerweile knapp dreißig Jahren für die Vereinten Nationen gearbeitet hat und man einen gewissen Glanz, der von seiner Persönlichkeit ausging, nicht übersehen konnte.

Kia Fariborz

4.4 Briefing zum Internationalen Terrorismus

Das letzte Briefing am Donnerstag hatte Terrorismus zum Thema. Der Referent zu diesem Thema war **Herr Hamid Abdeljabar** von der Öffentlichkeitsarbeitsstelle des UN-Sekretariats, der darüber hinaus sehr engagiert im Nahost-Programm ist. Herr Abdeljabar ist auf dem Gebiet des Terrorismus eine wahre Koryphäe, was uns umso gespannter machte, welche wertvollen Einsichten uns eine solche Autorität in die aktuelle Debatte zu geben vermag.

Er begann seinen Vortrag mit der Feststellung, daß wohl kaum eine andere Frage so umstritten ist innerhalb der UN wie die, was eigentlich Terrorismus sei. So dauerte es dann auch bis 1972, als nach den schrecklichen Ereignissen bei den Olympischen Spielen in München der damalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim einen ersten Vorstoß machte, das Thema Terrorismus auf die Tagesordnung zu setzen, unter dem Titel „Maßnahmen zur Verhinderung von Terrorismus und anderer Formen von Gewalt, die unschuldige Leben kosten und grundlegende Freiheitsrechte bedrohen“. Dieser Vorschlag führte zu langen Diskussionen. Letztlich wurde Waldheims Vorschlag akzeptiert, jedoch mit einem Zusatz, der lautete: „und die Erforschung der Ursachen dieser Form des Terrorismus und Akte der Gewalt, die im Elend, der Frustration, einem Mißstand und in der Verzweiflung liegen und die manche Menschen dazu bringt, ihr Leben zu opfern, um radikale Veränderungen zu erreichen.“ Diese Kontroversen waren ein früher Fingerzeig für die noch kommenden Debatten.

In den Folgejahren bis zum heutigen Tage war die Weltgemeinschaft unfähig, einen Konsens zu diesem Thema herzustellen, da alle Entwürfe das von der UN-Charta garantierte Recht der Selbstbestimmung berührten.

Herr Abdeljabar fuhr nun fort, vier wesentliche Hindernisse zu benennen, die er als verantwortlich dafür sieht, daß eine Einigung über eine allgemeine Definition auch in Zukunft unwahrscheinlich bleibt. Der erste Punkt liegt in der Schwierigkeit einer Definition als solches: Z.B. würde man jemanden, der für

Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft hat, wie die ehemaligen Staatschefs Nelson Mandela in Südafrika oder Yitzhak Shamir in Israel, als Terrorist titulieren? Dieses Argument wird oft durch aufstrebende Nationen angeführt. Ein zweites Hindernis ist die Vernachlässigung diverser Ursachen für die Entstehung von Terrorismus: u.a. soziale Phänomene, Umwelteinflüsse, Unterdrückung, Unrecht, Verzweiflung, etc.. Als aktuelles Beispiel nannte Herr Abdeljabar Afghanistan, das er als „vergessenes Land“ nach dem Sowjet-Einmarsch und anschließenden Krieg bezeichnete. Eine allumfassende Terrorismus-Definition würde sich ebenfalls mit dem Problem des „Staatsterrorismus“ beschäftigen müssen. In diesem Zusammenhang erinnerte Herr Abdeljabar uns an die US-Intervention in Nicaragua, wo die US-amerikanische Regierung dafür verantwortlich gemacht wird, Wasser-Minen eingesetzt zu haben oder der US-Angriff auf Libyen nach dem Lockerbie-Anschlag. Last not least, macht die Annahme einiger westlicher Staatschefs, es gäbe keinen „westlichen“ Terrorismus, Fortschritte in der Definitionsfrage schwierig. Als Beispiele für „westlichen“ Terrorismus nannte Herr Abdeljabar das Oklahoma-Attentat, wo der Attentäter McVeigh als einzelner Terrorist dargestellt wurde und die Existenz einer terroristischen Vereinigung klar dementiert wurde. Darüber hinaus sind die diversen Übergriffe auf Ausländer in Deutschland ein weiterer Beleg für die Existenz von terroristischen Tendenzen in der westlichen Welt.

Hamid Abdeljabar

Im Moment gibt es 12 Konventionen, die sich mit dem Thema Terrorismus beschäftigen und bei denen große Einigkeit besteht. Allein ein allumfassendes Konzept gibt es noch nicht. Auch die kürzlich im Sicherheitsrat verabschiedete Resolution, die einstimmig angenommen wurde, konzentriert sich im wesentlichen auf die Aufdeckung und Unterbindung der Finanzierung von Terrorismus. Um diese Resolution wirksam werden zu lassen, wurde ein

spezielles Komitee eingesetzt, das die eingehenden Berichte aller Länder zu der Frage von Finanzierung auswerten soll.

Schlußendlich stellte Herr Abdeljabar noch einmal klar, daß Terrorismus als solches aufgrund des Endes des Kalten Krieges sowie der ungemeinen Beschleunigung der Globalisierung (die Möglichkeiten der verstärkten Nutzung des Internets) mehr und mehr zur großen Gefahr werden wird. Deshalb sieht er die Einsetzung eines Internationalen Strafgerichtshofes als einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung an. Als ein allgemeines Resümee fasste Herr Abdeljabar noch einmal zusammen, daß sich die Welt in ihrer heutigen Form in einer Übergangsphase befindet, was zur Folge hat, daß Staaten nicht mehr als einzige Akteure angesehen werden können und somit eine neue Interpretation der UN-Charta dringend erforderlich sei.

Alles in allem erlebte unsere Delegation einen sehr spannenden Nachmittag, da Herr Abdeljabar es verstand, seine Punkte sehr anschaulich darzulegen, ohne den Humor außer acht zu lassen, trotz der großen Ernsthaftigkeit dieses brennenden Problems.

Christof Schiller

4.5 Briefing zu humanitären Maßnahmen

In einem gut vorbereiteten, wenn auch leider kurzen Vortrag wurde unsere FU-Delegation von **Herrn Hansjörg Strohmeyer**, dem Abteilungsleiter des Büros für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (BKHA) der UN, über die Geschichte, die gegenwärtige Arbeit und die zukünftigen Aufgaben seines Büros unterrichtet. BKHA, das vor 10 Jahren als integraler Teil des UN-Sekretariats gegründet wurde, ist als die institutionalisierte Antwort der UN auf die zunehmende Zahl von Menschenrechtsverletzungen in Konfliktgebieten zu verstehen. „Besonders im Kontext der Kosovo-Krise“ hat sich das „sich entwickelnde Verständnis“ durchgesetzt, daß heute Menschenrechtsverletzungen und humanitäre Katastrophen eine internationale Intervention in Fällen rechtfertigen, die vorher als die inneren Angelegenheiten eines Landes betrachtet wurden. Mit „Intervention“ sind hier allerdings die 30 bis 40 humanitären Einsätze gemeint, die hauptsächlich juristische, medizinische und polizeiliche Maßnahmen beinhalten.

Das BKHA hat vier Hauptaufgaben: Erstens, wie der Name schon sagt, koordiniert es die „große Masse von Organisationen an der humanitären Front“, um für das jeweilige Land eine konsistente humanitäre Vorgehensweise sicherzustellen. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung eines Zentralplans für die medizinische und gesundheitliche Unterstützung der afghanischen Bevölkerung. Zweitens fungiert es als ein „inter-institutionelles, ständiges Verbindungskommittee“, d.h. als ein Forum für die Kommunikation zwischen den verschiedenen humanitären Organisationen und NROs. Das BKHA dient

drittens als Ratgeber in humanitären Angelegenheiten für das Generalsekretariat, zum Beispiel bei der andauernden Ernährungskrise in Zimbabwe. Viertens ist es dem Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten verpflichtet, indem es eine Liste von Kernmaßnahmen aufstellt, die von den Konfliktparteien respektiert werden sollen: Zum Beispiel ist der Zugang zu gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, welche häufig in die Position von Langzeit-Geiseln geraten, wie etwa im Kampf um die Diamantminen Sierra Leones; oder es sind Zivilisten von denjenigen bewaffneten Elementen zu trennen, die bloß deshalb in Flüchtlingslagern Zuflucht suchen, weil sie Gegenaufstände starten möchten und dadurch Vergeltung provozieren und den Krieg in die Lager der Zivilisten tragen.

Hartmut Rank, Kerstin Bihlmaier, Christof Schiller und Carolin Zerger

Die Fragen unserer Delegation konzentrierten sich einerseits auf die Erfolge der UN nun nicht bei der Konfliktstabilisierung oder -lösung, sondern der Konfliktprävention, die, laut Herrn Strohmeyer, trotz ihrer unverminderten Wichtigkeit ein „schwieriges Geschäft“ bleibt, da Konflikte bei ihrer Entstehung keinem allgemeinen Schema gehorchen und ungewisse Folgen nach sich ziehen können. Andererseits wollten wir mehr über die konkrete Rolle der Völkerrechtsnormen bei der humanitären Arbeit wissen, insbesondere darüber, welche Gesichtspunkte eine Intervention in sogenannte innere Angelegenheiten rechtfertigen. Wir erfuhren, daß die Genfer Konventionen vom 1949 nach wie vor das wichtigste internationale Vertragswerk im Bereich des humanitären Völkerrechts darstellen Hinsichtlich humanitärer Interventionen gäbe es seit der Kosovo-Krise in der internationalen Gemeinschaft ein gemeinsames Verständnis

dahingehend, daß Interventionen dann angebracht sein können, wenn internationale Standards gefährdet sind oder mißachtet werden, oder wenn ein bestehender Konflikt auf Nachbarländer überzugreifen droht, wie etwa in den aktuellen Konflikten in Guinea und Liberia. Nichtsdestotrotz wird in absehbarer Zeit „die Kosovo-Erfahrung nicht unbedingt wiederholt“ werden, da die Lösung der auf uns zukommenden Konflikte nicht nur eine noch breitere internationale Akzeptanz benötigen könnte, sondern auch jeweils ganz speziell zugeschnittene Maßnahmen.

Wolfram Bergande

4.6 Briefing zu UNAIDS

Am 20. März 2002 hatten wir das Vergnügen, als zweiten Vortrag des Tages ein Briefing über HIV/AIDS und den Kampf der Vereinten Nationen dagegen zu hören. Der Sprecher **Herr David Lawson** arbeitet als Liaison Officer im New Yorker Büro für das Programm der Vereinten Nationen gegen HIV/AIDS (UNAIDS).

Herr Lawson begann seinen Vortrag indem er uns kurz über Zahlen und Fakten bezüglich HIV und AIDS informierte. Ende 2001 gab es ca. 40 Millionen HIV-Infizierte und AIDS-Kranke weltweit. Insbesondere der südliche Teil des afrikanischen Kontinents ist die am schwersten betroffene Region mit 28 Millionen infizierten Menschen. Vier bis fünf Millionen Neuinfizierte kommen allein in dieser Region jährlich hinzu, von denen allein zwei Millionen Frauen, insbesondere junge Mädchen, sind. Wie Herr Lawson hervorhob sind es v.a. die Entwicklungsländer, die mit einer wahren Explosion an HIV und AIDS Betroffenen zu kämpfen haben. Dennoch erinnerte uns unser Sprecher daran, daß gerade auch die meisten Länder Osteuropas rapide ansteigende HIV und AIDS Fälle zu verzeichnen haben. Näher beleuchtet wurden auch die Auswirkungen, welche die AIDS Epidemie auf alle Bereiche der Gesellschaft hat, insbesondere auf die Wirtschaft eines Landes. Jährlich sterben allein im südlichen Afrika ca. drei Millionen Menschen an AIDS oder Krankheiten, die im Zusammenhang mit AIDS stehen. Diese drei Millionen fehlen v.a. im Unternehmensbereich, wo zahlreiche Firmen händeringend und meist sehr kostenintensiv nach neuen ausgebildeten Arbeitskräften suchen, um die vielen, die der Krankheit zum Opfer gefallen sind, zu ersetzen. Auch die Lebenserwartung ist in den meisten Ländern des zentralen und südlichen Afrikas rapide gesunken. Während sie vor einigen Jahren noch bei 62 Jahren lag, ist sie in einigen stark betroffenen Gebieten bis auf 45 Jahre gesunken.

Nach diesem kurzen Einblick in die Statistiken der AIDS-Krise, leitete Herr Lawson über zu dem zweiten Teil seines Vortrags, der sich v.a. mit der Frage beschäftigte, was die Vereinten Nationen gegen die Ausbreitung des in der tödlichen Krankheit endenden Virus tut und insbesondere, warum es eine

Sondersitzung, die sich allein mit diesem Thema befaßte, geben mußte und was die Vereinten Nationen mit dieser Sitzung erreichen wollten. Die Vereinten Nationen haben das globale HIV- und AIDS-Problem stets auch in Diskussionen inkorporiert, wo es eigentlich um andere wichtige Themen ging, so im März 1999, bei der 43. Sitzung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW). Dennoch entschied die Generalversammlung der Vereinten Nationen erst Mitte 2000 HIV und AIDS in einer Konferenz zum einzigen, zum Topthema zu machen. Auslöser dafür war zum einen sicherlich die Resolution des Sicherheitsrates (UN/S/RES/1308 (2000)), der sich im Januar 2000 zum ersten Mal intensivst mit den Auswirkungen von AIDS auf den Frieden und die Sicherheit in Afrika beschäftigte. Zum anderen war auch sicherlich der erschreckende Statusreport von UNAIDS im Juni 2000 ausschlaggebend für die Entscheidung der Generalversammlung. In diesem Report wurden erstmals die schrecklichen Ausmaße der Epidemie deutlich, welche das AIDS-Problem zu einer weltweiten AIDS-Krise machen.

Die „United Nations Special Session on HIV/AIDS“ wurde in nur 7-9 Monaten vorbereitet und vom 25. bis 27. Juni 2001 in New York abgehalten. Die Konferenz diskutierte verschiedene Themen, wie den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und HIV/AIDS oder die effektivsten nationalen Aktionsprogramme, die sich gegen die Ausbreitung von HIV richten. Das Hauptziel der Konferenz war, die internationale Gemeinschaft, also Regierungen, AIDS-Aktivisten und Experten, Nichtregierungsorganisationen und Vertreter des Privatsektors, zu mobilisieren und zusammenzubringen, um eine globale Allianz zu formen, die erfolgreich gegen die AIDS-Krise kämpfen kann. Das Resultat der Konferenz war die Verabschiedung der „Declaration of Commitment“. In dieser umfassenden Deklaration haben sich die teilnehmenden Nationen gemeinsame Ziele gesetzt, um die Zunahme von HIV-Infektionen zu vermindern und die schweren Auswirkungen der Krankheit auf alle Bereiche der Gesellschaft zu mildern. Viele dieser Ziele sind zeitgebunden, was für eine Deklaration etwas ganz Neues ist. Neben der Deklaration war v.a. die Einrichtung des „Globalen AIDS- und Gesundheitsfonds“ von zentraler Bedeutung. Der Fond, dessen Schirmherr Generalsekretär Kofi Annan ist und der z.Zt. noch nicht in Kraft getreten ist, soll zukünftig die Länder unterstützen, die von der Epidemie am härtesten betroffen sind und dessen finanzielle Mittel nicht ausreichen, um angemessenen auf die Problematik zu reagieren. Obwohl in den Fond schon über eine Milliarde US-Dollar an Beiträgen und Versprechungen von Regierungen, Stiftungen, Unternehmen und Privatspenden geflossen sind, so bedarf es doch acht bis zehn Milliarden US-Dollar jährlich, um richtig auf die Epidemie und all ihre Wirkungen eingehen zu können.

Im dritten und letzten Teil des Vortrags wurden wir eingehend über den Aufbau und die Arbeit von UNAIDS informiert. UNAIDS ist ein Programm, das sich aus acht Organisationen der Vereinten Nationen zusammensetzt, die normalerweise auf ganz unterschiedlichen Gebieten, auch in der AIDS-Bekämpfung, tätig sind. Genau diese unterschiedlichen Anstrengungen,

Ressourcen und das unterschiedliche Wissen macht sich UNAIDS zunutze, um umfassende Hilfe leisten zu können. Die acht Sponsoren sind: das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltbank, das Internationale Drogenkontrollprogramm (UNDCP), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), das Weltkinderhilfswerk (UNICEF), der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Das Programm, das 1994 eingerichtet wurde und schließlich 1996 mit seiner Arbeit beginnen konnte, wird vom „Programm Coordinating Board“ geleitet, das sich aus 22 Vertretern von Ländern aus allen Regionen der Welt, den acht Sponsoren und fünf Vertretern verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammensetzt. Weiterhin bilden die acht Sponsoren und das UNAIDS-Sekretariat, das seinen Sitz im schweizerischen Genf hat, das „Committee of Co-sponsoring Organizations“ welches separate Treffen hat. Die Ziele des Programms sind v.a. die weitere Verbreitung von HIV zu verhindern, Unterstützung und Fürsorge denjenigen zu bieten, die von der Krankheit, egal in welcher Form, betroffen sind und die sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Auswirkungen der Krankheit auf die Gesellschaft, zu mildern. UNAIDS verfolgt diese Ziele oftmals in leitender, aber auch unterstützender Position durch verschiedene Aktivitäten und Initiativen. Nach seinen sehr interessanten und umfassenden Ausführungen, ging Herr Lawson noch auf unsere zahlreichen Fragen ein.

Irina Gorgieva

4.7 Briefing zum Office of Legal Affairs

Frau Katarina Grenfell, eine Rechtsreferentin, die sowohl die australische wie auch die slowakische Staatsangehörigkeit besitzt, referierte über die Arbeit des Office of Legal Affairs (OLA). Sie sprach zunächst über die Funktionen der sechs verschiedenen Untereinheiten des OLA:

Das Office of the Legal Counsel (OLC) stellt alle möglichen Beratungsdienste zum Völkerrecht für die Protagonisten im UN-System zur Verfügung. Da Grenfell Mitarbeiterin dieser Einheit ist, konnte sie auf die aktuellen Projekte des OLC eingehen. Hier wurden nicht nur die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und für Ruanda (ICTR) ausgearbeitet, sondern auch ein ähnliches Rechtsinstrument für Sierra Leone. Andererseits scheiterten ähnliche Anstrengungen zur Verfolgung von Kriegsverbrechen in Kambodscha nachdem die Verhandlungen ausgesetzt wurden. Andere Beispiele für OLC-Aktivitäten sind Gastland und Hauptquartier-Vereinbarungen für UN-Einrichtungen, die Rechtspraxis zu Privilegien und Immunitäten von UN-Personal und die Rechtsordnung, in der die UN-Übergangsverwaltungen im Kosovo und in Ost-Timor arbeiten.

Die General Legal Division (GLD) verfügt über Expertise im Privat- und Verwaltungsrecht. Ausarbeitung von privatrechtlichen Verträgen im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen oder die Bearbeitung von Personalangelegenheiten gehört beispielsweise dazu. Der Schutz von Urheberrechten der UN z. B. bei der Verwendung des UN-Emblems ist auch eine Angelegenheit der GLD. Hier wird auch der Kampf der UN gegen Korruption und Betrug rechtlich flankiert.

Die Codification Section (COD) ist Sekretariat und Recherchedienst für eine Reihe von UN-Gremien. Der Sechste Ausschuß der Generalversammlung und die Völkerrechtskommission gehören dazu. Grenfell sprach von den aktuellen Aktivitäten der COD seit dem 11. September. Rechtsdogmatische Fragen wie der Umfang einer umfassenden Konvention gegen den Terrorismus, die Differenzen unter den Mitgliedstaaten bei der Terrorismus-Definition und die Beziehung einer umfassenden Konvention zu den bestehenden Konventionen bei Widersprüchen werden derzeit bei der COD bearbeitet.

Die Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea (DOALOS) bietet Dienste zu meeresrechtlichen Themen, sowohl allgemeiner Natur wie auch spezifische Entwicklungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der praktischen Anwendung des UN-Seerechtsübereinkommens.

Die International Trade Law Branch (ITLB) dient der UN Commission on International Trade Law (UNCITRAL) und anderen UN-Institutionen in Angelegenheiten des Internationalen Handelsrechts.

In der Treaty Section (TREATY) werden nach Artikel 102 der UN Charta internationale Vereinbarungen registriert, analysiert und veröffentlicht. Hier wird auch die Hinterlegungsfunktion des Generalsekretärs für multilaterale Verträge ausgeübt.

Grenfell fuhr fort, indem sie die Rolle des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag umriß. Das IGH wurde nach Art. 92 der UN-Charta errichtet. Seine Statuten sind ein Anhang der UN-Charta. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen sind zugleich Mitglieder des IGH. Nur Staaten können Parteien vor dem IGH sein. Nach ordentlichen Verfahren erlässt das IGH Urteile, kann auf Anforderung der Generalversammlung aber auch Rechtsgutachten abgeben. Die 15 Richter werden von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat zu neunjährigen Amtszeiten gewählt.

Fragen in der anschließenden Diskussion erlaubten Grenfell, auf den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) einzugehen. Nachdem die Völkerrechtskommission das Thema zum ersten Mal 1949 angesprochen hat, war die Diskussion gelähmt bis Trinidad und Tobago die Frage 1989 wieder aufbrachten. 1998 wurde das Statut des Strafgerichtshofes auf einer Konferenz in Rom verabschiedet. 120 der 16 Teilnehmerstaaten votierten dafür. Zur Zeit des Referates hatten 55 Staaten das Statut ratifiziert. Das Quorum von 60 Ratifikationen, die notwendig sind, damit der Gerichtshof tätig werden kann, ist

inzwischen erreicht, so daß die Arbeit 2003 aufgenommen werden kann. Der ständige Gerichtshof hat eine breite Zuständigkeit: Anklagen können allerdings durch eine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat gestoppt werden. Die Zuständigkeit des IStGH wird die Zuständigkeit nationaler Gerichte subsidiär ergänzen. Das Statut garantiert Beschuldigtenrechte und schließt die Todesstrafe aus. Angesichts der Tatsache, daß die einzige verbleibende Weltmacht das IStGH-Statut ablehnt, zog Grenfell eine Parallele zur Geschichte des Völkerbundes. Man wird abwarten müssen, wie sich die Rolle des IStGH in der internationalen Szene entwickelt. Auch sind andere Fragen wie die Definition des Verbrechens der Aggression noch offen.

Das Office of Legal Affairs kann im Internet unter http://untreaty.un.org/ola-internet/olahome.html erreicht werden.

Stefan Lunze

4.8 Briefing zu Menschenrechten

Einen interessanten und informativen Vortrag über Menschenrechte, hielt die gut gelaunte **Frau Rachel Groux**, die als Assistant Human Rights Officer für das New Yorker Büro des UN High Commissioner for Human Rights (UNHCHR) tätig ist. Was nicht jeder unbedingt weiß: Das Hauptquartier des UNHCHR steht in Genf, wo auch sämtliche Human Rights Committees tagen. Mit Ausnahme des Ausschusses für Frauenfragen: Dessen Office liegt in New York.

Nach Einschätzung des UNHCHR, der mit etwa 300 Rapporteuren auskommen muß, verbessert sich die Menschenrechtslage weltweit; langsam aber stetig. Auch Frau Groux ist sehr optimistisch was Fortschritte in der Umsetzung getroffener UN-Beschlüsse angeht. Auch bezüglich der guten Willen der Regierungsvertreter der internationalen Staatengemeinschaft habe sich die Zusammenarbeit zunehmend vereinfacht. Es ergeben sich hauptsächlich Probleme durch den Mechanismus des UN-Systems, durch fehlende Geldmittel und mangelhaft mit dem UN-System vertraute Mitarbeiter in einigen Mitgliedsländern.

Anhand der Convention against Torture (CAT) und der Convention on the Rights of the Child (CRC) verdeutlichte Ms. Groux zum einen die Schwierigkeiten, die sich für viele Länder ergeben, nachvollziehbar zu beweisen, welche Änderungen sich im jeweiligen Unterzeichnerland vollzogen haben und zum anderen die oftmals zu hohe Belastung für die Haushalte, die es nach sich zieht, je nach Größe und Einwohnerzahl eines Landes, die Infrastruktur zu schaffen, die es ermöglicht, der Umsetzung und den Forderungen der Beschlüsse Nachhaltigkeit zu verleihen.

Alexander Badinski, Jonas Blume und Wolfram Bergande

Warum hat die USA z.B. die CRC noch nicht ratifiziert? Nicht etwa weil die USA ein kinderfeindliches Land seien. Die Schwierigkeit liegt hier in der Machbarkeit. Denn nachdem ein Land eine Konvention ratifiziert, fängt die eigentliche Arbeit an. Jetzt muß es nämlich schriftlich einem Ausschuß von zehn unabhängigen Experten darlegen, was im Land speziell für Kinder getan wird: wo, wie und in welchem Ausmaß. Das ganze muß dann noch einmal mündlich vor diesem Ausschuß vorgetragen werden, wobei es einmal darum geht, die Richtigkeit der Angaben zu prüfen, aber auch mit Ländern und Regierungen, die durch Verletzungen von Konventionen in die Kritik von NGOs oder IGOs geraten sind, in den Dialog zu kommen, um gemeinsam Lösungen zu erörtern. Die Vorschläge und Ergebnisse, zu denen der Ausschuß nach Befragung eines Landes kommt, müssen dann bis zur nächsten Präsentation nachprüfbar umgesetzt sein, um dann wieder schriftlich und mündlich in Genf vor den Ausschuß gebracht zu werden.

Die Ratifizierung des CRC bedeutete z.B. für die Schweiz, daß die zuständigen Stellen jeden Winkel des Landes durchkämmen mußten, um akribisch alle Aktivitäten, die in der Schweiz zur Förderung des Nachwuchses stattfinden, schriftlich festzuhalten. Es hat zwei Jahre gedauert, diesen Bericht zu erstellen.

Jedoch hat nicht jedes Land die Kapazitäten (Personal & Finanzen) solche Aufgaben zu lösen und auch wird die Arbeit der NGOs nicht überall

gleichermaßen willkommen geheißen und nicht jede Regierung teilt die Sichtweise und Auslegungen der NGO/IGO Berichte. Vor allen Dingen, was das Thema Menschenrechtsverletzungen angeht, reagieren viele Staaten sehr sensibel auf externe Einmischung, weshalb heutzutage bei UNHCHR dann von humanitären Fragen gesprochen wird, um die Arbeit der UN weiter voranzutreiben. Dem Westen wird zudem auch oft zur Last gelegt, Menschenrechte vorzuschieben, um sich tatsächlich jedoch Marktinteressen zu sichern.

Es wird auf jeden Fall schnell klar, daß Themen wie die Todesstrafe, Folterung, Gleichstellung von Frauen und Minderheiten, etc., hochexplosiv sind, gerade weil sie ein Mix aus wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Aspekten darstellen, in die sich kein souveräner Staat gern hineinreden lässt. Wer wäscht schon gern seine dreckige Wäsche öffentlich.

Kosten, Zeit und Personal bleiben jedoch der rote Faden, der sich durch Frau Groux Präsentation zieht. Denn selbst fehlendes Personal einzustellen, erfordert eine Ratifizierung im Plenum, Kostenträger etc.. Also stapeln sich die eingereichten Berichte in Genf, da die Prüfungen nur periodisch stattfinden können und die Committees aufgrund akuten Personalmangels absolut überlastet sind. Trotzdem schließe auch ich mich dem Urteil von Frau Groux an, daß die allgemeine Lage besser wird, allein schon deshalb, weil zu keiner Zeit der Neugeschichte die Zivilgesellschaft eine so wesentliche Rolle in der Verwirklichung politischer Ziele gespielt hat, und weil UNHCHR, die vielen NGOs und IGOs gute Arbeit dabei leisten, möglichst viele Menschen für die Probleme anderer zu sensibilisieren, da die tatsächliche Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte, schließlich an jedem Einzelnen von uns hängt.

Eric Moudjende

4.9 Briefing zu UNEP

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP - www.unep.org) ist aus der 1971 in Stockholm tagenden Umweltkonferenz entstanden. Ihr Hauptquartier befindet sich in Nairobi, Kenia, und der Organisation steht der Deutsche Klaus Töpfer in seiner Funktion als Exekutivdirektor vor.

Unser Redner, **Herr James Sniffen** von der UNEP- Abteilung in New York, hat für uns ein sehr interessantes Briefing über die Tätigkeit des Umweltprogramms gehalten. Er erklärte uns, daß UNEP im Grunde drei große Ziele hat:

1. Öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit von Umweltschutz zu schaffen.
2. Leute auszubilden, die überwachen, daß die festgesetzten Richtlinien eingehalten werden.

3. Die nationalen Regierungen dazu bewegen, sich für die Umwelt einzusetzen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen besitzt zahlreiche regionale Büros in Paris, Genf, Bonn, Osaka, Den Haag, Washington, New York, Bangkok, Mexiko City, Panama und Montreal. UNEP verfügt jährlich über ein Budget von ungefähr 100 Millionen US-Dollar. Diese Budget setzt sich ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen der UN-Mitgliedstaaten zusammen. Das Umweltprogramm ist dadurch nicht so sehr von der Weigerung der USA, ihre Mitgliedschaftsbeiträge zu leisten, in Mitleidenschaft gezogen, da die größten „Spender“ die Europäische Union, Norwegen und Japan sind.

Um den Umweltschutz voran zu treiben, oder wie Herr Sniffen sich ausdrückte „um die Länder dazu zu bringen, das Problem zu lösen“ veröffentlicht UNEP regelmäßig Berichte (z.B. Global Environment Outlook 2000, www.unep.org/Geo2000/ oder für weitere Berichte www.unep.org/documents) und spricht Empfehlungen aus. Die Berichte sind entweder regional orientiert oder auf verschiedene Gebiete des Umweltschutzes (Klimawechsel, Ozonloch, Chemikalien). UNEP ist jedoch kein Forschungsinstitut, sondern arbeitet mit nationalen Forschungsinstituten zusammen und es kann auch keine bindenden Regeln festsetzen.

Das Bewußtein darüber, wie sehr die Umwelt mit allen Feldern, in denen die UNO arbeitet, zusammenhängt, hat dazu geführt, daß es heutzutage in praktisch jeder Unterorganisation eine Umweltabteilung gibt (z.B. Unicef, Weltbank). Es hat sich eine Entwicklung vollzogen vom Montreal Protokoll in den 80er Jahren über die Klimabkommen in den 90er Jahren bis hin zum Kyotoprotokoll, welches übrigens kein UNEP-Abkommen ist. Es ist aber der Arbeit des Umweltprogramms zu verdanken, daß viele andere internationale Abkommen, wie das über Biodiversität oder Klimaveränderung, überhaupt aufgesetzt und unterschrieben wurden. Die Diskussion über Umweltschutz hat sich in den letzten 30 Jahren zu einer Diskussion über nachhaltige Entwicklung gewandelt. Der Zusammenhang zwischen sozialer Entwicklung und einem vernünftigen Umgang mit der Umwelt sind offensichtlich geworden.

Die UN-Umweltbehörde hat dank ihres Sitzes auf dem afrikanischem Kontinent schon immer einen etwas differenzierteren Blickwinkel als andere Organisationen genossen, erklärt Herr Sniffen. Natürlich wird UNEP auch diesen Sommer in Johannesburg dabeisein, bei der Konferenz über Nachhaltige Entwicklung. Es gibt keine Abkommen zu unterzeichnen, aber es wird erwartet, daß sich Partnerschaften auf regionaler oder auf globaler Ebene bilden werden. Aus dem Bericht, den UNEP bei der Konferenz vorlegen wird, soll einerseits hervorgehen, was seit der Konferenz in Rio alles passiert ist. Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts ist die Rolle der Industrie bei der Umweltverschmutzung und der private Sektor, der nach der Meinung unseres Redners viel mehr mit einbezogen werden müsste. In diesem Zusammenhang

erwähnte er auch, daß er den von Kofi Annan initiierten Global Compact für eine gute Idee halte.

Wir wollten noch wissen, was seiner Meinung nach in den nächsten Jahren die Umwelt am stärksten belasten wird. Sein Antwort war ziemlich eindeutig: Kurzfristig wird verseuchtes Wasser zum größten Problem werden, langfristig alles, was die Klimaveränderungen begünstigt. Herr Sniffen kritisierte, daß das Emissionsabkommen als Teil des Kyotoprotokolls nur eine kurzfristige Lösung sei, da es nicht wirklich dazu beiträgt, die Umweltverschmutzung zu reduzieren und es keine universelle Beteiligung gibt. Er erwähnte noch, daß der Einfluß, den Kriege auf die Umwelt haben, nicht zu vernachlässigen sei.

Als wir ihn jedoch nach seiner Meinung über Atomkraftwerke und Kernfusion befragten, wollte er keine Position beziehen, sondern erklärte, daß dies eine Frage sei, mit der sich die Behörde für Atomenergie auseinandersetzen müsse.

Schließlich nahm Herr Sniffen noch Stellung zu den Ansätzen das Umweltprogramm in eine Weltorganisation für Umwelt zu verwandeln, um ein Gleichgewicht zur Weltwirtschaftsorganisation (WTO) zu bilden. Aus vielen verschiedenen Gründen wurde diese Idee jedoch vorübergehend wieder verworfen, vor allem die USA setzten sich dafür ein, die schon vorhandenen Strukturen zu unterstützen statt neue aufzubauen. James Sniffen sieht dieser Entwicklung gelassen entgegen; wenn die Mitgliedsländer in diese Richtung gehen wollten, sei das in Ordnung, befindet er. Außerdem arbeite man bereits eng mit der WTO zusammen.

Valeska Hesse

4.10 Die Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen

Die Europäische Union wurde in den fünfziger Jahren ins Leben gerufen, um Europa zunächst auf wirtschaftlicher Ebene zusammenzuführen. Die EU, ebenso wie die Vereinten Nationen, waren also gewissermaßen Folgen des Zweiten Weltkrieges. Bei der Gründung der EU waren die meisten europäischen Staaten schon Mitglied der UN. Da die Zielsetzungen beider Organisationen, die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit, der Menschenrechte und wirtschaftliche Prosperität, in vielen Punkten konvergieren, schien es natürlich, ihre Zusammenarbeit zu fördern. Insbesondere sollten alle EU-Staaten auch UN-Mitglieder werden, und tatsächlich sind sogar EU-Institutionen seit den siebziger Jahren in der UN vertreten. Nach dem Fall der Berliner Mauer hat sich diese Tendenz noch weiter verstärkt. Heute arbeitet die EU mit allen UN-Organen und Programmen zusammen und ist bei nahezu allen UN-Aktivitäten weltweit mit vertreten, so berichtete unser Referent **Herr George Cunningham,** zuständig für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Interessant auch die Höhe der Beitragszahlungen der EU zum UN-Haushalt: Die EU-Mitgliedstaaten leisten

insgesamt 37 % des UN-Budget.

Als Beobachter innerhalb der UN-Generalversammlung und der meisten Sonderorganisationen, hat die Europäische Gemeinschaft kein Stimmrecht, ausgenommen bei der FAO, wo die Europäische Gemeinschaft für die EU-Mitgliedstaaten stimmen kann. Sie ist jedoch als einziger nicht-staatlicher Akteur Teilhaber an über fünfzig multilateralen Vereinbarungen und hat einen speziellen Status bei vielen wichtigen UN-Konferenzen.

Die Europäische Kommission, bestehend aus zwanzig EU Kommissaren, hält die Rolle der Exekutive inne, und ist der sogenannte „Motor des institutionellen Systems der Gemeinschaft“. Sie hat die Aufgabe der Interessensvertretung der EU innerhalb der UN. Die Ständige Vertretung der Europäischen Kommission in New York besteht aus 22 ständigen Mitarbeitern (acht Diplomaten, 14 lokale Mitarbeiter) und zehn Praktikanten.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Europäischen Kommission ist es, die Kontinuität der Aktivitäten der Europäischen Union trotz wechselnder Ratspräsidentschaft zu sichern. Daher koordinieren die EU-Mitgliedsländer zusammen mit der Europäischen Kommission regelmäßig ihre Aktivitäten auf UN-Ebene. Seit der Formulierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik 1992 spielt dieser Vorgang eine immer größer werdende Rolle. Das Formulieren einer geschlossenen Stimme der Mitgliedstaaten zielt auf eine größere Einflußnahme als kollektives Gewicht in Abstimmungen sowie als globaler Akteur. Dieser Einfluß wird nach der Osterweiterung voraussichtlich ab 2004 eine noch stärkere Rolle spielen, wenn nämlich einer von sieben UN-Staaten ein Mitglied der Europäischen Union sein wird.

Jede gemeinsam vertretene Position bedarf jedoch immer eines Konsens aller EU-Mitgliedstaaten. Oftmals unterzeichnen dabei auch die dreizehn Beitrittskandidaten, zusammen mit Island, Liechtenstein und Norwegen, ein gemeinsames von der EU verfasstes Papier. Ein großes Problem bei der Formulierung einer gemeinsamen Position ist oftmals durch Zeitdruck bedingt. Fünfzehn Interessen müssen möglichst schnell koordiniert werden. Darüber hinaus kann sich auch die Situation ergeben, daß die Signale und Entscheidungen aus Brüssel nicht klar oder schnell genug sind, so daß die Ständige Vertretung in New York unabhängig handeln und entscheiden muß.

Der Staat, der die EU Ratspräsidentschaft ausübt, vertritt in den meisten Bereichen die Europäische Union und spricht im Namen der Mitgliedstaaten.. Dies umfasst v.a. die Präsentation der EU-Positionen. In den Bereichen Handel, Landwirtschaft und Fischerei kommt der Europäischen Kommission die Äußerung von Stellungnahmen zu. Die Europäische Kommission leitet darüber hinaus alle Koordinationstreffen und nimmt diese Aufgabe mehrmals täglich in den verschiedenen Politikbereichen wahr. Dort arbeiten die Mitgliedstaaten der EU zusammen an der Vorbereitung und Verabschiedung von Stellungnahmen und teilen Informationen über Positionen und Entscheidungen des UN-

Sekretariats aus. Diese gemeinsamen Stellungnahmen der EU, die im Jahr 1999 in 95% der Fälle in der Generalversammlung erreicht wurden, werden dann in Form von Joint Statements vor den Sicherheitsrat gebracht. Dieser spricht Einladungen zur Anhörung aus, wie z.B. auch an den außen- und sicherheitspolitischen Berater der EU, Javier Solana.

Da der EU kein Status im Sicherheitsrat zukommt, handeln die Mitgliedstaaten individuell und unabhängig. Frankreich und das Vereinigte Königreich sind die einzigen EU-Staaten, denen ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat zukommt. In der Regel sind jedoch, wie auch im Jahre 2002, ein bis zwei weitere EU-Mitgliedstaaten als nicht-ständige Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten. Diese Staaten vertreten so zum einen ihre nationalen Interessen und sind zum anderen jedoch auch Sprachrohr der EU-Interessensartikulation.

Kerstin Bihlmaier

Besuch bei der Delegation der Europäischen Kommission

4.11 Die World Federation of United Nations Associations (WFUNA)

Obwohl das vielfältige Programm unserer UN-Study Tour minuziös durchgeplant war, blieb uns am Montag, den 25.03.2002, noch Zeit für einen relativ kurzfristig in den Zeitplan aufgenommenen Besuch bei WFUNA, der World Federation of United Nations Associations.

Die WFUNA ist der Dachverband aller United Nations Associations und hat weltweit fast 100 Mitglieder auf allen Kontinenten. Die Föderation wurde 1946 gegründet mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft über die Vereinten Nationen zu informieren und sie zu motivieren, an ihrer Weiterentwicklung und Stärkung mitzuwirken. WFUNA ist somit die einzige internationale NGO, die sich explizit zum Ziel gesetzt hat, die Ziele der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen.

In den letzten Jahren wurde das Augenmerk verstärkt darauf gerichtet, wie die VN mit der Zivilgesellschaft interagiert, mit dem Ziel, den Einfluss der Zivilgesellschaft in den Vereinten Nationen zu stärken. Dies wurde hauptsächlich durchgeführt einerseits durch einen regelmäßig erscheinenden Rundbrief, der über aktuelle Ereignisse im Rahmen der Vereinten Nationen informiert und ein jährliches Treffen aller United Nations Associations, andererseits durch die Befähigung von Nicht-Regierungsorganisationen, am VN-System teilzunehmen. WFUNA selbst hat Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und begleitet eine Vielzahl von VN-Konferenzen durch intensive Presse- und Lobbyarbeit. Die deutsche Partnerin der WFUNA ist die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), die einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen unserer Study Tour und der Teilnahme am National Model United Nations geleistet hat.

Im Büro von WFUNA, das an prominenter Stelle, direkt gegenüber des Sitzes der Vereinten Nationen in New York liegt, bekamen wir einen sehr interessanten Einblick in die aktuelle Arbeit von WFUNA. Die Vize-Generalsekretärin von WFUNA, **Frau Pera Wells**, sowie die drei momentanen Praktikantinnen von WFUNA nahmen sich die Zeit, einige Projekte der Organisation vorzustellen und luden uns zu Kommentaren, Anregungen und Kritik ein. Es entwickelte sich eine offene Diskussion, in der insbesondere die folgenden Projekte vorgestellt und diskutiert wurden:

WFUNA hat die Idee entwickelt, Jugendliche stärker in die Arbeit der verschiedenen United Nations Associations einzubinden. Langfristig wurde deshalb das Ziel gesetzt, in mehreren Ländern zu den bestehenden UNAs eine Jugendabteilung zu gründen und diese Gruppen international zu vernetzen. Die UNA Jugendabteilungen könnten zum Beispiel eigene VN-Simulationen, Vortragsreihen oder sogar internationale Austausche durchführen Die Mitglieder der deutschen UNi-Gruppe der DGVN berichteten daraufhin von ihren positiven Erfahrungen und den vielfältigen Aktivitäten der UNi-Gruppe und stießen bei

WFUNA auf großes Interesse.

Ein weiteres Projekt von WFUNA ist die Neukonzeption ihres Informationsstandes im Sitz der Vereinten Nationen, der vor allem Besuchergruppen auf die Arbeit von WFUNA aufmerksam machen soll. Gemeinsam erarbeiteten wir Vorschläge, wie man Besucher des UN-Hauptgebäude für WFUNA interessieren könnte und schlugen unter anderem vor, eine Broschüre über alle Mitgliedsorganisationen auszulegen, WFUNA merchandising Produkte auszustellen und Projekte und Rundbriefe von WFUNA zu präsentieren.

Im Anschluss stellten uns die momentanen Praktikantinnen von WFUNA die Möglichkeit vor, ein Praktikum bei WFUNA zu absolvieren. WFUNA beschäftigt gleichzeitig drei meist studentische Praktikanten, die in den Arbeitsalltag voll integriert werden und eigene Projekte durchführen dürfen. Es ist eine hervorragende Stelle, um vielfältige Kontakte zu knüpfen und einen Einblick in die Arbeit der Vereinten Nationen zu bekommen.

Weitere Informationen über WFUNA, den regelmäßig erscheinenden Rundbrief und interessante Insider-Informationen über die Arbeit der Vereinten Nationen kann man unter www.wfuna.org nachlesen.

Carolin Zerger

4.12 Die Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen

Zusammen mit allen anderen deutschen Delegationen, die am NMUN 2002 teilnahmen, wurden wir am 25. März in der Deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen empfangen. **Botschafter Dr. Hanns Schuhmacher** stellte in seinem Briefing zunächst allgemein die drei Säulen der deutschen Außenpolitik dar. Die erste Säule bildet die europäische Integration, die zweite die transatlantischen Beziehungen mit den USA und der NATO, die dritte die multilaterale Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen. Detailliert ging Herr Dr. Schumacher insbesondere auf letztere ein, indem er wesentliche Schwerpunkte der deutschen Mitarbeit in den Vereinten Nationen aufzeigte.

Deutschland versteht sich in der UNO als Ideengeber und Initiator in den verschiedensten Bereichen. Dabei hob Botschafter Schumacher vor allem die Rolle Deutschlands im Bereich der Abrüstung hervor. Ziele seien die Ächtung von Chemiewaffen, die Durchsetzung des Landminenprotokolls von Ottawa, die nukleare Non-Proliferation sowie die Mitarbeit in der Gruppe interessierter Staaten. Auch in der Entwicklungspolitik würden zunehmend Akzente gesetzt. Zwar habe Deutschland das Ziel verfehlt, 0,7% des BSP für die Entwicklungshilfe bereit zu stellen, jedoch sei man in absoluten Zahlen viertgrößter Geber von Entwicklungshilfe. Schumacher betonte, daß für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit nicht nur Geldzahlungen der Industrieländer, sondern auch gute Regierungsführung in Entwicklungsländern

notwendig seien. Zunehmende Bedeutung gewönnen die NGOs und die Einbindung von Unternehmen in das Global Compact Programm und weitere Public Private Partnerships.

Fragen an Herrn Botschafter Schuhmacher von Stefan Lunze

Im internationalen Völkerrecht erläuterte Botschafter Schumacher die nachdrückliche Unterstützung Deutschlands für den Internationalen Strafgerichtshof und hob die deutsch-französische Initiative im 6. Ausschuß der Generalversammlung zum Verbot des menschlichen Klonens hervor.

Einen weiteren Schwerpunkt des Briefings bildete der deutsche Beitrag zur Konfliktprävention und die zunehmende Beteiligung Deutschlands an internationalen militärischen Aktionen zur Friedenssicherung. Während der deutschen Teilung sei eine militärische oder polizeiliche Intervention außerhalb der NATO nicht möglich gewesen, damit kein Konflikt zwischen der Bundesrepublik und der DDR entstehen konnte. Durch die Konflikte am persischen Golf, in Bosnien und in Somalia sei aber deutlich geworden, daß Deutschland einen Beitrag zur Konfliktprävention leisten müßte. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1994 Auslandseinsätze deutscher Soldaten billigte, haben 10.000 Soldaten an Missionen der Vereinten Nationen teilgenommen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Balkan, wo auch zum ersten Mal ein deutscher General die Führung einer UN-Mission übernahm.

Daraufhin ging Botschafter Schumacher auf die zukünftige Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen und auf Reformvorstellungen der Organisation ein. Ein wesentlicher Punkt sei dabei die Reform des Sicherheitsrates. Zwar sei zu diesem Thema schon vor acht Jahren eine working group gebildet worden, jedoch lägen noch keine konkreten Ergebnisse vor. Reformbedarf wird bei der

Größe und der Vetomacht sowie bei der Transparenz und Offenheit des Sicherheitsrates gesehen. Deutschland sei bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen, jedoch nur, wenn die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten vorliegt. Desweiteren sei auch die Repräsentation großer regionaler Gruppen, wie z.B. Brasilien oder Argentinien für Südamerika, Pakistan oder Indien in Asien, sowie eine verstärkte Präsenz Afrikas im Sicherheitsrat wichtig. Problematisch sei besonders die Zurückhaltung der fünf Großmächte bei der Neugestaltung des Vetorechts.

Schließlich betonte Botschafter Schumacher die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, wobei der Versuch, Frankreich und das Vereinigte Königreich in europäische Positionen hineinzuziehen, teilweise problematisch sei. Am Ende seines Vortrags ging Botschafter Schumacher auf Fragen der Studenten ein und schloß das Briefing mit der Einladung zu einem kleinen Empfang.

Umrahmt wurde das Briefing von einem Fernsehteam der ARD. Die Filmaufnahmen wurden am 26. März im ARD Nachtjournal ausgestrahlt.

Jonas Blume

Interview mit der ARD: Irina Gorgieva und Stefan Lunze

4.13 Besuch im Sicherheitsrat

We have to bind up a nation's wounds.
Abraham Lincoln nach dem amerikanischen Bürgerkrieg.

Die Anregung kam von Botschafter Dr. Hanns Schumacher von der deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen. Auf dem Empfang für die deutschen NMUN-Teilnehmer hatte er auf die Sicherheitsratssitzung am folgenden Tag hingewiesen. Natürlich ist die Teilnahme an Simulationen das eine; die „echten" Institutionen bei der Arbeit zu sehen, etwas anderes und zweifelsohne auch eine learning experience. So haben einige Mitglieder der FU-Delegation am 26. April vormittags an der 4497. Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen teilgenommen. Die Sitzung brachte auch ein Wiedersehen mit bekannten Gesichtern mit sich: An der Sitzung nahmen nicht nur Dr. Strohmeyer, sondern auch einige Referendarinnen der deutschen Vertretung teil. Auf der Tagessordnung stand die Erörterung der aktuellen Lage in Afghanistan. Zur Sitzungsleitung war der norwegische Außenminister Jan Petersen eigens aus Oslo angereist. Dieser Umstand verdeutlicht, welche Bedeutung Norwegen seiner Präsidentschaft im März 2002 auch noch in der Schlussphase beigemessen hat.

Die Sitzung wurde überschattet von einem Erdbeben, das Nord-Afghanistan in der Nacht zuvor heimgesucht hatte. Nicht nur der norwegische Außenminister drückte in seinen Eingangsbemerkungen den Hinterbliebenen der Opfer das Beileid der internationalen Gemeinschaft aus. Auch die übrigen Sicherheitsratsmitglieder nahmen in ihren Redebeiträgen auf die aktuellsten Entwicklungen Bezug. Besondere Anteilnahme am Schicksal der „Brüder" jenseits der Grenze brachte der Vertreter Pakistans, Shamshad Ahmad, zum Ausdruck.

Am Anfang der Sitzung standen einige Anmerkungen der Stellvertretenen Generalsekretärin Louise Fréchette, die den ausführlichen Bericht des Generalssekretärs aus der Woche zuvor ergänzen sollten. Fréchette unterstrich mehrfach und ausdrücklich die Rolle Deutschlands im Aufbauprozess. Besonders hervorgehoben wurde das finanzielle Engagement der Bundesregierung, die deutsche Führung beim Aufbau ziviler Polizeikräfte und die Bereitschaft zur Übernahme des taktischen Kommandos in Kabul. Ähnlich äußerten sich später auch die Vertreter der Mitgliedstaaten.

In den verschiedenen, sich anschließenden Redebeitragen kamen eine Reihe von Themen immer wieder zur Sprache:

- die Umsetzung der Vereinbarung von Bonn
- der Schulbeginn am vorangegangenen Samstag
- die Vorbereitung für die große Loya Jirga
- die weitere Mandatierung der International Security Assistance Force für Kabul.

Gerade hinsichtlich des letzten Gesichtspunktes kristallisierte sich Dissens heraus. Während die Länder der Region unterstrichen, daß sie eine Erweiterung des Mandates über Kabul hinaus favorisierten, übten Länder, die der UN-Mission Truppen zur Verfügung stellen, diesbezüglich ausdrückliche Zurückhaltung. Trotzdem war die Besorgnis aller Staaten über die Sicherheitslage in den Provinzen unverkennbar.

Neben diesen bekannten Themen, wurden auch neue Aspekte der Entwicklungen in Afghanistan angesprochen. Neben Maßnahmen gegen die Anfang April beginnende Drogenernte wurden sehr konkrete Überlegungen zur zukünftigen Struktur des internationalen Engagements in Afghanistan angestellt. Von einem Übergang vom Management der humanitären Notlage zu Wiederaufbau-Aktivitäten trotz des Rückschlages in Gestalt des Erdbebens war die Rede, wobei der konstruktive Charakter der öffentlichen Sitzung des Sicherheitsrates deutlich wurde.

Frankreich und Großbritannien hoben hervor, daß sie mit der von der spanischen Präsidentschaft vorgetragenen Position der Europäischen Union übereinstimmen. So hatten wir Gelegenheit, Art. 19 Abs. 2 des EU-Vertrages „life“ zu erleben. Am Tag zuvor war uns in der Delegation der Europäischen Kommission erläutert worden, daß nach dieser Vorschrift die europäischen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sich „unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten aufgrund der Charta der Vereinten Nationen für die Standpunkte und Interessen der [Europäischen] Union einsetzen.“

Die Botschafter und Vertreter der verschiedenen Länder stellten eigene Initiativen zur Entwicklung in Afghanistan vor und waren sich einig in ihrer Bereitschaft, sich in die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft für eine längerfristige Verbesserung der Lage in Afghanistan einzubringen.

Stefan Lunze

5. Die Ständige Vertretung Polens bei den Vereinten Nationen

„Multilateral diplomacy is the best school for future diplomats“

Lobte der deutsche Botschafter die Funktionalität des Gebäudes der deutschen Ständigen Vertetung mit der Einschätzung, daß viele seiner Kollegen durchaus neidisch auf die praktischen Aspekte des Gebäudekomplexes seien, so empfehle ich doch einen Besuch in der Ständigen Vertretung Polens für all diejenigen, die der Funktionalität die warme Atmosphäre, die von alten Büchern in einem Ensemble aus Bücherschränken und Teppichen ausgeht, vorziehen. **Herr Radomski** (Second Secretary - Public Affairs) hieß uns im Namen der Botschaft herzlich willkommen und gab uns bei Plätzchen und Kaffee zunächst die Gelegenheit, die herrliche Atmosphäre des Raumes wirken zu lassen. Sichtlich begeistert von der Tatsache, daß eine Berliner Delegation im Rahmen eines

Planspiels die Republik Polen vertreten wird, stellte Herr Radomski seine Kollegen vor und überließ **Herrn Madej** (Counsellor - Human Rights) zunächst das Wort.

Herr Madej, der wie alle folgenden Redner unsere *position papers* sehr ausführlich gelesen hatte, teilte uns in einer sehr offenen Art und Weise seine Einschätzungen mit, indem er mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu Polens Rolle in der Welt begann. Polen habe keine globalen Interessen, da es keine Supermacht sei. Für Polen bedeute diese Befreiung, nicht zu jedem Thema einen eigenen Standpunkt haben zu müssen, sich zunächst auf die Arbeitsmethodik zu konzentrieren und sich im Rahmen multilateraler Diplomatie mit seinen Partnern zu verständigen. Polen verfolge eine Politik, die sich fernab von Geheimdiplomatie und Kompliziertheit hauptsächlich auf Positionen beziehe, die im nationalen und regionalen Interesse von Bedeutung seien („No global policy"). Eine Initiative Polens, die uns sehr am Herzen lag - die Einführung des 31. August als internationaler Tag der Solidarität (bezieht sich auf das Gründungsdatum der Gewerkschaft Solidarnosc 1981 und den bereits einmal erfolgten Versuch, diesen Tag bei den Vereinten Nationen zu etablieren) - wird gegenwärtig von der polnischen Delegation nicht weiterverfolgt. Polens Außenpolitik, bestätigte Herr Madej, werde zwar geleitet von einem Geiste der Solidarität und dem Engagement für demokratische Werte. Statt von „Demokratie" zu sprechen, sei es allerdings angebracht in Verhandlungen den Begriff der „Good Governance" zu verwenden, da in ihm viel stärker der Anspruch der Erfüllung von Standards zum Ausdruck komme.

Die immer wichtiger werdende Rolle der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, betonte **Herr Ogonowski** (Counsellor - Legal Affairs). Mit der Erarbeitung der Konvention gegen das internationale organisierte Verbrechen aus dem Jahre 1996 sei in diese Richtung ein wichtiger Schritt unternommen worden; neben einer Bekämpfung des internationalen Terrorismus sei es deshalb eben auch die Weiterführung der von Polen initiierten Konvention zu einem umfassenden Dokument, das als höchste Priorität auf der Tagesordnung stehe. Mit einer positiven Einschätzung für die Realisierung des Internationalen Strafgerichtshofes übergab Herr Ogonowski das Wort an **Frau Anzorge** (First Secretary), die für soziale und wirtschaftliche Fragen zuständig ist.

Frau Anzorges Ausführungen bezogen sich hauptsächlich auf das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung", das versucht, sowohl Umwelt als auch wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu harmonisieren. Polen setze sich für einen fortschreitenden Technologietransfer in Entwicklungsländer ein und sei bemüht, in den kommenden Jahren eine eigenständige Entwicklungspolitik zu verfolgen und die Entwicklungszusammenarbeit auszubauen.

Herr Lemanski (Counsellor for Disarmament Affairs) schließlich stimmte mit den Ausführungen im Positionspapier zur Abrüstungskonferenz voll überein und bedauerte die Schwierigkeiten, die diese Konferenz schon seit einigen Jahren bei

der Verabschiedung ihres Arbeitsprogramms hat. Da die Konferenz dreimal im Jahr in Genf tagt, steht die Ständige Vertretung in New York hauptsächlich mit der Abrüstungs*kommission* in Kontakt; einem Forum, das sich der Aufgabe widmet, geeignete Themen für die Agenda zu suchen und unter den Mitgliedern auszuloten, in welcher Weise sie verhandelt werden könnten. Für die Republik Polen geht es im Abrüstungsbereich neben einem ersten Pfeiler der Massenvernichtungswaffen in einem zweiten um praktische Maßnahmen im Bereich der Kleinwaffen. Fragen der Nonproliferation von spaltbarem Material sowie die Fragen eines generellen Nukleartestopps stehen dabei „traditionell" zur Diskussion. Als aktives Mitglied im Abrüstungsprozeß will sich Polen deshalb auch bald der Ratifizierung der Anti-Personenminen-Konvention annehmen und betont die Bedeutung von einer möglichst umfassenden Einbindung („multilateral scale") aller Mitglieder in den Abrüstungsprozess.

Herr Luczka (Deputy Permanent Representative) dankte der Gruppe anschließend für das Interesse an der polnischen Politik bei den Vereinten Nationen und lobte ebenso wie seine Vorredner die Qualität unserer Positionspapiere. Mit einem Gefühl der Bestätigung, aber auch der leisen Ernüchterung konnte im Anschluss an den Empfang guten Gewissens der erste Verhandlungstag beginnen. Besonders klärend war m.E. der Hinweis von Herrn Madej, daß Polen nicht zu jedem Thema einen Standpunkt vertrete und vertreten muß. Daß es hier einen wesentlichen Unterschied zu unseren Positions-Papieren gab, dürfte insofern als wichtiger Hinweis dafür dienen, daß zwischen der Einschätzung der Botschaft und der Aufgabe der Gruppe, sich zu allen Themen der UN- Agenda zu äußern, die Realität eines möglichen Engagements liegt.

Real war auch der Mauerstein, den Peggy als Dankeschön und Symbol eines neu begonnenen Zeitabschnitts überreichte – Bilder, die jeden in uns berühren und vor etwas mehr als einem Jahrzehnt nicht denkbar gewesen wären.

Daniel Maier

S. E. Janusz Stanczyk

Ständiger Vertreter der Republik Polen bei der Vereinten Nationen

6. Die Republik Polen: Ein Überblick

Staatsname:
Rzeczpospolita Polska
Republik Polen

Staats- und Regierungsform:
Republik

Staatsoberhaupt:
Präsident Aleksander Kwasniewski (seit dem 23. Dezember 1995)

Grenzen:
mit Weißrussland, Tschechische Republik, Deutschland, Litauen, Russland (Kaliningrad Oblast), Slowakei, Ukraine

Fläche:
312,685 km²

Bevölkerung:
38,633,912 (Juli 2001) Einwohner, davon 97,6% Polen, 1,3% Deutsche, 0,6% Ukrainer, 0,5% Weißrussen (1990)

Bevölkerungswachstum:
-0.03% (2001)

Religionen:
95% Römisch-Katholisch, 5% Orthodoxe, Protestanten und andere

Hauptstadt:
Warschau

Amtssprache:
Polnisch

Bruttoinlandsprodukt:
2000: 327.5 Milliarden US-Dollar (geschätzt)

Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze:
2000: 18.4% (geschätzt)

Außenverschuldung:
2000: 57 Milliarden US-Dollar

Währung:
Zloty (PLN)

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen:
ACCT (Beobachter), Australia Group, BIS, BSEC (Beobachter), CBSS, CCC, CE, CEI, CERN, EAPC, EBRD, ECE, EU (Beitrittskandidat), FAO, IAEA, IBRD, ICAO, ICC, ICFTU, ICRM, IDA, IEA (Beobachter), IFC, IFRCS, IHO, ILO, IMF, IMO, Inmarsat, Intelsat, Interpol, IOC, IOM, ISO, ITU, MINURSO, MONUC, NAM (Gast), NATO, NSG, OAS (Beobachter), OECD, OPCW, OSCE, PCA, PFP, UN, UNCTAD, UNDOF, UNESCO, UNHCR, UNIDO, UNIFIL, UNIKOM, UNMEE, UNMIBH, UNMIK, UNMOP, UNMOT, UNOMIG, UPU, WCL, WEU (associate), WFTU, WHO, WIPO, WMO, WToO, WtrO, ZC

Quelle: CIA World Factbook 2001

7. Polen auf der National Model United Nations Conference 2002

7.1 Polen in der Generalversammlung

Vertreten von Valeska Hesse und Hartmut Rank

Auf der „National Model United Nations“ Konferenz war die Generalversammlung der Vereinten Nationen, mit ihren (zurzeit noch) 189 Mitgliedstaaten, einigen Beobachtern und den Nichtregierungsorganisationen durch fast 400 Studenten vertreten. Diese große Zahl führte zu echten Kapazitätsproblemen im Grand Hyatt Hotel, weswegen die Organisatoren sich unter anderem entschlossen haben, die Simulation im nächsten Jahr in einem anderen Hotel stattfinden zu lassen. Vom 26. bis 30. März 2002 hatten wir dann ausreichend Gelegenheit, die Erfahrung zu machen, wie schwierig es tatsächlich in einem solchen Gremium ist, Kompromisse zu schließen oder Mehrheiten zu finden.

Nach der Begrüßung am Dienstag durch unseren Director, Jessica H. King, begann sofort das Tauziehen um die Tagesordnung. Alle Teilnehmer hatten einige Monate Zeit gehabt, sich ausreichend Gedanken um die Reihenfolge zu machen, die ursprünglich wie folgt lautete:

1. Rechtsstaatsprinzip
2. Globale Gesundheitsinitiativen für Kinder
3. Wahlhilfe

Es stellte sich heraus, daß eine überwältigende Mehrheit der afrikanischen und asiatischen Staaten Punkt 2 an erster Stelle befürwortete, mit der Begründung, daß die Gesundheit von Kinder in ihren Ländern von größter Bedeutung sei. Dies entsprach nicht unbedingt der polnischen Vorstellung, noch der einiger anderer europäischer Staaten, welche für die Reihenfolge 1-3-2 plädierten. Doch nach für uns überraschend kurzer Zeit wurde die Tagesordnung in der Reihenfolge 2-1-3 beschlossen.

Einen kleinen diplomatischen Erfolg konnte unsere Delegation bei der Wahl in das General Committee verzeichnen, wo wir uns in der Regionalgruppe Osteuropa durchsetzen konnten. Das General Committee setzt sich zusammen aus den fünf ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat und je zwei Staaten aus jeder Regionalgruppe. Schwerpunktmässig war Aufgabe des Committee, die Agenda für den letzten Tag festzulegen, an dem über alle Resolutionen abgestimmt wird. Mit dem Hinweis auf Polens besondere Rolle als Mittler zwischen Ost und West gelang es, die baltischen Republiken zu überzeugen, und so wurde Polen zusammen mit Belarus als Vertreter in das Committee entsandt.

Nach der Eröffnung der Diskussion war die Rednerliste im Handumdrehen gefüllt, und obwohl wir uns gleich meldeten, waren bereits ca. 60 Länder vor uns auf der Liste. Die nächsten Tage waren bestimmt von zahlreichen

Verhandlungspausen für informelle Gespräche, die oft bis zu einer Stunde dauerten. Diese Pausen wurden nur von einigen Redebeiträgen der Länder, die oben auf der Rednerliste standen, und einem sehr interessanten Vortrag über Wahlhilfe vom Direktor der „Electoral Assistance Division“ der Vereinten Nationen unterbrochen. Wir stellten weiterhin fest, daß der Antrag auf Veränderung der Redezeit übertrieben oft gestellt wurde, wobei die Zeit effektiv gar nicht geändert (während der 4 Tage der Verhandlungen blieb die Redezeit auf 90 Sekunden beschränkt) und die Arbeit im Gremium eher behindert wurde. Verzögerungen entstanden auch dadurch, daß der Versammlungsleiter mehrere Male die Geschäftsordnung falsch anwendete und daher Abstimmungen wiederholt werden mussten.

Etwas überrascht waren wir durch die unkonventionelle Art der Mehrheitsfindung, wobei auf regionale Aspekte wenig bis gar nicht Rücksicht genommen wurde. So gab es keine einheitliche EU-Politik, in die man sich hätte einbringen können. Eine Gruppe, in der mehrere osteuropäische Staaten vertreten waren, erarbeitete ein Papier, das sich fast ausschließlich mit der sexuellen Ausbeutung von Kindern befasste, was nach unserer Auffassung zu eng war und zentrale Punkte unseres Themas ausklammerte. Daher hielten wir Ausschau nach anderen Kooperationspartnern. Unsere Position zu diesem Thema war, die strategische Rolle von Nichtregierungsorganisationen zu stärken und das HIV/AIDS-Problem vordringlich anzusprechen.

Zusammen mit Frankreich, Japan, Monaco und Slowenien erarbeiteten wir schließlich eine Resolution, in der die Bedeutung gemeinsamer Aktionen von UN-Organisationen, NGOs, der Zivilgesellschaft und Regierungsstellen betont wurde; ein zweiter Punkt galt der Notwendigkeit nachhaltiger medizinischer Hilfe schon auf der kleinsten Ebene. Leider gab es eine diplomatische Dissonanz mit Slowenien, die aus praktischen Gründen beschlossen hatten, die Zahl der Sponsoren zu begrenzen und Polen nicht als Sponsor zuzulassen. Doch da der Chair in etwas zweifelhafter Weise festgelegt hatte, daß nur eine begrenzte Zahl von Resolutionen angenommen werden können, mussten die zahlreichen kursierenden Papiere sowieso zusammengefasst werden.

Polen trat auf als Co-Sponsor für die Arbeitspapiere des Heiligen Stuhls, der die Bedeutung von Familienplanung [sic] betonte, und Deutschlands, welches die Unverletzlichkeit des Souveränitätsprinzips verbunden mit der Aufforderung an westliche Staaten, Entwicklungshilfe nicht zur Verletzung dieses Prinzips zu nutzen, vertrat. Insgesamt schienen die Diskussionen wenig kontrovers zu sein, weshalb wir auch in einem Redebeitrag darauf hinwiesen, man möge effizienter arbeiten und die beiden anderen Themen nicht unter den Tisch fallen lassen. Unser Antrag auf Abschluß der Debatte wurde ebenso abgelehnt wie der anschließende Antrag auf Schließung der Rednerliste.

Samstag, der letzte Tag der Konferenz, war gänzlich den Berichten der anderen Gremien an die Generalversammlung und den anschließenden Abstimmungen

gewidmet. Beides fand im Hauptquartier der Vereinten Nationen an der 1st Ave, also an einem sehr authentischen Ort, statt. Insgesamt war die Simulation eine sehr interessante und positive Erfahrung.

Speech to the NMUN 2002 General Assembly Plenary,
delivered by Hartmut Rank

Honorable Chair, fellow Delegates,

The Republic of Poland reaffirms its obligation to promote and protect the right and well-being of children. Poland has been active in this sphere for a very long time and regards this topic as of utmost imortance.

Nevertheless, at this point of the conference, we feel the need to go further in our agenda. Although having discussed for almost 3 days on this issue, we unfortunately have not yet reached any resolutions passed by this body. Why do we have disagreement, too many drafts? Because some delegates try to link other issues with our original topic, which is, I repeat: Global Health Initiatives for Children. I have to say that our delegation is astonished to see lengthy debates on an issue that usually is not that controversial. Think of the Convention on the Right of the Child, which was ratified almost unanimously, or think of 181 signatures under the World Declaration on Survival and Protective Development of Children.

Delegates, we have two other very important issues on our agenda, which we must not ignore. We still have to discuss the rule of law, regarded by Poland as the major precondition for a culture of life that has its foundations in the respect of the right of individuals, in mutual respect and tolerance. And yes – thus, the rule of law is also a necessary foundation for implementing effective child-related resolutions.

Furthermore, let us not forget about the importance of electoral assistance, which we have just heard about from the Director of the Electoral Assistance Division.

The Polish delegation therefore urges all other countries to come to an end of the discussion on this issue. This is also the reason, why in a moment our delegation will put forward a motion in accordance with rule 25 of the rules of procedure, to have the debate closed and finally move into voting procedure.

Thank you for your attention.

7.2 Polen im Dritten Ausschuß der Generalversammlung

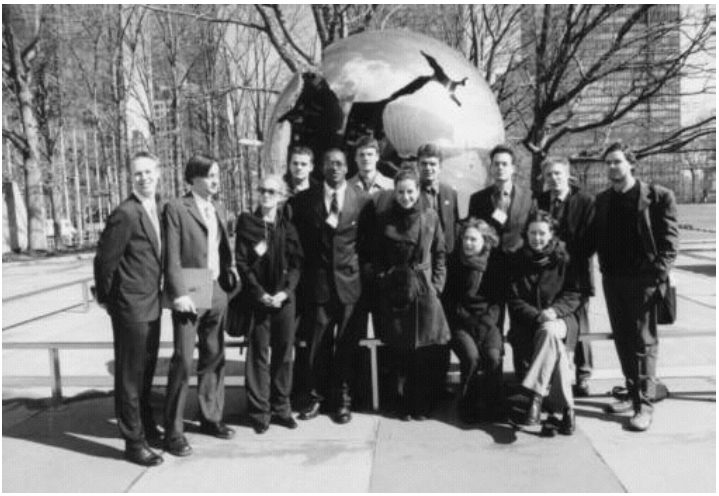
Vertreten von Wolfram Bergande und Eric Moudjende

Die polnische Vertretung im 3. Ausschuß der Generalversammlung gestaltete sich, das läßt sich rückblickend sagen, erfolgreich, besonders was den Inhalt und die Spielstrategie betrifft, auch wenn wir weder mit dem Endergebnis noch mit Organisation und Ablauf unseres Komittees richtig glücklich wurden. Mit den Themen „Soziale Entwicklung von Risiko-Bevölkerungsgruppen“, „Die Auswirkung der Globalisierung auf die Menschenrechte“ und „Menschenrechte und bestehende Formen der Bestrafung“ hatten wir in der Tat die besten Voraussetzungen für interessante Arbeit.

Die enorme Größe unseres Komittees, in dem alle UN-Mitgliedstaaten vertreten waren, führte jedoch zu mehreren Problemen: Zunächst bot unser Tagungsraum etwa einem Viertel der Teilnehmer keinen Platz, was nur als kalkulierte Fehlorganisation bezeichnet werden kann; zweitens ließ die Anzahl von über 300 anwesenden Delegierten praktisch keine sachliche Auseinandersetzung auf einer den einzelnen, spontan gebildeten Arbeitsgruppen übergeordneten Ebene zu. Die Wortmeldungen im Plenum beschränkten sich mit bedauernswerter Beharrlichkeit auf die Veränderung der Rednerzeit oder auf pauschale, meist unkontroverse Aussagen. Die Arbeit in den einzelnen Ländergruppen, deren Teilnehmer sich nach geopolitischen Interessenschwerpunkten zum Entwurf von Resolutionen zusammengefunden hatten, war dagegen bereichernd und konstruktiv. Wir Polen verbanden uns sehr schnell in einer homogenen Gruppe mit fast allen anderen mittelosteuropäischen Ländern sowie Russland und einigen zentralkaukasischen Staaten. In unserem Positionspapier versuchten wir, die ökonomische Position der Schwellen- und Entwicklungsländer unter dem Begriff der Solidarität stark zu machen und gleichzeitig die bei den Entwicklungsländer-Gruppen verbreitete Forderung nach staatlicher Souveränität abzuschwächen.

Schon bei der Abstimmung über die Reihenfolge der Themen hatte sich gezeigt, daß ein recht breiter Konsens bei den meisten Fragen bestand. Der dadurch gerechtfertigte Versuch, spielstrategisch eine Mittlerposition zwischen sogenannter Erster und Dritter Welt einzunehmen und eine für die meisten Länder akzeptable Konsensresolution aufzustellen, scheiterte allerdings, immerhin auf eine Art und Weise, die für uns sehr lehrreich war. Dazu muß vorausgeschickt werden, daß es zwei europäische Länderblöcke gab, was in der Tat weder der Realitätsnähe der Simulation noch unserer Strategie entgegenkam; außerdem, daß am Spielende nicht weniger als zehn einigermaßen gleichlautende Resolutionen verabschiedet wurden, was ungefähr der anfänglichen Zahl der Arbeitsgruppen entsprach. Unser Versuch, unsere Resolution mit der einer anderen Gruppe zu fusionieren, war also das einzig sinnvolle.

Während wir an unseren Positionen zum ersten Thema feilten – und dabei sowohl erfreulich substanzielle Diskussionen mit unseren meist deutschen oder amerikanischen Länderkollegen wie auch im zeitraubendsten Sinne des Wortes „demokratische“ Meinungsfindungsprozesse führten – verhandelten wir deshalb parallel mit einer der europäischen Gruppen über eine Fusion der Resolutionsentwürfe. Die von je einem Repräsentanten der beiden Parteien geführten Verhandlungen waren fast zum Abschluss gekommen, als wir von der Nachricht überrascht wurden, daß die in der Partnergruppe tonangebende Delegation Englands – hinterher berief sie sich auf mangelnde Abstimmung – ihren eigenen Entwurf bereits eingereicht hatte. Dadurch fand sich nicht nur unsere Kooperation hintertrieben, denn das Tagungspräsidium lehnte es ab, gleichlautende oder teilweise identische Entwürfe zu akzeptieren, so daß unser



Die polnische NMUN-Delegation bei den Vereinten Nationen

gemeinsames Papier nicht mehr eingereicht werden konnte. Unser eigener Entwurf war plötzlich auch bedroht, da das Präsidium zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als die schon eingereichten acht Vorschläge akzeptieren wollte; hätten wir zu Beginn fast als erste unseren Entwurf einreichen können, so sahen wir uns nun zu Unrecht ausgeschlossen.

Die anschließenden, sehr emotional geführten Auseinandersetzungen erreichten die Grenze, die Spiel von persönlicher Betroffenheit trennt, und die Erfahrungen, die wir im Geschehen und mit den Reaktionen darauf machten, waren äußerst lehrreich. Dennoch war unser Hauptprojekt im Spiel gescheitert. Zwar erreichten wir bald die Zulassung unseres Entwurfs, der sich besonders auf die technologischen und wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung

konzentrierte und für den wir schließlich eines der besten Abstimmungsergebnisse erzielten; mehr konnten wir aber nicht tun, und es blieb uns nur übrig, bei der Stimmabgabe über den Entwurf unserer ehemaligen Partner nicht aus der Rolle zu fallen, was uns jedoch nicht davon abhielt, das Nein unserer russischen und jugoslawischen Freunde zu billigen.

Insgesamt betrachtet sind kleinere Komittees oder aber kleinere Simulationen mit weniger als 50 Teilnehmern, wie wir sie zur Vorbereitung auf das NMUN als Afghanistan-Konferenz an der Freien Universität gespielt haben, sicher zu bevorzugen: Sie erlauben differenziertere Teilnahme und konkretere Arbeit. Unsere Hauptziel, mit Spaß und Interesse dabei zu sein, und das für uns Wichtige einzubringen, haben wir dennoch erreicht.

7.3 Polen auf der Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung

Vertreten von Christof Schiller und Ulrich Laumanns

Nachdem wir nahezu jedes im Internet befindliche Dokument über Finanzmärkte, Entschuldung und ausländische Direktinvestitionen gelesen, sowie exzellente Briefings im polnischen Außenministerium erhalten hatten, sahen wir uns gut vorbereitet für die NMUN Konferenz 2002.

Die tatsächliche Finanzierungs-Konferenz mit dem Namen „International Conference on Financing for Development“ hatte eine Woche vor der Simulation in Monterrey, Mexiko stattgefunden. Es war die erste Konferenz in der Geschichte der VN, die sich ausschließlich mit der Mobilisierung von Finanzressourcen für die Entwicklung von Ländern beschäftigte. Im Vorfeld dieser Konferenz hatte man innerhalb der VN errechnet, daß es zusätzlicher 50 Milliarden US-Dollar an offizieller Entwicklungshilfe bedarf, um die in der Millenniums-Erklärung gesteckten Ziele zu erreichen. Darüber hinaus seien die Erhöhung des Eigenkapitals der betroffenen Länder sowie ein verstärktes Engagement privater Kapitalgeber dringend erforderlich. Die Ergebnisse von Monterrey waren, wenngleich auch weniger als erhofft, ein Schritt in die richtige Richtung.

Innerhalb der Simulation zählte unser Finanzierungs-Komitee mit mehr als 250 Delegierten, von denen einige mit einem Repräsentanten, andere, wie unsereins, mit zwei Repräsentanten angereist waren, zu den größten der NMUN-Konferenz. Von den vielen in Monterrey diskutierten Agenda- Punkten wurden für die Simulation drei wesentliche ausgewählt, die da wären:

1. Die Herausforderungen der Verschuldungs-Bekämpfung
2. Die Reform des Finanz-Sektors und die Mobilisierung von Ressourcen
3. Die Stärkung des Zusammenhalts- und Zusammenwirkens der Internationalen Währungs-, Finanz- und Handels-Systeme zur Stärkung der Entwicklungshilfe

Geschuldet der besonderen Wichtigkeit der Themen Korruption und ausländische Direktinvestitionen für Polen, versuchte unsere Delegation, die anderen davon zu überzeugen, den zweiten Agenda-Punkt an die erste Stelle zu rücken. Es wurde allerdings relativ früh deutlich, daß insbesondere alle Entwicklungsländer sowie ebenso einige westliche Länder den ersten Agenda-Punkt bevorzugten. Somit begann die Sitzung mit einer relativ schnellen Annahme der vorgeschlagenen Agenda. Das brachte uns nun in die schwierige Lage, ein Thema zu behandeln, zu dem Polen, da es weder ein klarer Geber noch ein Empfänger von Entwicklungshilfe ist, eben auch keine klare Position besetzt. Nichtsdestotrotz waren wir entschlossen, das Beste hieraus zu machen. Da die Frage der Entschuldung vor allem ein ökonomisches Thema ist, begannen sich die Ländern relativ zeitig mit Blick auf ihre Wirtschaftskraft und regionale Zugehörigkeit zusammenzuschließen. Da wir eine Zwei-Mann-Delegation waren, entschieden wir, uns zwischen der EU und den Transformationsländern aufzuteilen.

Die EU, zumindest zu Anfang, agierte jedoch keineswegs geschlossen. So hatten die EU-Länder zuweilen sehr unterschiedliche und gegensätzliche Positionen zum Thema Entschuldung, was auch der aktuelle Präsidentschaftsinhaber Spanien nicht zu ändern vermochte. Am Ende des zweiten Tages jedoch schälte sich langsam eine gemeinsame EU-Position heraus.

Auf der anderen Seite hatten die Transformationsländer sehr unterschiedliche Positionen: Eine Reihe von Ländern aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (wie z.B. Tadschikistan, Armenien, Usbekistan usw.) begannen früh, mit Jugoslawien einen Berichtsentwurf zu erarbeiten, der die völlige Entschuldung zum Inhalt hatte, also sehr radikal in seinen Forderungen war. Das gleiche galt für Russland, welches die Errichtung eines Schuldenmoratoriums forderte. All diese Forderungen waren nicht mit unseren, den polnischen Interessen, in Übereinstimmung zu bringen.

Für unseren eher pragmatisch orientierten und realtitätsnäheren Ansatz fanden wir Unterstützung vor allem von einer Gruppe zentral- und osteuropäischer Länder. Unser Ansatz sah vor, daß die speziellen Bedürfnisse von Transformationsländern nicht vernachlässigbar sind, daß also auch für jene Länder Entschuldungsmechanismen greifen sollten, um in Zukunft Finanzkrisen, wie die von 1998 in Russland und anderen osteuropäischen Ländern, zu verhindern. Wir waren somit in eine Reihe von Verhandlungen mit Ländern eingebunden, die ähnliche Positionen vertraten (wie die Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Slowenien), was in einem Arbeitspapier resultierte, das die Erweiterung der Entschuldungs-Initiative auf Transformationsländer forderte. Dieses Papier floß später in den Berichtsentwurf der EU mit dem Titel „Expansion of the HIPC-Initiative and DMFAS Programme“ ein, der dann ebenfalls für eine Erweiterung der Entschuldungs-Initiative auf Transformationsländer plädierte. Darüber hinaus wurden unsere Vorschläge auch Bestandteil diverser anderer Entwürfe.

Am Donnerstagnachmittag wurde die Konferenz kurz für einen Gastredner der Umwelt-Abteilung des UNDP, Herrn Charles McNeill, unterbrochen. Herr McNeill gab uns einige Einsichten in die Vorbereitungen des Weltgipfeltreffens für Nachhaltige Entwicklung; unter anderem sprach er über globale Partnerschaft. Er unterstrich die Bedeutung verstärkter Kooperation auf globaler, regionaler sowie kommunaler Ebene zwischen allen Akteuren, sei es von internationalen Organisationen, Regierungen, Zivilgesellschaft oder Privatsektor. Herr McNeill betonte, daß diese Kooperation und Partnerschaft unerlässlich sei, um die ehrgeizigen Entwicklungsziele zu erreichen und effektiv eine Verbesserung im Umweltschutz zu erreichen.

Unsere Verhandlungen dauerten insgesamt bis Freitagnachmittag: Zu diesem Zeitpunkt standen 21 Segmente für einen Abschlußbericht zur Auswahl, die Themen variierten von offizieller Entwicklungshilfe, „good governance“, zu Armutbekämpfungsinstrumenten etc.. Am Abend dann begann endlich die Abstimmung. Von allen Segmenten wurden 18 angenommen und schlussendlich Teil des Abschlußberichts. Dieser Bericht reflektierte die große Produktivität und Kreativität dieses Komitees. Auf der anderen Seite muß man feststellen, daß dies vor allem zu Lasten der Klarheit und Stringenz ging, da nahezu jedes kleine Thema aus dem Background Guide eingebaut werden sollte. Bleibt zu bemerken, daß weniger manchmal auch mehr sein kann! Dies wird allerdings auch durch die Tatsache relativiert, daß einige Delegationen offensichtlich wenig vorbereitet waren, andere hingegen über breites Hintergrundwissen verfügten. Zudem agierten einige Delegationen wenig authentisch, was Verhandlungen mit ihnen nicht gerade erleichterte. Ein anderes Hindernis war die enorme Größe dieser Konferenz, so daß Verhandlungen zuweilen chaotisch und schwer koordinierbar waren, beachtet man die kurze Zeit , die zur Verfügung stand.

Nichtsdestomehr waren all diese Hindernisse für uns auch eine sehr große Herausforderung, die uns wertvolle Einsichten vermittelte, z.B. wie kompliziert die Dynamik großer internationaler Konferenzen sein muß. Wir konnten uns ebenfalls glücklich schätzen, einen Konferenzvorsitz zu haben, der sich kompetent genug erwies, eine Konferenz dieser Größe zu leiten. In der Rückschau muß man wohl sagen, daß die „Conference on Financing for Development“ zu den interessantesten Komitees zählte.

7.4 Polen in der UN-Abrüstungskonferenz

Vertreten von Daniel Maier

Das Feld der Abrüstung führt neben all den Themen der Aktualität in der internationalen Politik ein gar seltsames Dasein. Als eine der wichtigsten Bedingungen für das Erreichen von Frieden war Abrüstung über viele Jahre hinweg ein großes Thema während des Kalten Krieges, ein alltägliches Thema

zwar im Hinblick auf die zerstörerische Kraft von Nuklearwaffen, ein Feld aber auch für Spezialisten, die bei der Aushandlung von Verträgen stets darauf bedacht waren, die eigene relative Position durch Abrüstungsschritte nicht zu verschlechtern; Abrüstung als Nullsummenspiel und kalkuliertes Abwägen von funktionalen Äquivalenzen: Rüstet man auf der einen Seite ab, so muß das entstandene und als solches wahrgenommene Sicherheitsvakuum in anderer Form kompensiert werden. Einseitige Schritte blieben dabei die Ausnahme. Eine exponierte Rolle spielt daher die 1979 eingesetzte Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen in Genf. Als „single multilateral disarmament-negotiating forum of the international community“ und Nachfolger des Zehn-Staaten-Komitees von 1960 und des Achtzehn-Staaten-Komitees von 1962 bis 1968 sowie Sondersitzungen der Generalversammlung, versuchen die derzeit 66 Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Seit Jahren jedoch kommen neue Themen hinzu, ohne daß es der Konferenz auch nur annähernd möglich ist, sich auf ein Arbeitsprogramm zu einigen; daß dieser Umstand der Popularität nicht gerade zuträglich ist, dürfte angesichts der Veränderung des internationalen Systems und der Verschiebung von Konflikten in die Staaten, in denen vornehmlich die Zivilbevölkerung Opfer von Bürgerkriegen ist, das kleinere Übel sein.

Zu den Klassikern der Abrüstung zählen Massenvernichtungsmittel wie Nuklearwaffen, Verbreitung spaltbaren Materials, Teststopps und die Reduzierung der Anzahl bestehender Nuklearsprengköpfe v.a. zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten. Auch chemische sowie biologische Waffen zählen zu dieser Kategorie. Neu hinzugekommen sind jedoch die konventionellen Waffen, deren zerstörerische Rolle in Konflikten endlich anerkannt wird. Neben der Abrüstungskommission in New York, dem First Committee und dem United Nations Department for Disarmament Affairs ist deshalb auch die Abrüstungskonferenz in Genf aufgerufen, sich den neuen Themen zu stellen.

Auf der Agenda standen deshalb (1) Transparenz in Abrüstung, (2) Die Rolle der Abrüstungskonferenz und der erweiterte Sicherheitsbegriff sowie (3) Die Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken. Die Republik Polen in der Konferenz zu vertreten war eine sehr dankbare Aufgabe, da *wir* zu Fragen der Abrüstung in den vergangenen Jahren klare Standpunkte formuliert und vorgetragen haben. Überzeugt von der hohen Bedeutung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Fragen von Transparenz und der Schaffung eines vertrauenswürdigen Klimas unter Nachbarn, versucht Polen diese positive Erfahrung in die Diskussion einzubringen, indem die regionale Zusammenarbeit von Staaten weltweit hervorgehoben wird. Transparenz erstreckt sich auf vertrauensbildende Maßnahmen, wie etwa das Register konventioneller Waffen der Vereinten Nationen, in dem auf freiwilliger Basis Angaben zu In- und Exporten gemacht werden. Als Mitglied der „Gruppe interessierter Staaten“ setzt sich Polen für praktische Abrüstungsmaßnahmen ein, wie sie im Rahmen von Peacekeeping erfolgen sollten (z.B. Einsammeln

von Waffen, Minenräumen, etc.). Insgesamt setzt sich Polen für ein stärkeres Gleichgewicht zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung ein, wie dies auch im zweiten Tagesordnungspunkt zum Ausdruck gebracht werden sollte. Ein umfassenderes Verständnis von Sicherheit, das Umweltprobleme ebenso einbezieht wie Flüchtlingsströme, illegalen Waffenhandel und organisiertes Verbrechen, sollte daher die Abrüstungskonferenz darauf aufmerksam machen, daß Abrüstung einen vielschichtigen Charakter besitzt und gemeinsamer Unternehmungen bedarf.

Als dritter Punkt der Tagesordnung beinhaltet die friedliche Nutzung des Weltraums die Erkundung des Potentials von Weltraumtechnologie für Entwicklung (Beobachtung von Klimaveränderungen, Vorhersagen von Dürreperioden). Ein heikles Thema angesichts der Entwicklung weltraumgestützter Waffen und deren strategischer Bedeutung für ihre Besitzer. Hinter dem Kürzel PAROS verbirgt sich deshalb die Absicht, ein Wettrüsten im All zu verhindern.

Wie zur Rolle der Abrüstungskonferenz angemerkt, handelt es sich um ein Forum, das ausschließlich am Konsens orientiert ist. Insofern war der erste Verhandlungstag Übung und Ernüchterung zugleich. Zwar wurden bei den ersten *shake-hands* Wünsche zur Reihenfolge der Themen (*agenda-setting)* geäußert, bei Öffnung der Rednerliste jedoch überhaupt nicht an Absprache gedacht. Der Delegierte von Schweden prescht mit seiner Agenda nach vorne, dicht gefolgt von zwanzig weiteren Staaten, die für zwei Minuten die geballte Aufmerksamkeit haben wollen. Das Direktorenkollegium erhält zum ersten Mal die Gelegenheit, mit einem Hammer lässig aus dem Ledersessel agierend, in das Geschehen einzugreifen. „Motion to suspend the meeting for the purpose of a five minute caucus“. Stattgegeben – es darf verhandelt werden. Daß die spanische Präsidentschaft in der EU die Vermittlerrolle übernimmt, ist leider nicht zu erkennen, die Delegierten spalten sich auf, es wird um die Wette geeifert, wer für die nächsten Tage das Sagen haben wird, wohl wissend, daß der Direktor ein Auge darauf wirft, wer unbeteiligt in der Ecke sitzt oder sich aktiv einbringt- schließlich geht es ja auch um mehr als nur Konsens.

Der Realität mit gutem Beispiel voraus einigte sich die Delegiertenschaft nach drei Unterbrechungen auf ein Arbeitsprogramm. Neben einigen Staaten, die zuerst über die Gefahr eines Wettrüstens im Weltraum verhandeln wollten, hat sich doch eine Mehrheit für Fragen der Transparenz ausgesprochen, was auch dem polnischem Interesse entgegenkam. Erste Arbeitsgruppen wurden gebildet, wobei Polen mit Spanien, Irland und Belgien, das mittlerweile anerkannter Koordinator für die EU wurde, Kleinwaffen ins Visier nahm, während andere Gruppen sich um institutionelle Aspekte und Fragen bemühten, wie am effektivsten eine Kontrolle organisiert werden könnte. Nach vielen Unterbrechungen und Versuchen, Länder verschiedener geographischer Provinienz zusammen zu bringen, akzeptierte das mittlerweile um einen am Hammer klebenden dritten Leiter bereicherte Direktorium erste

Resolutionsentwürfe und stellte diese zur Abstimmung. Daß die *guys einen great job* getan haben, wurde immer wieder von der Kanzel gebetet, schade nur, daß Hollywood nicht mit eigenen headhunters und casting-team vor Ort war.

On a lighter side, but nevertheless important:
Ein Ausschnitt aus der Rede eines US-amerikanischen Delegierten
vor der Abrüstungskonferenz - Genf, 24. Januar 2002:

„I have one personal favor to ask the distinguished delegates in this room. It has become fashionable to characterize my country as "unilateralist" and against all arms control agreements. Nonetheless, our commitment to multilateral regimes to promote nonproliferation and international security never has been as strong as it is today, through numerous arms control treaties and nonproliferation arrangements, including the NPT, CFE, CWC, BWC, LTBT, PNET, and the TTBT, as well as to nonproliferation regimes like the Zangger Committee, the NSG, MTCR, the Wassenaar Arrangement and the Australia Group. In fact, trying to characterize our policy as "unilateralist" or "multilateralist" is a futile exercise. Our policy is, quite simply, pro-American, as you would expect.“

Alarmierend schließlich die Reaktion der Delegierten aus Italien und Schweden auf Polens Bemerkung, daß Sicherheit nicht monetär mit einer in der Resolution fixierten Geldsumme von 300 000 USD für eine Kontrollbehörde zu gewinnen sei: „Okay guy, let’s give it one million Dollars !“ Im weiteren Verlauf eröffnete die amerikanische Ankündigung, über Abrüstung im Weltraum zu diskutieren, überraschende Horizonte. Gut, daß von Rußland nichts zu hören war; ach ja, nicht zu vergessen sei die von Portugal in letzter Minute zur Abstimmung gestellte Definition von Terrorismus. Scheinbar genügten manchen Delegierten 66 Mitglieder für eine universelle Definition, die die Vereinten Nationen selbst seit dreißig Jahren suchen. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Es gab eine Vielzahl anregender Diskussionen, gute Ideen und gut vorbereitete Delegationen. Was Polen jedoch vermisste, war gegenseitiges Zuhören und die Wahrnehmung der Chance, einen interkulturellen Dialog zu führen, über Themen, deren Kontroverse nicht zur Preisverleihung führen sollte, sondern zu einem tieferen Verständnis für unterschiedliche Standpunkte und der Fähigkeit zu Empathie.

Nicht nur das eigene Ego und ein Dutzend *durchgebrachter* Resolutionen, sondern auch das Verständnis für die Argumentation des Anderen aufzubringen ist Teil der Simulation. Die Betonung der achtmaligen Teilnahme einiger Delegierter und die Selbstgefälligkeit der Direktoren veranlassen durchaus zur Sorge, daß im Namen eines Planspiels der Ernstfall für Verhandlungen im Namen der eigenen Staatsbürgerschaft geprobt wird. Insofern ist die Teilnahme

am National Model United Nations auch ein lehrreiches Beispiel und eine Momentaufnahme transatlantischer Beziehungen.

7.5 Polen auf dem Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung

Vertreten von Carolin Zerger und Alexander Badinski

Der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung (WSSD) ist eine Nachfolgekonferenz des Weltgipfels für Umwelt und Entwicklung, der vor genau 10 Jahren, 1992, in Rio de Janeiro stattgefunden hat. Der WSSD soll nicht nur eine Plattform für eine Aufarbeitung des bisher Erreichten sein, sondern auch neue Themen identifizieren. Sein Hauptziel ist es, neue Strategien zu entwickeln für einen Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Wie Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, es sagte: „Der Gipfel ist eine einzigartige Möglichkeit, die Suche nach einer nachhaltigen Zukunft wieder aufzunehmen."

Als Themen auf der Tagesordnung des WSSD waren die Punkte Klimawandel, Biodiversität und die Auswirkungen von Konflikten auf die Umwelt vorgesehen. Schon vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen versuchte Polen aktiv Unterstützer zu suchen, um das Thema Biodiversität ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Denn Polen nimmt in diesem Bereich eine Vorreiterrolle ein, während das Thema von vielen Nationen vernachlässigt wird. Trotzdem stimmte eine große Mehrheit der Nationen schnell dafür, die Tagesordnung so zu lassen, wie sie vom Vorsitz vorgeschlagen wurde, also erst über Klimawandel, dann über Biodiversität zu verhandeln.

Von Anfang des ersten Caucus an nahm Polen seine Rolle als Vermittler zwischen West- und Osteuropa wahr und nahm an den Caucus-Gruppen beider Blöcke teil. Im osteuropäischen Block wurden schnell Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenblöcken gebildet, so zum Beispiel zu den Themen Technologietransfer, wirtschaftliche Mechanismen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Polen ergriff die Initiative, eine Arbeitsgruppe zu Bildung über Klimawandel zu gründen. Litauen, Weißrussland, Georgien, die Türkei, Ungarn und Mazedonien schlossen sich dieser Gruppe an.

Nach intensiven Verhandlungen zwischen den Teilnehmern wurde ein Entwurf für eine Resolution entwickelt. Dieser Entwurf forderte die Einsetzung eines internationalen Komitees, das die nationalen Initiativen für Bildung über Klimawandel koordinieren soll. Er ermutigt außerdem die Industrieländer, Entwicklungs- und Schwellenländern in ihren Anstrengungen zu unterstützen, die Öffentlichkeit über den Klimawandel zu informieren und fordert alle Nationen, besonders diejenigen, die die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet haben, auf, regelmäßig Bericht zu erstatten über ihre Aktivitäten, die in Zusammenhang stehen mit Bildung über Klimawandel. Am

Ende der Verhandlungen wurde der Resolutionsentwurf mit einer überwältigenden Mehrheit der Stimmen verabschiedet.

Bei einem anderen Thema, nämlich der weiteren Umsetzung des Kyoto-Protokolls, das vor allem von Staaten der Europäischen Union, besonders Deutschland und Frankreich, vorangetrieben wurde, konnte Polen wieder in seiner Rolle als Vermittler auftreten. Die Vereinigten Staaten versuchten erfolgreich, südamerikanische und osteuropäische Staaten zu überzeugen, gegen diesen Resolutionsentwurf zu stimmen, der jedoch der Europäischen Union sehr wichtig war. Zusammen mit Georgien und Weißrussland konnte Polen sie jedoch davon überzeugen, sich in dieser Frage zu enthalten oder sogar dafür zu stimmen, was dem Entwurf half, mit einer knappen Mehrheit angenommen zu werden.

Die polnische Delegation hat sich neben dem Bereich Bildung sehr stark für erneuerbare Energien eingesetzt, da sich Polen im Prozeß der anhaltenden Entwicklung sehr an den Richtlinien und Strategien von Westeuropa und insbesondere von Deutschland orientiert. Während der dreitägigen Verhandlungen stellte sich sehr schnell heraus, daß dieses Thema eines der interessantesten und am meisten diskutierten Themen wurde. Dies zeigte sich u.a. darin, daß sich sehr schnell fünf unabhängige Gruppen – der Nordische Block von Europa, Süd- und Mitteleuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika – gebildet haben, um über dieses Thema ihre eigenen Resolutionen auszuarbeiten. Genau hier hat Polen seine Chance in zweifacher Weise gesehen und genutzt: als Vermittler zwischen den Gruppen und als Verhandlungspartner mit eigenen starken Interessen, wie es im folgenden etwas ausführlicher dargestellt wird.

Nachdem am ersten Abend die Rednerliste eröffnet worden war, über 150 Redner registriert wurden und Polen an etwa vierzigste Stelle gekommen war, hatten wir unseren Redebeitrag zu einem passenden Zeitpunkt am zweiten Tag bringen können. Unsere Ansprache haben wir mit unserem Leitmotiv: „Si vis pacem para solidaridatem“ begonnen, um in ausgesprochener Weise unser Interesse und die Notwendigkeit für eine weltweite Kooperation zu bekräftigen. Daraufhin haben wir kurz von unserer geographischen und politischen Lage gesprochen, die uns dazu prädestiniert hat, eine Vermittlerrolle zwischen den Ländern der EU und den mittel- und osteuropäischen Staaten bis hin nach Ostasien einzunehmen; aber wir wollten auch helfen, die Interessen der Entwicklungsländer mit in den Vordergrund zu stellen. Im zweiten Teil der Rede haben wir uns dazu bekannt, daß sich Polen nun konkret im Bereich der erneuerbaren Energien für eine weltweite Zusammenarbeit und einen Interessensausgleich – zwischen den sich gebildeten fünf Gruppen – einsetzen wollte. Zum Schluß haben wir noch einmal die Motivation, aber auch die Zuversicht ausgesprochen, ein solches Abschlußdokument spätestens bis zum Mittag des nächsten, dritten Verhandlungstages erarbeitet zu haben.

Diese Aufgabe wurde aber schwieriger, als zu erwarten war. Polen war zusammen mit Tadschikistan Sponsor der asiatisch–osteuropäischen Resolution und hat diese in ausführlichen, meist bilateralen Verhandlungen erarbeitet. Dann war es sinnvoll am Abend des zweiten Tages zuerst die Resolutionen der beiden europäischen Gruppen mit der unseren zu vereinigen. Dies ging relativ konstruktiv und schnell mit den Vertretern von Italien und Schweden. Um auch die afrikanische Resolution zu berücksichtigen, haben wir uns mit Ägypten am Morgen vor dem letzten Verhandlungstag getroffen – dies war wohl die spannendste und herausforderndste Verhandlung – um über viele abweichende Punkte zu sprechen. Im Zentrum stand die u.a. von Polen vorgeschlagene und somit neu zu gründende UN-Organisation „UN Renewable Energy Programm, UNREP“, die alle Tätigkeiten auf dem Bereich der erneuerbaren Energien besser koordinieren und gestalten sollte, die Bedeutung von atomarer Energie und einige andere Punkte. Aufgrund der doch sehr von einander abweichenden Meinungen in einigen Punkten, konnten wir uns leider nicht auf eine endgültige Resolution einigen, mit dem Entschluß einige Punkte eventuell nachträglich mit einem Amendment beizufügen.

Im Laufe dieses Vormittags ist unser Laptop leider funktionsuntüchtig geworden, woraufhin wir die Federführung an Simbabwe als Repräsentant für Afrika gegeben haben. Zusammen mit Tadschikistan haben wir nun die Resolution der nördlichen Hemisphäre mit der der südlichen zusammenbringen wollen. Diese letzte Kooperation verlief leider unkooperativ. In Zeiten der kurzen Abwesenheit der polnischen Delegation wurden Paragraphen einfach neu formuliert und umgeändert, mit dem Verlust von in Kleinarbeit gewonnenen - für Polen und andere Länder - wichtigen Inhalten und Formulierungen. Diese Erfahrung hat uns sehr viel Unmut gebracht, da wir es nun trotz der zuvor sehr positiv verlaufenden Zusammenarbeit nicht mehr geschafft haben, diesen konstruktiven Prozeß fortzusetzen. Hätte Polen hier nur nicht den Fehler gemacht, die Schreibarbeit abzugeben. Jedenfalls hat Polen u.a. zwei Paragraphen für die Stärkung und Umstrukturierung des GEF eingebracht, wenn auch nicht in der exakt erwünschten Formulierung.

7.6 Polen in der Menschenrechtskommission

Vertreten von Stefan Lunze

„There is no political value to anything not passed with consensus...

...in a committee without power of enforcement.”* Diese Stellungnahme eines Vertreters des polnischen Außenministeriums, die uns noch in den Ohren klang,

* Was nicht im Konsensverfahren verabschiedet wurde, hat in einem Gremium ohne Durchsetzungsgewalt keinen politischen Wert.

wurde die treibende Kraft hinter einer Initiative Polens während der Sitzung der NMUN Menschenrechtskommission (CHR) 2002.

Um zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen, bevorzugten die meisten der 52 Delegierten die engeren Tagesordnungspunkte „Zivilisten in bewaffneten Konflikten“ (2) und „Schutz der Menschenrechte von vertriebenen Personen“ (3) im Gegensatz zum breiteren Thema der „Folgen der Wiener Menschenrechtskonferenz“ (1). Polen hätte gern diesen letzten Verhandlungsgegenstand diskutiert gesehen, weil sich darin eher die spezifisch polnischen Positionen wiedergefunden hätten. Aber in seiner Präferenz für das erste Thema fand Polen nur in einigen NGOs und afrikanischen Staaten Verbündete. Stattdessen einigte sich die Kommission weitgehend ohne formelle Aussprache nach einer Reihe von Verhandlungsunterbrechungen auf eine Tagesordnung 2-3-1.

Es wurde sehr bald deutlich, daß einige Delegierte zu den Themen und ihren Problemen sehr gut vorbereitet waren. Sogar in der Tagesordnungsdebatte wurden substanzielle Argumente ins Feld geführt. Von Anfang an entwickelte sich die Diskussion in verschiedene Richtungen; hatte mehrere Argumentationsstränge. Kaum jemand bemühte sich um eine strukturierte Diskussion. Ebenso wurde auch klar, daß einige Delegierte Schwierigkeiten hatten, die Position ihres eigenen Landes herauszuarbeiten und zu verdeutlichen. Das wurde auch offensichtlich, als sich in den Pausen ungewöhnliche Allianzen abzeichneten. Ich war überrascht, Pakistan als einen der Moderatoren innerhalb der europäischen Gruppe zu beobachten. Natürlich ermöglichte dieser untraditionelle Aufbau auch eine breite Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Nachdem sie erkannt hatten, daß die Diskussion in verschiedene Richtungen führte, organisierten Italien und Pakistan eine informelle moderierte Verhandlungspause. Der Vertreter von Rotary International moderierte diese Unterbrechung mit einer Rednerliste, aber ohne die anderen Verfahrensvorschriften der formellen Sitzung. Dieser Strukturierungsversuch traf auf Schwierigkeiten, weil die meisten Delegierten sich auf einzelne Umstände konzentrierten, statt das Thema abstrakt anzugehen. Delegierte versuchten ihr Argument zu bringen, anstatt einander zuzuhören. Obgleich das Gremium die Sitzung oft für Verhandlungen unterbrach, entwickelte sich die Diskussion nicht in eine bestimmte Richtung. Deshalb wurden die meisten Arbeitspapiere auch erst am Donnerstag vorgestellt.

Die polnische Strategie ging von der Analyse der Sitzung vom Dienstagabend aus, in der sich ungewöhnliche Blöcke und eine Bereitschaft zu breiter Kooperation abzeichnete. In dieser Situation stellte Polen als einer der Initiatoren der Kinderrechtskonvention (KRK) von 1990 eine Initiative zum Schutz von Kinderrechten in bewaffneten Konflikten vor. Polen wendete dabei eine Methode an, die es schon in früheren Sitzungen der CHR und OPCW angewandt hatte: Eine kleine Gruppe von Staaten aus verschiedenen Regionen

entwirft eine Resolution mit weitgehend akzeptablen Inhalten. Diese „Gruppe Interessierter Staaten“ koordiniert die Interessenbildung in ihren einzelnen Kontinentalgruppen und unterrichtet sie über den Fortschritt der Resolution. Die Zahl der Sponsoren wird begrenzt, um umstrittene „freundliche“ Ergänzungen zu verhindern, da eine im Konsens angenommene Resolution Ziel dieser Methode ist.

In einer Rede an die Kommission am Mittwochmorgen stellte der polnische Delegierte diese Initiative vor und brachte auch die Bereitschaft Polens zum Ausdruck, Führung und Moderation für dieses Anliegen bereitzustellen und dabei erforderlichenfalls eigene Interessen zurückzustellen. Die Rede erwähnte auch einige Aspekte, die die angestrebte Resolution thematisieren sollte; etwa Rechtsinstrumente zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, die Rolle des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs zum Einfluss von bewaffneten Konflikten auf Kinder, der bevorstehende Kinder-Gipfel der Generalversammlung und die Arbeit von NGOs auf dem Gebiet.

Während des Mittwoch Vormittag war die polnische Delegation damit beschäftigt, Länder zum Beitritt zur Initiative anzuregen und ihre Positionen zu den angesprochenen Themen herauszufinden. Die „Gruppe Interessierter Staaten“ wurde schließlich von Polen, Thailand, Nigeria und Kolumbien gebildet. Die „International Save the Children Union“ vertrat die Interessen der NGOs. Wichtige Impulse kamen auch von der Tschechischen Republik. Da Deutschland und Italien bei der Formulierung sehr hilfreich waren, wurden sie zusammen mit Polen Sponsoren der Resolution.

Ein erstes Arbeitspapier konnte Mittwoch Nachmittag verteilt werden. Es wurde um einen relativ schwachen Operativsatz zu einer erhöhten Mittelbereitstellung für humanitäre Hilfe an Kinder ergänzt, den die afrikanischen Länder gefordert hatten. Eine Reihe von Staaten wandten sich gegen jede Erwähnung des Ergänzungsprotokolls zur Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten, weil dieses Dokument auch die Frage von Kindersoldaten ansprach – ein Thema, das für einige afrikanische Länder sehr kontrovers ist. Die Aufforderung zur Zeichnung und Ratifizierung der KRK war eine schwierige Frage in bilateralen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Die USA und Somalia sind die einzigen Staaten, die den rechtsorientierten Ansatz zur Verbesserung der Situation von Kindern nicht verfolgen und die KRK darum nicht ratifiziert haben. Ein Kompromiss konnte erzielt werden, als die fragliche Passage verändert wurde und nur noch die Erwägung der Zeichnung und Ratifizierung gefordert wurde. Das brachte uns zwar die Kritik einiger asiatischen Länder ein, ebnete aber den Weg für den späteren Erfolg der Resolution.

Nachdem drei weitere Arbeitspapiere unter den Kommissionsmitgliedern verteilt wurden, informierte eine Rede des polnischen Vertreters das Gremium am Mittwochabend, daß eine endgültige Version des Arbeitspapiers beim Komitee-

Direktor eingereicht worden war. Der polnische Delegierte ging durch so etwas wie eine persönliche Krise, als der Komitee-Direktor ihn bat, den Resolutionsentwurf zurückzuziehen und mit anderen Arbeitspapieren, die andere Themen ansprachen, zu kombinieren. Obwohl Polen von Anfang an, sowohl in den Verhandlungspausen als auch in Reden während formeller Sitzungen, seine Absicht deutlich gemacht hatte, daß eine Resolution zu einem einzelnen Themenaspekt mit dem breitest möglichen Konsens verabschiedet wird. Und diese in echten Verhalten Polens wurzelnde Strategie schien den Komitee-Mitarbeitern schwer begreiflich.

Polen zog das Arbeitspapier weder zurück, noch wurde dem Verlangen der Komitee-Mitarbeiter, umstrittene Passagen zu Kindersoldaten einzuarbeiten, nachgegeben. Während des ganzen Donnerstag war Polen damit beschäftigt, das Arbeitspapier zu überarbeiten. Der gleiche Entwurf wurde stilistisch vier Mal durch die gleichen Mitarbeiter überarbeitet, bis er formell angenommen und Donnerstagabend zum Resolutionsentwurf wurde. So konnte Polen eine dritte Rede am Freitagmorgen nutzen, um für die Annahme der Resolution durch Akklamation zu werben.

Im Abstimmungsverfahren wurden dem Komitee sechs Resolutionsentwürfe vorgelegt. Polen enthielt sich bei der Abstimmung zu einer Resolution einiger europäischer Länder, weil sie die Frage von Kindersoldaten ansprach, ohne den Versuch zu unternehmen, den polnischen Entwurf hierzu zu ändern. Ebenso enthielt sich Polen der Stimme, als über einen Entwurf einiger arabischer Länder abgestimmt wurde, in dem Israel im Nahost-Konflikt einseitig verurteilt wurde – der aber seltsamerweise von den meisten europäischen Ländern unterstützt wurde. Polen unterstützte stattdessen einen ausgewogenen Resolutionsentwurf, der unter syrischer Führung erarbeitet wurde, aber gänzlich scheiterte. Polen stimmte auch einem Entwurf zu, der auf den Rechtsschutz von UN-Mitarbeitern und humanitären Helfern abstellte. Ebenso votierte Polen für einen Entwurf der Vereinigten Staaten, der auf einen polnischen Impuls hin die Bedeutung der Ursachenbekämpfung in Konflikten durch eine Stärkung der good governance unterstrich.

Der polnische Resolutionsentwurf zu Kinderrechten in bewaffneten Konflikten wurde von der NMUN Menschenrechtskommission am Freitag Nachmittag durch Akklamation und am Samstag Vormittag durch die Plenarversammlung des Wirtschafts- und Sozialrats mit nur zwei Gegenstimmen angenommen (Resolution in Kapitel 8.). Ich räume offen ein, daß es eine Reihe von Unzulänglichkeiten in der tatsächlich verabschiedeten Resolution gibt. Beispielsweise wurden die Fragen der Kindersoldaten – ein wirklich dringliches Thema – oder der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen von Kindern in bewaffneten Konflikten, die sicher ein Schlüssel zu umfassenden Lösung vieler Fragen ist, nicht adäquat angesprochen. Ich stimme auch einigen Kritikern zu, die meinen, daß der Innovationsgeist der Ideen der Resolution begrenzt ist. Trotzdem denke ich nicht, daß die Resolution sinnlos ist, wie es der

sudanesische Vertreter in seiner Rede zur Resolution vor dem ECOSOC-Plenum formuliert hat. Das Dokument verdeutlicht, daß Kinder nicht in der Position von Bittstellern sind, die von der Gewährung von Wohltaten abhängig sind. Das Papier betont, daß Kinder von Rechten ausgehen können, die sie besitzen und auf die sie Anspruch erheben können. Ich bin sicher, daß eine feierliche Erklärung wie die der 2002 NMUN CHR später den Weg für weitergehende Initiativen eröffnen könnte.

Zuallererst war die Initiative Polens in der CHR eine methodische Übung, die ihren Ursprung in der polnischen Praxis vergangener Jahre findet. Diesbezüglich war der polnische Delegierte völlig „in character“. Die auf Kinder ausgerichtete Initiative folgt der polnischen Unterstützung für die Kinderrechtskonvention und greift so wirklichen Entwicklungen vor. Grund gibt es genug, denn – so drückt es Papst Johannes Paul II. unter seinem literarischen Pseudonym Andrzej Jawien in dem Gedicht „Kinder“ aus: „Ich weiß, daß in ihren Herzen der Puls der Menschheit schlägt.“

7.7 Polen auf der Sondersitzung der Generalversammlung zu HIV/AIDS

Vertreten von Irina Gorgieva und Malte Schmidt-Tychsen

Die Tagesordnung der Special Session of the United Nations General Assembly lautete wie folgt: Hinterbliebene Kinder: HIV/AIDS, Tod der Eltern und Leben mit der Krankheit; HIV/AIDS in Konfliktgebieten und die Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der Bekämpfung der HIV/AIDS-Epidemie. Da wir in Polen sehr gute Erfahrungen mit NGOs im Kampf gegen HIV/AIDS gemacht haben, war dieses für uns das wichtigste Thema, welches wir in der Tagesordnung ganz nach oben setzen wollten. In den weiteren Verhandlungen war es unser Ziel der Welt die Verbindung zwischen der Einhaltung der Menschenrechte und einem erfolgreichen Kampf gegen HIV/AIDS deutlich zu machen.

Am ersten Abend hörten wir die Reden der Direktoren unserer Konferenz. Danach wurde die Anwesenheitsliste durchgegangen. Enttäuscht musste unsere Delegation das Fehlen der Delegation Südafrikas zur Kenntnis nehmen, welche leider auch im späteren Verlauf der Konferenz nicht zu uns stießen. Nach Eröffnung der offiziellen Debatte wurde diese auch schon wieder unterbrochen, um sich in informellen Gesprächen zu orientieren und innerhalb der Blöcke möglichst schnell zu einer Übereinkunft bezüglich der Tagesordnung zu gelangen. Während dieser Diskussion wurde schnell klar, daß die westlichen Staaten, obwohl sie eine eigene Meinung hatten, nicht dazu bereit waren, eine Führungsrolle zu übernehmen. Die Tatsache, daß die afrikanischen Staaten am stärksten von der Krise betroffen sind, schien für die EU Grund genug zu sein, um auf die Vorschläge dieser Länder voll einzugehen. Der EU schlossen sich dann die anderen westlichen Staaten und nach und nach auch die asiatischen und

lateinamerikanischen Staaten an. Somit blieb die Agenda in ihrer vorgesehenen Reihenfolge unberührt und für den folgenden Tag hatten wir uns mit dem Problem der Aidswaisen auseinander zu setzen. Wie sich herausstellen sollte, würde uns dieser Tagesordnungspunkt die ganze Konferenz über beschäftigen.

Am zweiten Tag wurden anfangs die Vorsitzende und ihre beiden Stellvertreter für diese Konferenz vorgestellt. Sie wurden am Abend zuvor im Anschluss an die Konferenz von einer Reihe von NMUN-Mitarbeitern ausgewählt. Der Versuch, uns möglichst weit oben auf der Rednerliste zu plazieren, erwies sich als genauso fruchtlos wie am Tage zuvor. Eine solche Position war, wie unsere Delegation mit Bedauern feststellen musste, sehr wichtig, da es nach jedem Sprecher mehrere Anträge gab, die größtenteils unnötig waren. Sie dienten einzig dazu, die Arbeit der Konferenz zu behindern. Es wurden nur zwei Arten von Anträgen gestellt: Anträge zur Veränderung der Rednerzeit und Anträge die offizielle Debatte zu unterbrechen, um informelle Diskussionen führen zu können. Da sich beide Anträge mehrmals machen ließen, nämlich zu verschieden langen Pausen und zu verschieden langen Rednerzeiten, wurden diese auch oft mehrfach gestellt. Zudem muß zu jedem einzelnen Antrag das gesamte Komitee abstimmen. Die Auszählung durch den Vorstand ging in diesen Fällen bei ungefähr 180 Delegationen meist sehr langsam von statten.

All dies führte dazu, daß wir mit der Rednerliste nur sehr langsam vorankamen und einige Nationen während der gesamten Konferenz nicht einmal sprechen konnten. Außerdem konnten durch die kurze Rednerzeit die zu Diskussion anstehenden Punkte gar nicht behandelt werden. Die meisten Delegierten fanden nur Zeit eine sehr generelle Position ihrer Nation zu HIV/AIDS zu formulieren. Das Gros der Delegierten beschloss dann an diesem Tag, sich über die Tagesordnung hinwegzusetzen und alle Aspekte des Kampfes gegen HIV/AIDS zu diskutieren. Zu diesem Zweck bildeten sich zu jedem einzelnen Thema Arbeitskreise. Die Arbeitskreise bestanden zwar im Kern aus einem der jeweiligen regionalen Blöcke, wurden jedoch zur Kontrolle mit jeweils einem Vertreter aus allen anderen Blöcken ausgestattet. Das geschah aber scheinbar nicht vollkommen planmäßig, und in vielen Arbeitsgruppen fehlte die ein oder andere Vertretung eines Blocks. Auch wurde die Arbeit stark durch Interessenkonflikte und Kommunikationsschwierigkeiten innerhalb der Blöcke erschwert.

Alle diese Schwierigkeiten zeugten eindeutig davon, daß mehr Punkte zur Diskussion standen, als man in der kurzen Konferenz hätte klären und ausreichend diskutieren können. Durch das Einhalten der Tagesordnung wäre dieses Problem gar nicht erst aufgekommen. Dieser Bruch mit der Tagesordnung wurde nicht erklärt, sondern im allgemeinen Konsens einfach durchgeführt.

Da sich diese Entwicklung erst langsam im Laufe des Tages abzeichnete, wurde sie erst sehr spät von unserer Delegation erkannt. Als unsere Delegation diese jedoch wahrnahm, informierten wir sofort das Sekretariat und wurden darauf

hingewiesen, daß man die Tagesordnung auch anders auslegen kann und die Delegierten dazu berechtigt seien, da Aidswaisen ebenfalls von allen Aspekten der Epidemie betroffen seien. Am Abend des selben Tages fand sich eine Gruppe von Staaten zusammen, die sich in ihrem Arbeitspapier direkt mit den Problemen der Aidswaisen auseinandersetzen wollte. Um konstruktiv im Sinne der Vereinten Nationen zu arbeiten, beschloss unsere Delegation an diesem Papier mitzuarbeiten. Wir versuchten dann auch uns mit so vielen Nationen wie möglich auszutauschen, um deren Meinung zu dem Papier zu bekommen. Die Erfahrung mit den Vereinten Nationen zeigt, daß eine Entscheidung nur dann eine Chance auf Umsetzung hat, wenn sie mindestens von der überwiegenden Mehrheit der Nationen mitgetragen wird.

Dennoch gab es auch ein schönes und überraschendes Highlight an diesem zweiten Tag. Nach unserer Mittagspause, als wir uns schon wieder in formeller Debatte befanden, öffneten sich auf einmal die Türen zu unserem Konferenzsaal und herein kam Nane Annan, die Frau des amtierenden Generalsekretärs. Sie richtete einige nette Worte an uns. Insbesondere war sie sehr begeistert zu sehen, daß das Thema HIV und AIDS immer noch reges Interesse unter den jungen Menschen dieser Welt findet. Dies sei sehr wichtig, denn schließlich gehe es uns alle an. Unser Komitee war sehr stolz diesen hohen Besuch erhalten zu haben. Der Stolz wurde noch größer, als wir später erfuhren, daß Frau Annan nur unserem Komitee einen Besuch abgestattet hatte.

Abstimmungen auf der Sondersitzung: Irina Gorgieva und Malte Schmidt-Tychsen

Am dritten Tag, dem Donnerstag, konnte unsere Delegation eine Rede halten, in der wir darauf hinwiesen, daß ein allgemeiner Konsens sehr wichtig sei. Außerdem sahen wir uns gezwungen, auf die „Declaration of Commitment on HIV/AIDS“ hinzuweisen, in welcher sich alle bei der Konferenz vertretenen Nationen bereits auf sehr weitreichende Standards geeinigt hatten. Leider waren die anderen Nationen so sehr mit den vielen anderen Arbeitspapieren beschäftigt und hatten daher sehr wenig Zeit. Trotzdem hatten wir mit 135 Ja-Stimmen, nur 4 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen am Ende die mit Abstand größte Unterstützung für unser Arbeitspapier. Des weiteren konnten wir in den Verhandlungen mit allen Staaten die Bedeutung der Beachtung der Menschenrechte und insbesondere der Konvention zu den Kinderrechten sehr gut deutlich machen. In vielen Arbeitspapieren fanden sich dann auch Formulierungen, die darauf hinwiesen. Bemerkenswert war hier die Unterstützung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika für die Kinderrechtskonvention.

Was die Zusammenarbeit zwischen den Nationen im Angesicht einer solchen Krise anging, so gab es viel Erfreuliches, aber leider auch einiges Unerfreuliches zu verzeichnen. Die Vereinigten Staaten und China überwanden ihre Gegensätze, was das Urheberrecht angeht, und verfassten gemeinsam ein Papier, welches ärmeren Ländern einen einfacheren Zugang zu billigen Medikamenten ermöglichen soll. Das hatte zwar nichts mit der Tagesordnung zu tun, war aber dennoch ein denkwürdiger Moment in der internationalen Zusammenarbeit. Indien und Pakistan überwanden ebenfalls ihre Ressentiments und arbeiteten gemeinsam mit anderen Nationen an einem Papier. Die Kooperation innerhalb der EU war leider nicht so gut. Bei der Abstimmung enthielten sich Finnland und Portugal oftmals ihrer Stimme während der Rest der EU dafür stimmte.

Dieser Donnerstag war auch der Tag des Gastsprecherprogramms. Wir hatten das Vergnügen Prof. Dr. Ilona Kickbusch begrüßen zu dürfen. Frau Dr. Kickbusch ist Professorin und Leiterin des Fachbereichs Gesundheit an der renommierten Yale Universität und hielt einen sehr interessanten Vortrag über HIV, AIDS und die globalen Auswirkungen der Krise. Sie hob fünf Punkte heraus, die sie für substanziell hält und die vorliegen müssen, um endlich einen Erfolg im Kampf gegen HIV und AIDS verzeichnen zu können:

- Es muß der politische Wille der einzelnen Regierungen vorhanden sein, effektiv gegen die Krankheit vorzugehen, das beinhaltet v.a. couragierte Regierungsaktionen.
- Mitarbeit aus dem sozialen Bereich ist natürlich von größter Bedeutung.
- Ebenso müssen Ressourcen mobilisiert werden.
- Eine Partnerschaft zwischen dem privaten Unternehmenssektor, Religionsgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und der Gesellschaft überhaupt muß aufgebaut werden, um durch diesen weitgefächerten Aktionsraum die Krankheit effektiv von verschiedenen

Seiten her bekämpfen zu können, durch die entstehenden diversen Ansatzpunkte.

- Die zuvor genannten Punkte müssen mit Blick auf die und unter Wahrung der Menschenrechte erreicht werden.

Prof. Dr. Kickbusch hielt einen spannenden und informativen Vortrag und war danach noch bereit, die zahlreichen Fragen der Delegierten zu beantworten.

Auch der letzte Tag, an dem unser Komitee zusammenkam, um über die Arbeitspapiere abzustimmen - für unsere Delegation war die Abstimmung ja sehr erfolgreich, wie oben schon angemerkt wurde - auch dieser letzte Tag war noch durchaus ereignisreich. Nachdem über alle vorhandenen Arbeitspapiere abgestimmt wurde, bat ein junger Mann, der eigentlich zu einem anderen Komitee gehörte, einige Worte sagen zu dürfen. Nachdem ihm das erlaubt wurde, ging er nach vorne auf die Bühne und fragte seine Freundin, die zu der Delegation in unserem Komitee gehörte, welche die Republik Türkei vertrat, ob sie denn seine Frau werden wollen würde. Natürlich sagte sie „ja“ und mit diesem Heiratsantrag fand die Tagung unseres Komitees ein ungewöhnliches Ende.

7.8 Polen in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)

Vertreten von Kerstin Bihlmaier und Kia Fariborz

Die Aufgabe der OPCW besteht darin, eine Chemiewaffen-freie Welt durchzusetzen und den Technologietransfer für gemeinnützige Zwecke und im friedlichen Sinne zu fördern und auszubauen. Um dies zu erreichen ist eines der Hauptziele der OPCW, Stabilität und Sicherheit international zu verbreiten und zu unterstützen. Schwerpunkte liegen hier auf Entwaffnung generell sowie globalen Entwicklungen und wirtschaftlichem Wachstum. Zwei Prinzipien unterstreichen und stützen die Visionen der OPCW: Das erste Prinzip besteht darin, den multilateralen Charakter der Organisation nach außen hin zu zeigen, und das zweite, gleiche Maßstäbe und Bewertungskriterien für alle Mitgliedstaaten anzuwenden.

Die Themen auf der Konferenz der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen waren die Durchsetzung und Ausführung von Entwaffnungsprogrammen, die Koordination, Überprüfung und weitere Verifikation der „Chemical Weapon Convention (CWC)“, dem Basisvertrag oder „Gesetz“ der OPCW, sowie die Überprüfung der Beziehungen der Privatindustrie zu dem CWC-Vertrag, beziehungsweise zur OPCW. Die Agenda auf der Konferenz in New York City wurde, so wie von der polnischen Delegation unterstützt und gefordert, aufeinander aufbauend strukturiert und der richtigen, beziehungsweise logischen Reihenfolge entsprechend durchgeführt.

Obwohl, und auch gerade weil Polen nicht im Besitz von Chemiewaffen ist, fördert es die Politik der Abrüstung und Verminderung chemischer Waffen weltweit und unterstützt dementsprechend engagiert die Konvention zum Verbot von chemischen Waffen. Die Notwendigkeit einer Chemiewaffen-freien Welt wird sehr stark fokussiert und oft beworben. Die Konferenzteilnehmer der OPCW in NYC arbeiteten zunächst an einer eigenständigen Resolution, die sich mit der Abrüstungsproblematik und der Notwendigkeit der im Vertrag geforderten „deadlines“ oder auch dem Stufenplan der Abrüstung von Chemiewaffenlagern in Russland auseinandersetzte. In diesem Kontext war es für die Republik Polen und deren Delegation von entscheidender Wichtigkeit, die Einhaltung des Abrüstungsvertrages, im Sinne der Erfüllung innerhalb der festgelegten Zeitpunkte, unbedingt zu betonen und auf diese Notwendigkeit in Unterpunkten der Resolution hinzuweisen. Hintergrund oder Ziel dafür ist die Glaubwürdigkeit und die Tragweite der Konvention an sich. Die Ausweitung und Aufschiebung von festgelegten Abrüstungsvereinbarungen und Terminen sollten in keinerlei Weise den Status der „Normalität“ erhalten. Würde es dazu kommen, hätte die CWC aus polnischer Sicht heraus die notwendige Stärke eines ernstzunehmenden globalen Vertrages verloren. Die auf den Stichtag genau zu erfüllende Abrüstungsvereinbarung ist für Polen eine Grundvoraussetzung für die Konvention und deren vier Hauptbereiche: der Elimination, der Einschränkung der Produktionskapazitäten, der Verifikation der CWC an sich und der internationalen Hilfe und Assistenz bei der Verschrottung von Chemiewaffen.

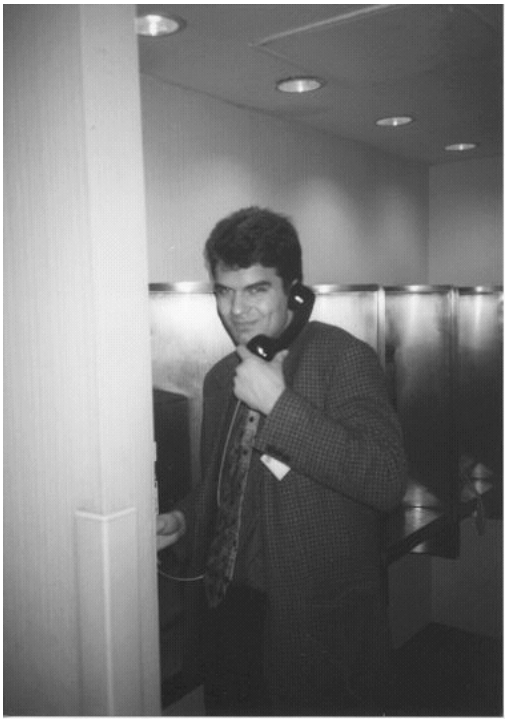
Polen startete, wie bei jeder Konferenz zuvor, mit Kanada zusammen eine Initiative die genau diese Ziele fokussiert. Weitere Länder (Italien, Großbritannien, Rumänien und Slowenien) beteiligten sich an dieser „draft resolution“ und schlossen sich vorbehaltlos an. Dieses Arbeitspapier, welches sich mit den oben genannten Punkten detailliert auseinander setzte, wurde schließlich zu einer eigenständigen Resolution, die eine breite Unterstützung aller Mitgliedstaaten erhielt und schließlich vorbehaltlos verabschiedet wurde. Diese Resolution zeichnete sich zusätzlich durch seine detailgenauen Bedingungen zum Austausch von Technologie und Hilfe durch Experten der Chemieindustrie aus.

Die Notwendigkeit der aktiven Teilnahme und des Engagements eines jeden Mitgliedstaates innerhalb der OPCW konnte durch eine eindrucksvolle Rede Polens, die sich auf diese Resolution bezog, betont werden. Auch das von Polen organisierte Symposium für den Austausch von alternativen Chemiewaffen-Zerstörungsprogrammen stieß auf breite Zustimmung innerhalb des Gremiums und wurde von den Teilnehmern ein weiteres Mal als wichtigen Schritt in Richtung einer Chemiewaffen-freien Welt begrüßt.

Ferner forderte die polnische Delegation von den einzelnen nationalen Regierungen der Mitgliedsländer eine Schlüsselrolle bezüglich der Überprüfung und Ausführung von Chemiewaffen-Abrüstungsprogrammen erfolgreich ein.

Zusätzlich sollten Regierungen, die mit dieser Art von Abrüstung bereits erfolgreich waren und bereits Erfahrungen besitzen, stärker mit Ländern zusammenarbeiten, die bislang weniger erfolgreich waren oder nur unbefriedigende Ergebnisse vorweisen konnten.

Die OPCW Konferenz in NYC war ein großer Erfolg für die polnische Delegation und insbesondere für das internationale Ansehen Polens. Die Delegierten konnten viele Möglichkeiten für sich nutzen, ihr Land und dessen Ideen angemessen zu vertreten und, wenn auch eher kleinere, Erfolge zu erzielen. Bleibt abschließend nur noch der „spirit“ der diesjährigen OPCW Konferenz zu erwähnen, der den Status eines „educational purpose“ innehatte und leider doch des öfteren die professionell ausgebildeten Delegierten zwangsläufig in der breiten Masse untergehen ließ.



Einholen der Anweisungen aus der Hauptstadt: Kimon Haars

7.9 Polen in der NATO

Vertreten von Jonas Blume und Kimon Haars

Obwohl die North Atlantic Treaty Organization (NATO) keine formale Verbindung zu den Vereinten Nationen hat, wird sie im Rahmen von NMUN als *Inter-Governmental Organization* simuliert. Schließlich bildet die Charta der Vereinten Nationen die Grundlage des Nordatlantikpakts, und das Bündnis versteht sich nach Artikel 51 der UN-Charta als kollektiver Verteidigungspakt.

Als kleinstes Komitee bei NMUN mit lediglich 19 Mitgliedern war die Arbeit in NATO von einer persönlichen Atmosphäre bestimmt. Auch verliefen die Gespräche sehr harmonisch, da die NATO-Mitglieder eine gemeinsame Wertegemeinschaft bilden und so Übereinstimmung in Grundsatzfragen herrschte. Häufig konnten die Themen in informellen Gesprächsrunden diskutiert werden, so daß die knappe Zeit sehr effektiv genutzt werden konnte. Die Themen in der NATO waren die Erweiterungsoptionen, die Situation auf dem Balkan und die Kontroverse um Raketenabwehrsysteme. Wir haben uns in unserem Komitee besonders dafür eingesetzt, daß das Thema Erweiterung zuerst besprochen wird. Durch Überzeugungsarbeit mit einigen anderen Partner wie der Tschechischen Republik und Deutschland gelang es auch, dieses Ziel durchzusetzen.

Bei der NATO-Erweiterung ging es vor allem darum, zu entscheiden, welche Staaten 2002 eingeladen werden sollen. Dabei gibt es neun Bewerberstaaten, die allesamt am Membership Action Plan (MAP) der NATO teilnehmen. Unter diesen Ländern befinden sich auch Polens Nachbarn Slowakei und Litauen, sowie die beiden anderen baltischen Staaten, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien und Albanien. Für Polen ist es natürlich sehr wichtig, die außenpolitische Sicherheit durch weitere Verbündete an den Grenzen zu stärken. Daher setzte sich Polen stark für eine möglichst eindeutige Einladung an die Staaten unserer Region ein.

Zwar bestand während der Diskussion weitgehend Einigkeit, daß die Erweiterung stattfinden wird, jedoch weigerten sich einige Länder, konkret Länder zu benennen, die eingeladen werden sollen. Leider konnten wir unsere Forderung, zumindest Litauen und die Slowakei explizit in einer Resolution als baldige Beitrittskandidaten zu nennen, nicht durchsetzen. Insbesondere der Vertreter von Portugal erwies sich als hartnäckiger Gegner jeglicher Erweiterung. Auch wurde eine eindeutige Formulierung von einigen anderen Staaten wie dem Vereinigten Königreich verhindert. Die Vertreter dieser Länder befürchteten, daß eine NATO-Osterweiterung, insbesondere im Baltikum, die Beziehungen zu Russland verschlechtern könnte. Zwar betonten wir als polnische Delegierte, daß kein Drittstaat ein „droit de regard“ bei einer NATO-Erweiterung habe, jedoch war es schwierig, diesen Punkt allen NATO-Partnern zu vermitteln. Da zudem jede Entscheidung in der NATO im Konsens getroffen

werden muß, verblieb nur der kleinste gemeinsamer Nenner. In den drei verabschiedeten Resolultionen zum Thema Erweiterung wurden so vor allem die bekannten Anforderungen an einen NATO-Beitritt wiederholt und der Wille bekräftigt, sich bis zum NATO-Gipfel in Prag (November 2002), bei dem die endgültigen Einladungen ausgesprochen werden, einig zu werden. Dieses Ergebnis war für Polen sicherlich enttäuschend. Jedoch konnten wir bei den verab-schiedeten Resolutionen Akzente setzen, die den baldigen Eintritt unserer Nachbarländer erleichtern werden. So wurde erreicht, daß sich alle NATO-Mitglieder einstimmig und eindeutig zur baldigen NATO-Erweiterung bekennen.

Als zweiter Tagesordnungspunkt wurde die Situation auf dem Balkan diskutiert. Da polnische Soldaten aktiv an militärischen Operationen im Balkan teilnehmen, war auch dieses Thema von besonderer Bedeutung für uns. Aufgrund beschränkter Ressourcen und der sich stetig verbessernden Sicherheitslage ist Polen jedoch daran interessiert, sein militärisches Engagement in der Balkanregion zu verringern. Schwerpunkte bei der Erarbeitung von Resolutionen waren für uns der Ausbau der Polizei und administrativer Infrastruktur, sowie die Bekämpfung von Waffenschmuggel im Grenzgebiet von Mazedonien und dem Kosovo. Bei diesen Themen war vor allem die gute Zusammenarbeit mit der deutschen Delegation hilfreich. Gleichzeitig verpflichteten sich die USA und die meisten EU-Staaten ihren Beitrag zur Sicherung des Balkans fortzuführen, bis endgültige Stabilität erreicht wird.

Als letztes Thema wurden die Pläne der USA für ein Nationales Raketenabwehrsystem (NMD) sowie die weitere Entwicklung von so genannten Theatre Missile Defense (TMD) Systemen diskutiert. Während bei TMD größtenteils Konsens herrschte und ein weiter Ausbau dieser Systeme begrüßt wurde, waren die Differenzen beim Thema NMD unübersehbar. Polen befand sich in dieser Frage in einem gewissen Zwiespalt. Die USA sind sicherheitspolitisch der wichtigste Partner Polens. Innerhalb Europas ist Polen sicherlich auch eines der Länder mit den geringsten Vorbehalten gegenüber NMD. Jedoch ist mit dem bevorstehenden Beitritt Polens zur EU auch außen- und sicherheitspolitisch eine Annäherung an europäische Positionen verbunden. Daher haben wir uns bei diesem Thema eher zurückgehalten und uns für moderate Formulierungen eingesetzt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit gelang es nicht mehr eine Resolution zu entwerfen. Einstimmig verabschiedet wurde schließlich ein Communiqué. In diesem Papier wird einerseits dazu ermutigt, neue Mechanismen zur Reduzierung von militärischen Raketen zu entwickeln, anderseits die Notwendigkeit von angemessen Verteidigungsmaßnahmen eingestanden.

Besonders interessant war auch das einstündige Briefing durch Major General Thomas Matthews von der United States Army Reserve. General Matthews hatte mehrere Monate in der IFOR in Kroatien gedient und war auch an anderen NATO-Einsätzen auf dem Balkan beteiligt. In einem sehr anschaulichen Vortrag

berichtete er über seine Arbeit und über die Komplexität der Situation auf dem Balkan.

Bemerkenswert am NATO-Komitee war sicherlich, daß alle Agendapunkte bearbeitet werden konnten. Dies lag zum einen an der Größe des Komitees, zum anderen am Willen der Mitglieder, einen Konsens zu finden. Durch den Konsenszwang blieben allerdings einige Streitpunkte ungelöst, so daß die Ergebnisse in einigen Bereichen eher unbefriedigend waren.

8. Resolution der Menschenrechtskommission

Code:	
Committee:	Commission on Human Rights
Subject:	Protection of Children in Armed Conflicts
Sponsors :	Germany, Italy, Poland
Signatories:	DR Congo, France, Swaziland, Syria, Romania, MSF, Cameroon, Liberia, Nigeria, Portugal, Columbia, Czech Republic and numerous others

THE COMMISSION ON HUMAN RIGHTS,

Deeply concerned by the threat posed against children during armed conflict,

Convinced that children are not only the future of our planet but also the most vulnerable members of the human family,

Recalling the stipulations of the Convention of the Rights of the Child dealing with children in armed conflicts such as art. 38,

Further recalling the General Assembly Resolution on the Assistance for Unaccompanied Refugee Minors (A/RES/49/172),

Noting with satisfaction the efforts undertaken by the Secretary-General addressed to improve the social and economic context for children in conflict zones by setting up the network on youth unemployment,

Revisiting Recommendation No. 22 of the Secretary-General's Report on Prevention of Armed Conflict urging Members to address the topic of children in armed conflicts and to include children's needs in any attempt to work out long-term prevention strategies,

Recognizing the essential nature of the involvement of Non-Governmental Organizations in protecting children in armed conflict,

1. Strongly discourages all exploitation of children in armed conflict situation;

2. Calls upon all parties who have not yet done so to consider signing, ratifying and implementing the Convention on the Rights of the Child;

3. Expresses its appreciation for the work of the Special Representative of the Secretary-General in charge of the impact of armed conflict on children;

4. Urges Member States to pay special attention by sessions of their national governing bodies focused on children in armed conflict and action to serve the protection of children in armed conflicts;

5. Encourages continued and enhanced cooperation between NGOs and the United Nations in order to focus humanitarian action towards the plight of children within armed conflicts;

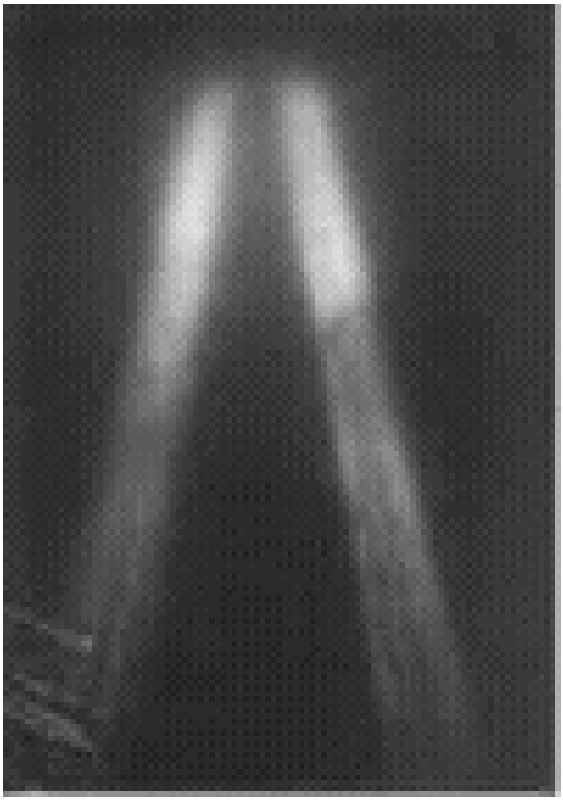
6. Endorses a joint effort between the Security Council and Inter-Agency Standing Committee to work together to develop a method of protection of NGOs' employees and volunteers working towards the aid of children in armed conflicts;

7. Invites the work of NGOs such as International Save the Children in the rehabilitation of children traumatized and orphaned by armed conflicts, including counseling, reissue of birth certificates and supports youth initiatives and organizations which use consensus and teamwork among children and adolescents to provide a resource for peace and conflict prevention;

8. Hopes that in cases of armed conflict governmental, inter-governmental and non-governmental actors will increase funding for humanitarian assistance in order to assist conflicted States to improve protection of children;

9. Further endorses that the situation of children in armed conflict will be dealt with appropriately during the upcoming Special Session on Children of the General Assembly to build upon current support among the General Assembly for the protection of children in armed conflict;

10. Promotes the establishment of an open database for use by Inter-Governmental Organizations and NGOs under the guidance of the Inter-Agency Standing Committee for the purpose of the exchange of pertinent logistical and protection-oriented information between the organizations to further the initiatives currently supporting endangered children and the protection of Human Rights.



Tribute in Light: New York City, März 2002

Teilnahme der Freien Universität Berlin an der

National Model United Nations Konferenz 1995 - 2002

Republic of Lithuania (1995)

Syrian Arab Republic (1996)

Kingdom of Norway (1997)

Republic of South Africa (1998), Award „Honorable Mention“

The People’s Republic of Bangladesh (1999)

The Republic of Turkey (2000), Award „Honorable Mention“

The Argentine Republic (2001)

The Republic of Poland (2002)

Weitere Informationen bei:

Peggy Wittke
Model United Nations
Lehrstuhl Univ.-Prof. Dr. Philip Kunig
Freie Universität Berlin
Boltzmannstrasse 3
14195 Berlin
Tel.: +4930 – 838 547 05
Email: peg@zedat.fu-berlin.de
http://www.fu-berlin.de/jura/projekte/wettbewerbe/index.html